

www.e-rara.ch

Bilder aus der Welt- und Schweizergeschichte

Grunder, Jakob

Bern, 1907

Stiftung Pestalozzianum

Shelf Mark: LH 275

Persistent Link: <https://doi.org/10.3931/e-rara-95492>

Neueste Geschichte.

www.e-rara.ch

Die Plattform e-rara.ch macht die in Schweizer Bibliotheken vorhandenen Drucke online verfügbar. Das Spektrum reicht von Büchern über Karten bis zu illustrierten Materialien – von den Anfängen des Buchdrucks bis ins 20. Jahrhundert.

e-rara.ch provides online access to rare books available in Swiss libraries. The holdings extend from books and maps to illustrated material – from the beginnings of printing to the 20th century.

e-rara.ch met en ligne des reproductions numériques d'imprimés conservés dans les bibliothèques de Suisse. L'éventail va des livres aux documents iconographiques en passant par les cartes – des débuts de l'imprimerie jusqu'au 20e siècle.

e-rara.ch mette a disposizione in rete le edizioni antiche conservate nelle biblioteche svizzere. La collezione comprende libri, carte geografiche e materiale illustrato che risalgono agli inizi della tipografia fino ad arrivare al XX secolo.

Nutzungsbedingungen Dieses Digitalisat kann kostenfrei heruntergeladen werden. Die Lizenzierungsart und die Nutzungsbedingungen sind individuell zu jedem Dokument in den Titelinformationen angegeben. Für weitere Informationen siehe auch [Link]

Terms of Use This digital copy can be downloaded free of charge. The type of licensing and the terms of use are indicated in the title information for each document individually. For further information please refer to the terms of use on [Link]

Conditions d'utilisation Ce document numérique peut être téléchargé gratuitement. Son statut juridique et ses conditions d'utilisation sont précisés dans sa notice détaillée. Pour de plus amples informations, voir [Link]

Condizioni di utilizzo Questo documento può essere scaricato gratuitamente. Il tipo di licenza e le condizioni di utilizzo sono indicate nella notizia bibliografica del singolo documento. Per ulteriori informazioni vedi anche [Link]

Neueste Geschichte.

A. Die Zeit der nordamerikanischen und französischen Revolution bis zum Sturze Napoleons.

I. Der Befreiungskampf in Nordamerika.

„Heil dir, Columbia, im Ozeane
Schwimmst du, ein großes Rettungsboot;
Alle Völker mit zerriß'ner Fahne
Schau'n nach dir im Morgenrot.“

1. Wie die Kolonien Neuenglands entstanden sind.

Aus dem Hafen von Plymouth steuerte 1620 ein Schiff, „die Maiblume“, ins weite Meer hinaus. In seinem engen Raume barg es eine kleine Gemeinde englischer Calvinisten oder Puritaner. Sie waren nicht Handelsleute, die nach Geldgewinn ausgingen. Vielmehr suchten sie ein Land, darin sie freier ihres Glaubens leben konnten als in England, wo Jakob I. die Puritaner verfolgte. Sie fuhren Nordamerika zu. Hier begegneten ihnen weder Spanier noch Portugiesen. Diese hatten sich Mittel- und Südamerika zu eigen gemacht. Wohl aber hatten Engländer zu Königin Elisabeths Zeiten die Kolonie Virginien gegründet. Hunderte von Meilen nördlicher stießen die Pilgerväter der Maiblume ans Land. Bevor sie dieses betraten, verbanden sich die vierzig Männer in dumpfer Schiffskajüte zu einem Volksstaat mit völlig gleichen Rechten aller Mitglieder. Ihre erste Gründung nannten sie Neuplymouth.

Die Form des kleinen Staatswesens war sehr einfach. Alle erwachsenen Männer vereinigten sich zur Gemeindeversammlung und bestimmten die Gesetze. Als die Einwohnerzahl größer wurde, wählten

sie Vertreter oder Repräsentanten, denen die Gesetzgebung oblag. Ein Bürgermeister oder Gouverneur, von allen gewählt, überwachte die Handhabung der Gesetze. Die ersten Ansiedler hatten mit unsäglichen Mühsalen zu kämpfen. Die Hälfte erlag den Anstrengungen und dem Klima; die andern litten Hungersnot und bestanden blutige Kämpfe mit den Indianern. — Mit zäher Ausdauer überwandten sie die Schwierigkeiten des Anfangs. Die Einwanderung nahm zu, es entstanden immer neue Kolonien. Bald zählte man nördlich des Hudsonflusses sechs Neuenglandstaaten, alle mit gleichen oder ähnlichen Grundgesetzen. Sie waren alle von Puritanern gegründet worden, deren Freiheits Sinn in ganz Nordamerika herrschend wurde. Es duldeten die Kolonisten weder eine erbliche Fürstengewalt, noch einen Adel. Eine dieser Kolonien erklärte sogar die Unabhängigkeit der Kirche vom Staat, und die andern folgten diesem Beispiel. Es gab weder regierende Städte noch unterdrückte Landschaften. Alle waren vor dem Gesetze gleich. Frühzeitig erkannten sie die Wichtigkeit des Unterrichts. Gemeinden von 50 Häusern sollten eine Lese- und Schreibschule besitzen, solche von hundert Häusern eine Lateinschule. In Boston war eine Hochschule. Freiheits Sinn und Frömmigkeit vereinigte sich mit Bildung. Diese war hier besser verbreitet als in England selber. — Um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts betrug die Zahl der Kolonien nördlich und südlich des Hudson dreizehn. Alle standen unter englischer Oberhoheit. Allein ihre Abhängigkeit vom Mutterlande war eine ungleiche. Die größte Freiheit herrschte in den Neuenglandstaaten. Jedoch durften sie weder Handel noch Industrie betreiben. Alles mußte aus England bezogen werden: Kleider, Möbel, Geräte, Tee, Farben, Metalle usw. Der große englische Staatsmann Pitt äußerte sogar: „Wenn Amerika sich einfallen ließe, einen Strumpf oder Hufnagel zu verfertigen, so würde ich es die ganze Macht Englands fühlen lassen.“

2. England will die Kolonien besteuern. Unabhängigkeits-
erklärung 1776.

Die Franzosen fingen an, den englischen Kolonien gefährlich zu werden. Seit 1600 geboten sie über Kanada, wo sie Quebec gegründet hatten. Sie nahmen aber auch die Ufer der Riesenströme Mississippi und Ohio (spr. oheio) in Beschlag (Louisiana). Damit drohten sie die englischen Kolonien vom Binnenland abzuschneiden. Ein Krieg zu Land

und Wasser entbrannte zwischen England und Frankreich 1756—1763, gleichzeitig mit dem 7jährigen Krieg in Deutschland. England siegte und nahm den Franzosen Kanada. Da der Krieg gewaltige Summen gekostet hatte und die amerikanischen Kolonien den größten Vorteil aus dem Kriege zogen, so sollten sie nun besteuert werden. Zuerst führten die Engländer eine Stempelsteuer ein, und als diese von den Amerikanern verweigert wurde, eine Teesteuer. Hierbei fragte man die Kolonisten durchaus nicht nach ihrer Einwilligung, und im englischen Parlament besaßen sie keine Vertreter. Darum erwachte in ihnen der Trotz. Ihre Abgeordneten vereinigten sich zu einem Kongreß. Dieser erklärte, es sei das unbestreitbare Recht jedes Engländers, auch des ausgewanderten, nur solche Steuern zu bezahlen, welche er durch seine Vertreter bewilligt habe. Die Amerikaner singen an, die englischen Waren zu meiden. Die „Söhne und Töchter der Freiheit“ begnügten sich mit groben, selbstgesponnenen Gewändern und tranken Tee aus Himbeerblättern. Jünglinge, die sich als Indianer verkleidet hatten, versenkten im Hafen von Boston drei Schiffsladungen Tee ins Meer (1774). Da brach der Krieg aus.



Benjamin Franklin.

Boston wurde von englischen Truppen besetzt. Die Abgeordneten der Kolonisten aber versammelten sich in Philadelphia und gelobten, gemeinsam zu handeln. Am 4. Juli 1776 verkündigten sie ihre Unabhängigkeitserklärung. Die 13 Kolonien traten als unabhängige und freie Republiken mit selbständigen Verfassungen zu einem Staatenbund zusammen.

3. Verfassung Virginians. Die Menschenrechte.

Virginien stellte seiner Verfassung eine Erklärung der Menschenrechte voran. In ihr finden wir die Gedanken Rousseaus wieder. „Alle Menschen sind von Natur gleich frei und unabhängig. Leben, Freiheit und Eigentum sind ihre angeborenen, unveräußerlichen Rechte. Alle Gewalt

geht vom Volk aus. Die Behörden sind die Diener des Volks und sind diesem verantwortlich. Der Staat hat das allgemeine Wohl zum Zwecke. Entspricht seine Form diesem Zwecke nicht, so hat die Mehrheit der Bürger das Recht, sie umzugestalten. Kein Mensch, kein Stand hat Anspruch auf ausschließliche oder erbliche Vorrechte. Kein Amt darf erblich sein. Die gesetzgebende, ausführende und richterliche Gewalt sollen voneinander getrennt sein. Räte und Regierungen sollen auf bestimmte, nicht allzulange Amtsdauer gewählt werden. Jeder Bürger soll das Wahlrecht haben. Steuern dürfen nur mit Zustimmung der Volksvertreter erhoben werden. Jeder Angeklagte hat das Recht, zu wissen, wessen er angeklagt ist, er muß den Zeugen gegenübergestellt werden und möglichst schnell vom Geschwornengericht seiner Nachbarschaft gerichtet werden. Übermäßige Bußen, grausame, ungewöhnliche Strafen sind verboten. Die Pressfreiheit darf nicht beschränkt werden. Die Religion ist Gewissenssache, jeder ist gleichberechtigt zu freier Religionsübung. Statt eines stehenden Heeres sollen die bewaffneten Bürger, die Miliz, Schutzwehr des Freistaates sein."

4. Benjamin Franklin.
Georg Washington. Ver-
lauf des Kriegs 1774—83.

Zwei Männer haben sich um die Freiheit der Nordamerikaner unvergängliche Verdienste erworben. Benjamin Franklin, der Sohn eines Seifensieders in Boston, erlernte zuerst das Handwerk seines Vaters und dann die Buchdruckerkunst. Er kam früh nach Philadelphia, wo er durch Sparsamkeit, Arbeitsamkeit und durch seine große Begabung dazu gelangte, mit eigenen Mitteln eine Buchdruckerei zu eröffnen. Von nun an war er seinen Mitbürgern unablässig nützlich. Er gründete in Philadelphia die erste Feuerwehr, die erste Versicherungsanstalt, die erste Volksbibliothek, die Hochschule, das erste Spital usw. Er schrieb viele nützliche Bücher und war bald ein berühmter Gelehrter. So erfand er den Blitzableiter. — Georg Washington war der Sohn eines virginischen Pflanzers, und zeichnete sich schon im Kampfe gegen die Franzosen aus. Jetzt bekam er den Oberbefehl über das Milizheer. Seine Aufgabe schien fast unlösbar. Seine Truppen waren schlecht bewaffnet und geschult. Es fehlte ihnen ganz an militärischer Zucht. Sie kannten keinen Gehorsam und keine Unterordnung. Aber noch schlimmer war, daß die einzelnen Staaten

auf eigene Faust handelten. Deshalb errangen die Engländer im Anfang mehrere Vorteile. Trotzdem erlahmte Washingtons Ausdauer nicht. Es glückte seinen Truppen, bei Saratoga 1777 ein englisches Heer von 5000 Mann zu umzingeln und gefangen zu nehmen. Darüber herrschte großer Jubel bei allen Freunden, welche die Freiheitskämpfer in Europa hatten. Jetzt gelang es Benjamin Franklin, der nach Versailles reiste, ein Bündnis mit Frankreich zustande zu bringen (1778). Diesem Bund schloß sich auch Spanien an. Tausende von Freiwilligen eilten den Kolonisten zu Hilfe. Der reiche Marquis von Lafayette ging mit dem Beispiel voran. Noch bessere Hilfe brachte Rochambeau mit 5000 Mann französischer Truppen. Der deutsche Major Steuben half Washington, seine Leute kriegsmäßig einzuüben. Der Kampf wüthete noch längere Zeit zu Wasser und zu Land. Zur See blieben die Engländer Sieger über Spanier und Franzosen. Zu Land fochten sie mit gekauften deutschen Söldnern. Im Jahr 1781 wurde noch einmal ein englisches Heer umschlossen und bei Yorktown zur Ergebung gezwungen.



Georg Washington.

5. Der Friede.

Die Bundesverfassung der
Vereinigten Staaten
von Nordamerika 1787.

1783 kam zu Versailles der Friede zustande. England anerkannte die Unabhängigkeit der dreizehn Vereinigten Staaten. Bald darauf gaben sich diese eine gemeinsame Bundesverfassung. An dieser hatte Washington ebenfalls das größte Verdienst. Die dreizehn Einzelstaaten schlossen sich auf seinen Rat zu einem festgefügteten Bundesstaat zusammen. — Ein Kongreß, bestehend aus Senat (Vertretung der Einzelstaaten) und Repräsentantenhaus (Vertretung der Bürger) bildet die gesetzgebende Behörde. Ein Präsident der Vereinigten Staaten, vom Volke auf vier Jahre gewählt, sorgt für die Handhabung der Gesetze. Ein Bundesgericht amtet als oberste richterliche Behörde. Die Union beschließt Krieg und Frieden, Bündnisse und Verträge mit

dem Ausland. Sie sorgt für das Militärwesen (Heer und Flotte), ordnet die Münze und den Zoll. — Die Einzelstaaten mit ihren besondern Einrichtungen und Verfassungen blieben weiter bestehen. Ihre Zahl nahm zu und ist jetzt auf 45 angewachsen. Die Vereinigten Staaten gingen einer gewaltigen Zukunft entgegen. Georg Washington war ihr erster Präsident während acht Jahren. Er starb 1799. Die Union verehrt ihn als die größte und edelste Gestalt ihrer Geschichte.

II. Ursachen und Vorboten einer Staatsumwälzung in Frankreich.

1. Die Ungleichheit der Stände. Hof, Adel und Geistlichkeit.

Gleich einem Erdbeben ging am Ende des achtzehnten Jahrhunderts eine mächtige Erschütterung durch die Völker Europas. Es war die große Revolution (Umwälzung). Sie nahm ihren Ursprung in Frankreich. Die Franzosen galten seit Ludwig XIV. als die erste Nation Europas. Ihre Sprache wurde von allen Gebildeten gesprochen. Ihr Land war aber, wie kein zweites, reif zur Umwälzung. So scharf und ungemildert herrschte hier der Absolutismus, so ungleich waren die Rechte und Pflichten unter die drei Stände verteilt, daß beim Adel und der hohen Geistlichkeit alle Vorrechte und Lebensgenüsse, beim dritten Stand, den Bürgern und Bauern, alle Lasten und Mühen des Daseins waren. Welch eine schwere Bürde war dem Land der Hof zu Versailles! Von den 500 Millionen Staatseinnahmen verbrauchte er einen vollen Zehntel, nach heutigem Geldwert 150 Millionen Franken. Der König besoldete eine Leibwache von 9000 prächtig uniformierten Soldaten. 1500 Angestellte besorgten die 1800 Pferde des königlichen Marstalles, und nicht weniger als 500 Köche und Bäcker bereiteten die leckeren Gerichte der königlichen Hofetafel. 75 Geistliche, 50 Leibärzte, 150 Sänger und Schauspieler gingen am Hofe aus und ein. Daneben erübrigte der König für die Spitäler des Landes nur sechs und für die Hochschulen nur eine Million. — Um den König scharte sich der Adel und die hohe Geistlichkeit. Sie eiferten seinem Beispiel nach. Bei einer Bevölkerung von 25 Millionen Seelen betrug ihre Zahl wenig über 200,000. Gleichwohl gehörten zwei Drittel von allem Grundbesitz diesen zwei Ständen an. Sie trugen aber nichts zu den Steuern des Landes bei. Der Adel wurde nicht wie in Preußen vom König zur Arbeit angehalten. Wohl bekleideten die Adelige die höchsten, bestbesoldeten Ämter am Hof und im Heer; die eigentliche Arbeit verrichteten aber Leute des dritten Standes. Jene hatten das Alleinrecht zu jagen, zu fischen und Tauben zu halten. Meist vertrieben sie ihre Zeit müßig am Hof; besuchten sie ab und zu ihre Landschlösser, so sprengten sie mit Rossen und Hunden über die Matten

und Saatsfelder armer Bauern. Ebenso üppig und liederlich trieben es die meisten Bischöfe und Äbte. Sie ließen mit Härte den Zehnten eintreiben, der oft $\frac{1}{3}$ des Reinertrags der bäuerlichen Ernte ausmachte. Der Dorfgeistliche erhielt nichts davon; er litt Not wie das Volk selber und machte den Armen im Sommer oft die Aehrenlese streitig.

2. Die Not und Anfreiheit des dritten Standes.

Schlimm war die Lage beim dritten Stand, am größten die Not auf dem Lande unter den 21 Millionen Bauern. Schon beim Tode Ludwigs XIV. war der Bauernstand ganz herabgekommen, und unter Ludwig XV. wurde es nicht besser. Die unglaublichsten Lasten ruhten auf den Schultern des Landmannes. Er mußte für den König Straßen und Kasernen bauen, die verschiedensten Fuhrungen für das Militär besorgen, ohne einen Rappen dafür zu bekommen. Dergleichen Frondienste forderte aber auch der Gutsherr von ihm. Damit nicht genug, wurde er nun noch mit unzähligen Abgaben an den Staat, an den Adel und an die Kirche belastet. Wehe ihm, wenn er sie nicht entrichten konnte; dann wurde er schonungslos ausgepöndelt oder gar von Haus und Hof gejagt. Das Salz mußte er vom Staat kaufen und oft Fr. 2 für das Kilo bezahlen (indirekte Steuer). Von seinem Einkommen verblieb ihm nicht einmal der fünfte Teil. Er konnte sich und die Seinen nur notdürftig ernähren; erbärmlich war seine Wohnung, die meist nur ein Fenster hatte, und ebenso seine Kleidung. Tausende hatten kein einziges Hemd, zwei waren schon eine Seltenheit. In vielen Gegenden ging alles barfuß. In den Dörfern gab es weder Bücher, noch Zeitungen. Lesen und Schreiben waren unbekannt. Überall wimmelte es von Bettlern. Das Gewerbe war nicht viel besser daran. In den Städten herrschte überall der Zunftzwang. Wer von den Handwerkern nicht als Sohn eines Meisters geboren wurde, der hatte die größte Mühe, jemals ein solcher zu werden. Wer nicht Franzose und Katholik war, wurde nicht für würdig gehalten, eine Elle Band zu verkaufen oder Leder zu klopfen. Überall Hemmnisse: Es war dem Handwerker verboten, seinen Wohnsitz zu ändern. Ein Schlosser, der Schösser fabrizierte, hatte nicht das Recht, die dazu gehörigen Nägel zu verfertigen. Der Hutmacher durfte keine Mützen verkaufen. Die Schuster stritten mit den Holzschuhmachern, die Metzger mit den Wursthändlern usw. Auch Handel und Gewerbe hatten die vielfältigsten Abgaben an den Staat zu entrichten. Diese verteuerte den Preis der Waren. — Eine Ausnahme unter den Städten Frankreichs bildete Paris, das damals etwas über 600,000 Einwohner zählte. Hier war der Zunftzwang bereits gesprengt, und das Fabrikwesen erblühte. In Paris lebten 70 bis 80,000 Arbeiter, eine stets bewegliche Masse, welche die großen Tage der Revolution heraufführte. Hier gab es einen gebildeten Bürgerstand. Paris war tonangebend in allen großen Fragen. War Paris für eine Sache fest entschlossen, so war ihr Sieg in ganz Frankreich gewiß, denn es hieß schon damals: „Paris, c'est la France!“

**3. Der Hof kommt
in Verachtung.
Ein neuer Geist.
Die Aufklärung.**

Ein so hochbegabtes Volk, wie die Franzosen, wollte sich nicht auf die Dauer knechten lassen. Die Unzufriedenheit nahm überhand. Es fehlte nicht an Stimmen, welche die Könige warnten. Schon *Vauban*, der Festungserbauer, hatte es gewagt, *Ludwig XIV.* vorzuhalten, wie elend viele Landleute lebten, wie ungerrecht es sei, daß das niedere Volk die ganze Staatslast zu tragen habe. Der Sonnenkönig bestrafte ihn mit Ungnade. Er hatte kein Herz fürs Volk, ebensowenig sein Urenkel *Ludwig XV.*, der die vielen Jahre von 1715 bis 1774 die französische Krone trug. Sein Hof gab nicht nur ein Beispiel der Verschwendung, sondern auch der größten Sittenlosigkeit. *Ludwig* war ein Wüßling, untauglich zur Besorgung und Führung der Staatsgeschäfte. Darum verlor Frankreich im Seekrieg gegen England den größten Teil der amerikanischen Besitzungen (*Kanada*). Seinen Waffenruhm machte *Friedrich II.* bei *Koßbach* zunichte. Die Staatsschuld stieg auf vier Milliarden. Das Volk verarmte. Steueraufstände unterdrückte die Polizei mit Härte, und sie schickte die Unzufriedenen auf die Galeeren. Hatte einer einen persönlichen Feind, so kaufte er bei Hof einen Siegelbrief. Damit konnte er seinen Gegner ohne Recht und Urtheil ins Gefängnis werfen. So saßen Tausende jahrelang in Haft, ohne je verhöört zu werden. Ein gefürchtetes Staatsgefängnis in Paris war die Bastille. Das Ansehen des absoluten Königtums schwand von Jahr zu Jahr. Es war dem Volke ebenso verhaßt als verächtlich geworden. — Statt der Lobreden und Schmeicheleien auf den König las man in Büchern und Zeitschriften jetzt Angriff auf Angriff. Ein neuer Geist durchdrang die Literatur. Berühmte Schriftsteller belehrten das Volk über die Schäden der Despotie, über den Mangel an Freiheit und die ungleiche Verteilung alles dessen, was das Leben schön und lebenswert macht. Der vielseitigste dieser Schriftsteller war *Voltaire*. Er erlernte die Kunst, alles zu sagen, ohne in die Bastille geworfen zu werden. Dennoch saß er zweimal darin gefangen. In dem freieren England weilte er drei Jahre. Er war dann ungemein tätig, seinem Volk die freiere Denkart einzupflanzen, die er dort erlernt hatte. Längere Zeit war *Voltaire* ein Gast am Hofe *Friedrichs II.* Die letzten zwanzig Jahre verbrachte er zu *Ferney* bei *Genf*. Von hier flogen seine Gedichte, Schauspiele, Romane, Geschichtsbücher, Briefe und andere Schriften über Europa hin. Sie waren voller Angriffe auf die Entartung der Kirche und die Ungerechtigkeit des Absolutismus, voller Schwerthiebe wider jeden Aberglauben seiner Zeit. Noch größer war die Wirkung von *Rousseaus* Schriften. Er war der revolutionärste aller seiner Zeitgenossen. Jedes seiner Bücher fiel wie ein Feuerbrand in eine verrottete Welt. Tief prägte sich seine Lehre von der Gleichheit aller Menschen und von der Volkssouveränität den Franzosen ein. Mehr als jeder andere, hat dieser Bürger *Genfs* die französische Revolution angebahnt.

**4. Ludwig XVI.
Türgot.**

Im Jahre 1774 kam Ludwig XVI. auf den Thron. Er war gewissenhaft, liebte das Volk und suchte zu sparen. Doch fehlte es ihm an festem Willen und an Weisheit. Er ließ sich ganz von seiner Gemahlin Marie Antoinette, der Tochter Maria Theresias von Oesterreich, lenken. Diese aber liebte den Glanz und das Vergnügen. Die Schuldenlast Frankreichs machte Ludwig XVI. große Sorgen. Er berief den vortrefflichen Türgot zum Finanzminister. Dieser suchte sogleich die Lage des Landmannes und des Handwerkers zu verbessern. Er erleichterte die Frondienste und verminderte die Abgaben. Auch erlaubte er die Einfuhr von fremdem Getreide und hob die lästigsten Zölle, Weg- und Brückengelder auf. Ludwig XVI. zeigte sich zuerst mit allem einverstanden. Adel und Geistlichkeit aber ruhten nicht, bis sie den kühnen „Reformer“ verdrängt hatten. Als Türgot dem König vorschlug, die Ausgaben am Hof kräftig zu beschränken und die obern Stände ebenfalls zu besteuern, da erlahmte Ludwigs Willen. Die Königin überredete ihn, Türgot zu entlassen. Ludwig versuchte es nun mit andern Ratgebern; aber sie konnten ihm nicht helfen. Von der Finanznot gedrängt, erhob er zuletzt den reichen Genfer Necke zu seinem Minister. Dieser riet ihm, die Reichsstände einzuberufen. Das war seit 1613 nie mehr geschehen. Adel und Geistlichkeit sollten mit je 300, der 3. Stand mit 600 Abgordeneten vertreten sein.

III. Losbruch der Revolution 1789. Die Nationalversammlung.

**1. Die Reichsstände verwandeln
sich in die Nationalversammlung.
Im Ballhaus.
Königliche Sitzung. Mirabeau.**

Es war ein denkwürdiges Ereignis, als am 5. Mai 1789 die Reichsstände in Versailles zusammenkamen. Ludwig empfing die Volksvertreter mit einer feierlichen Rede. Er bat die Stände, sie möchten ihm Mittel und Wege zeigen, um dem Land aus seiner Finanznot herauszuhelfen. Dazu war der 3. Stand auch willig und bereit. Er sah aber mit Unmut, wie die beiden oberen Stände sich von ihm sonderten. Diese wollten getrennt beraten und abstimmen. Auf diese Weise konnte dem 3. Stand die Doppelzahl seiner Vertreter wenig nützen. Er forderte gemeinsame Sitzungen und Abstimmung nach Köpfen und nicht nach Ständen, da sonst der dritte Stand immer die beiden andern gegen sich hatte. Einige Mitglieder der obern Stände, z. B. der Marquis von Lafayette, der Graf von Mirabeau und der Bischof Talleyrand, fanden das nur billig und gerecht. (Mirabeau war vom dritten Stand

gewählt worden.) Der Streit dauerte monatelang. Unruhen brachen im Lande aus. Da dachten die Männer des dritten Standes, sie wären es dem Volke schuldig, einen entscheidenden Schritt zu tun: sie erklärten sich zur Nationalversammlung und sagten, sie seien die wahren, berufenen Vertreter der 25 Millionen Franzosen. Und als sie eines Tages ihren gewöhnlichen Sitzungsaal verschlossen fanden, begaben sie sich in das leerstehende Ballhaus. Das war ein leerer Raum, wo sich die Höflinge gewöhnlich im Ballspiel übten. Hier schwuren sie begeistert, sie wollten nicht eher auseinandergehen,



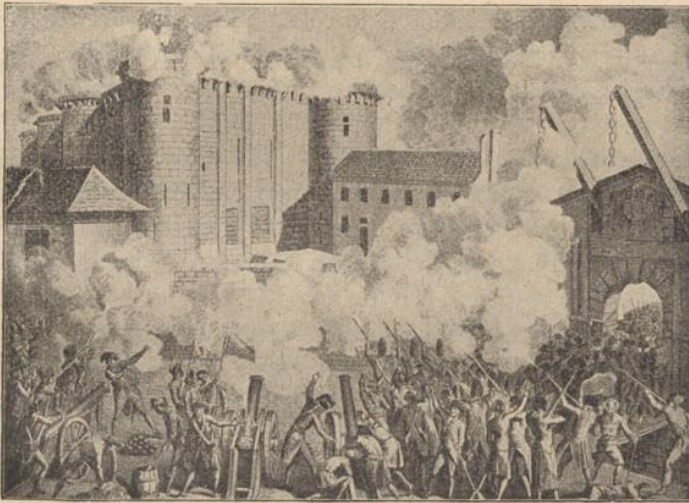
Mirabeau.

bis sie dem Land eine Verfassung gegeben hätten. Das schien ihnen noch dringlicher und wichtiger zu sein als die Schuldentilgung. Darob erschrak die Adels- und Hofpartei. Sie trieb den sonst wohlmeinenden König zur Strenge gegen den dritten Stand. Er berief alle drei Stände zu einer königlichen Sitzung ein. Er tadelte scharf den Schritt, den sich die Männer des dritten Standes erlaubt hatten, und erklärte ihn für ungültig. Dann befahl er allen, den Saal zu verlassen. Der Adel und die Geistlichen gehorchten, der dritte Stand verharrte auf seinen Sitzen, um zu beraten. Da kam ein

feingekleideter Königsdiener herein und wiederholte den Befehl seines Herrn. Ihm rief der Volksredner Mirabeau würdevoll zu: „Sagen Sie Ihrem Herrn, dem König, daß wir hier tagen im Namen des Volkes und daß wir hier verbleiben, es sei denn, daß man uns mit den Bayonetten vertreiben werde.“ Der König wagte es nicht, mit Polizeigewalt gegen die Volksvertreter einzuschreiten. Die Vertreter der niederen Geistlichkeit schlossen sich den Sitzungen des dritten Standes an. Die Bischöfe und der Adel folgten ihrem Beispiel auf Befehl des Königs. Die Ständeversammlung hatte sich in eine wahre Nationalversammlung verwandelt.

2. Bastillensturm.

Die Stunde der Revolution hatte geschlagen. In Paris forderten kühne Männer, wie Camille Desmoulins, in neugegründeten Zeitungen das Volk offen zum Umsturz und zur Gewalttat auf. Ludwig war nicht der Mann, in so stürmischer Zeit zu regieren. Kraft und Einsicht fehlten ihm. Er hörte auf die Stimme der Höflinge, die ihm rieten, dem Volke Widerstand zu leisten. Er plante einen Staatsstreich wider die Volksvertreter und entließ den Minister Necker. Das erregte in Paris eine gewaltige Un-



Die Erstürmung der Bastille.

zufriedenheit. Am Morgen des 14. Juli plünderte das Volk aus Zeughäusern und Waffenläden 30,000 Gewehre und 20 Kanonen. Dann zog es vor die Bastille, das Staatsgefängnis mit den hohen Mauern. 32 Schweizeroldaten und 80 Invalide bewachten es. Ungestimmt forderte die tobende Menge die Übergabe der Zwingburg. Es entspann sich ein kurzer Kampf, der die Menge gegen 100 Tote kostete. Diese aber nahm an der unglücklichen Besatzung furchtbare Rache. Ihre Köpfe wurden auf Piken in den Straßen umhergetragen. Das Pariservolk trat an die Spitze der Revolution. Es errichtete eine Nationalgarde von 16 Legionen (48,000 Mann). Lafayette bekam den Oberbefehl. Die blau=rot=weiße Trikolore wurde als das Banner der Revolution herumgetragen, und bald ertönte dazu die Marseillaise.

**3. Die Nacht des 4. August.
Alle Vorrechte abgeschafft.**

Dem Beispiel der Hauptstadt folgten die Provinzen. Ein grauenvoller Bürger- und Bauernkrieg begann. Jede Stadt und jede Gegend hatten ihre „Bastillen“, die sie zertrümmerten. Allnächtlich rötete sich der Himmel vom Flammenschein der Burgen. Die Nationalversammlung übernahm nun die Führung des Landes, dessen Not ihre Tätigkeit anspornte. Sie half dem Volke die alten Zustände beseitigen. In der denkwürdigen Sitzung vom 4. August 1789, welche bis morgens 2 Uhr dauerte, schafften die Vertreter des Volkes in edlem Wettstreit alle Lasten der Leibeigenschaft: die Grundzinse, Frondienste, Zehnten, sowie den Zunftzwang und alle Vorrechte des Adels und der Geistlichkeit ab. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sollten fortan die Herrschaft führen. Die Nationalversammlung erließ jetzt auch eine Erklärung der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Rechten geboren. Alle Gewalt geht vom Volke aus. Das Gesetz soll für alle das gleiche sein.“ Sie gab nun Frankreich eine neue Verfassung. Diese verwandelte den Staat in eine konstitutionelle Monarchie, d. h. in ein Königtum, das durch die Verfassung eingeschränkt war. Eine gesetzgebende Versammlung von Abgeordneten des Volkes sollte über Gesetze, Steuern, Krieg und Frieden entscheiden. Doch konnte der König mittelst eines aufschiebenden Vetos die Ausführung ihrer Beschlüsse bis auf vier Jahre hinaus verweigern. Das Land ward neu eingeteilt in Departemente, Bezirke und Gemeinden. An die Stelle der königlichen Beamten traten zum größten Teil solche, die das Volk wählte. Auch das Gerichtswesen bekam eine neue Gestalt. Geschworenengerichte sollten eingeführt werden (Assisen). An die Stelle des alten Zunftzwanges trat Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit. Glaubens- und Gewissensfreiheit, Preßfreiheit und Vereinsrecht wurden gewährleistet. Die Neuordnung betraf auch die Kirche. Sie verlor ihren Grundbesitz, und dieser wurde an Tausende von Bauern verkauft. Die Pfarrer sollten fortan von den Gemeinden gewählt und vom Staat besoldet werden. Aus all diesen Beschlüssen mußte ein ganz neues Frankreich hervorgehen.

IV. Fortgang der Revolution. Vom Königtum zur Republik. Die Schreckenszeit.

(Herbst 1789 bis Sommer 1794.)

1. Teuerung. Revolutionsmänner. Die Oktobertage 1789.

Die Stadt Paris trat immer offener an die Spitze der Revolution. Hier herrschte in dieser Zeit gerade eine große Teuerung. Deshalb wimmelte es in den Straßen stets von hungern- dem Volk, das zu allem fähig war. Auf der andern Seite fehlte es aber auch nicht an entschlossenen Führern, die Tatkraft genug be- saßen, ihre verwegenen Pläne mit Hilfe des „Pöbels“ zu verwirk- lichen. Sie bildeten verschiedene Vereine, worunter der Jakobiner- klub bald der mächtigste war. Der Advokat Robespierre aus Arras, ein eitler, argwöhnischer Mensch, der kühne und entschlossene Danton, der jugendliche Desmoulins und der verwegenste von allen, der Zeitungsschreiber Marat, der später von Charlotte Corday erdolcht wurde, waren die Hauptträdelsführer. Auch der Herzog Philipp von Orleans, ein Verwandter des Königs, ein charakterloser Mensch, spielte einige Zeit den Volksfreund. — Am 5. Oktober 1789 zog eine ungeheure Volksmenge bewaffnet nach Versailles und zwang den König und die Nationalversammlung, nach Paris überzusiedeln. Ludwig XVI. nahm seinen Sitz in den Tui- leries.

2. Verbrüderungsfeste. Emigranten. Fluchtversuch des Königs.

Am 14. Juli 1790, am Jahrestag des Bastillensturms, fand auf dem Marsfeld bei Paris ein gewaltiges Fest statt. — 400,000 Menschen, die Nationalversamm- lung, die Nationalgarde, der König und seine Angehörigen nahmen daran teil. In der Mitte stand der Altar des Vaterlandes. Vor demselben sprach Lafayette den Eid der Treue gegen das Volk. Der König und die Nationalversammlung wiederholten die Eidesworte. Dieser Festtag war jedoch nicht das Ende der Revolution. Längst hatten Hunderte angefangen, das Land zu verlassen. Die Brüder des Königs, die vornehmsten Adeligen und unzählige Diener der Kirche flohen nach allen Seiten ins Ausland, um mit Hilfe fremder Söldner und Fürsten die Revolution niederzuschmettern. In der Nacht vom 20./21. Juni 1791 entfloh auch Ludwig XVI. mit seiner Gemahlin und seinen Kindern. In einer sechsspännigen Kutsche

erreichten sie *Barennes*, wo sie erkannt, angehalten und bald darauf von drei Abgeordneten der Nationalversammlung wieder nach Paris zurückgeführt wurden.

3. Die Girondisten. Der Krieg mit dem Ausland.

Die Untriebe der Emigranten, die verräterische Haltung des Königs und seiner Gemahlin ließen das Land nicht zur Ruhe kommen. Sie brachten es in Kampf mit dem Ausland. Im Herbst 1791 löste sich die Nationalversammlung auf, und die gesetzgebende Versammlung trat an ihre Stelle. Diese zerfiel bald in verschiedene Parteien, unter denen die Girondisten die größte war und die besten Redner aufwies. Unter ihren Gegnern ragte *Danton* am meisten hervor. Die gesetzgebende Versammlung erließ nun die schärfsten Gesetze gegen die Emigranten und gegen die Priester, die den Eid auf die Verfassung nicht leisten wollten. Unterdessen rüsteten der deutsche Kaiser und der König von Preußen zum Kampf gegen die Revolution. Die Girondisten nötigten *Ludwig XVI.*, im Frühjahr 1792 den Krieg zu erklären. *Lafayette* und *Kochambeau* marschierten unter den Klängen der *Marseillaise* an die Grenze. Ein ansehnliches Reichsheer war im Anzuge. Sein Anführer, der Herzog von Braunschweig, drohte, ganz Paris zu zerstören, wenn dem König ein Haar gekrümmt würde. Das wirkte bei der stolzen Nation der Franzosen wie ein Peitschenhieb ins Gesicht. Unheimlich wuchs die Aufregung des Volks in Paris.

4. Der 10. August 1792. Untergang der Schweizergarde. Ludwigs Ende. Frankreich eine Republik.

Die Menge forderte die Absetzung *Ludwigs*. Das Volk klagte ihn an, er halte es im geheimen mit dem Feind, er sei ein Vaterlandsverräter. In der Nacht vom 9. auf den 10. August 1792 ertönten die Sturmglocken in ganz Paris. Aus den Vorstädten wälzte sich ein unabsehbarer Volkshaufe gegen die *Tuileries*. Statt nun an der Spitze seiner Gardien diesem Ansturm mutvoll die Stirn zu bieten, verließ *Ludwig* das Schloß und begab sich mit seiner Familie in den Sitzungsaal der Nationalversammlung, um bei ihr Schutz zu finden. Der Pöbel drang unterdessen in den Hof der *Tuileries*, die von 800 Schweizergardisten besetzt waren. Man forderte sie auf, die Waffen niederzulegen. Wachtmeister *Blaser* rief: „Die Schweizer geben ihre Waffen nur mit dem Leben aus der Hand.“ Nach einer Weile fielen Schüsse. Der Kampf begann, und die Gardien drängten die Menge

zurück. Die Angriffe erneuerten sich. Die Schweizer schossen, bis sie keinen Schießvorrat mehr hatten. Dann kam der schriftliche Befehl des Königs an sie, daß sie sich in ihre Kasernen zurückziehen sollten. Sie gehorchten und zogen in drei Haufen ab. Die meisten fielen der Wut des Pöbels zum Opfer (750 Soldaten und Offiziere). Nur wenige entkamen in die Heimat. An die Söldnertreue der Gefallenen vom 10. August erinnert das Löwendenkmal in Luzern. — Während die Schweizer für Ludwig kämpften, hörte er bangen Herzens zu, wie die gesetzgebende Versammlung ihn seines Königsamtes enthob. Er wurde mit seiner Familie in ein Gefängnis abgeführt. — Der Herzog von Braunschweig, der so groß getan hatte, drang nicht weit gegen das Innere Frankreichs vor. Als er merkte, daß der Widerstand ernster wurde, und der Feldzug nicht bloß ein militärischer Spaziergang war, zog er sich mit seinem Heer zurück (Kanonade von Balmly). Im September wählten die Franzosen eine neue Nationalversammlung, den Konvent. In den Gefängnissen zu Paris geschahen damals grausige Mordtaten. Von Schrecken gelähmt, wählten die Pariser nur Revolutionsmänner in den Konvent. Als dieser Ende September 1792 zusammentrat, war sein erstes Geschäft, die Republik zu erklären. Eine neue Verfassung sollte gemacht werden. Robespierre und seine Genossen von der „Bergpartei“ nahmen im Konvent die höchsten Sitzplätze ein. Sie drangen darauf, daß zuvor der König gerichtet werde. Vergeblich stemmten sich die Girondisten dieser Gewalttat entgegen. Die Jakobiner blieben Sieger, und der unglückliche Fürst beschloß am 21. Januar 1793 sein Leben auf dem Blutgerüst.

5. Schreckenszeit.
 Wohlfahrtsausschuß.
 Robespierre.
 Carnot schafft das
 Volksheer.
 Direktorium. Geldnot.

Die Girondisten waren nicht imstande gewesen, König Ludwig das Leben zu retten. Bald wurde die Bergpartei im Konvent vollends Meister über sie. Ihre besten Führer kamen ins Gefängnis und endeten unter dem Fallbeil. Mit Anfang Juni 1793 bis in den Sommer 1794 dauerte die eigentliche Schreckenszeit. Frankreich wurde von Männern wie Danton, Marat und Robespierre beherrscht. Kommissionen oder Ausschüsse des Konvents übernahmen die Regierung des Landes. Obenan stand der Wohlfahrtsausschuß mit Robespierre an der Spitze. Konventskommissäre und Revolutionstribunale räumten im

Innern des Landes unter den Unzufriedenen furchtbar auf. Endlich aber gerieten die Schreckensmänner selber aneinander. Zuerst fiel Marat, dann Danton und endlich der abscheulichste von allen, Robespierre. Allein trotz des Bürgerkrieges im Innern legte Frankreich nach außen eine gewaltige Tatkraft an den Tag. Großbritannien, Holland, Spanien, Portugal, Sardinien und der Papst hatten sich nach Ludwigs Enthauptung den Feinden Frankreichs angeschlossen. Da führte Carnot die allgemeine Wehrpflicht ein und rief alle waffenfähige Mannschaft zwischen 18 und 25 Jahren unter die Fahnen. „Das Vaterland ist in Gefahr“, hieß es. Die Offiziersstellen wurden von nun an den Fähigsten eingeräumt. Im Handumdrehen hatte Frankreich Überfluß an tapferen Generälen; die Beförderung war eine rasche. Einige stiegen in drei bis vier Jahren vom Leutnant zum General empor. Die begeisterten Revolutionskämpfer schlugen die Söldnerheere der Verbündeten überall zurück. Die Franzosen eroberten zuerst Savoyen und Nizza, dann Belgien und Holland. Die französische Republik fing an, Tochterrepubliken zu gründen. Holland wurde in die batavische Republik umgewandelt.

Der Konvent führte viele wichtige Neuerungen ein. Er suchte das Schulwesen neu zu begründen durch Errichtung von Volksschulen, Gymnasien und Hochschulen. Er führte auch eine neue Zeitrechnung ein und arbeitete ein neues Maß-, Münz- und Gewichtssystem aus. Um das Kirchenwesen kümmerte sich der Staat nicht mehr. In Paris und andern Orten schaffte man eine Zeitlang den Gottesdienst ab. — Im Herbst 1795 bekam Frankreich wiederum eine neue Regierung, das Direktorium, welches fünf Mitglieder zählte. Die neue gesetzgebende Behörde bestand aus dem Rat der Fünfhundert und dem Rat der Alten. Nach dem Sturz der Schreckensherrschaft atmete das Land wieder auf. Das Direktorium hatte von der Konventsregierung ein schweres Erbe übernommen: den Krieg mit dem Ausland und eine schreckliche Finanznot. Trotz der Einziehung der Kirchengüter und des Vermögens der Emigranten steckte die französische Regierung in bitterer Geldverlegenheit. Sie ließ Geldscheine drucken und gab ungezählte Millionen von solchen „Assignaten“ aus. Diese hatten bald keinen Wert mehr. Daher suchte Frankreich seine leeren Kassen zu füllen mit den Schätzen der Nachbarländer, die es durch die Siege Bonapartes und anderer Generale unterwarf.

V. Die Siege Napoleon Bonapartes. Direktorium und Konsulat.

1. Napoleons Heimat und Jugendleben.

Von keinem Menschen der neueren Zeit ist so viel erzählt und geschrieben worden wie von Napoleon Bonaparte. Er war der Sohn eines armen Edelmanns zu Ajaccio auf der Insel Korsika. Dieses Eiland mit den hohen Bergen gehörte früher zur Republik Genua. Napoleon stand im Knabenalter, als es von den Franzosen erobert wurde. Er war das dritte von acht Kindern. Früh verlor er den Vater; doch die Mutter, eine Frau von festem Willen, brachte die Familie in Ehren durch. Von ihr erbte der Knabe zähe Tatkraft und hohe Talente. Er verstand nur korsisch. Um das Französische zu erlernen und zum Soldaten erzogen zu werden, kam der Knabe nach Frankreich. Von der meerumrauschten Berginsel sah er sich in die weite Ebene der Champagne, in die Kriegsschule von Brienne, versetzt. Oft empfand er bitteres Heimweh nach den Bergen Korsikas. Er war in der Schule ein guter Rechner, fleißig in Geschichte und Geographie, ein Knabe von verschlossenem Gemüt, nur selten nahm er teil an den Spielen seiner Mitschüler. Diese waren mit Taschengeld meist wohl versehen, während er keines besaß. Er las viel und nahm sich vor, einmal die Geschichte seiner korsischen Heimat zu schreiben. Er war damals noch ganz ein Korse und haßte im Grunde die Franzosen. Dann besuchte er noch eine zweite Kriegsschule und kam nach Paris, wo er Leutnant der Artillerie wurde. Er diente hierauf einige Jahre als Offizier in einer Garnisonsstadt an der Rhone, von wo er öfters die Heimat besuchte. Von seinem dürftigen Solde ließ er manchen Franken seiner Mutter und seinen jüngern Geschwistern zufließen. Als die Revolution ausbrach, wurde er Anhänger der Jakobinerpartei und suchte auch seine Heimat für die republikanischen Ideen zu gewinnen. Er stellte sich an die Spitze der Bürgergarde in Ajaccio, allein die Korser blieben königstreu und verjagten ihn samt seiner ganzen Familie. Er war heimatlos geworden. Frankreich und ganz Europa wurde nun der Schauplatz seiner Taten, seines nimmerfatten Ehrgeizes.

2. For Toulon.

Es war zur Zeit, da der „Schrecken“ in Frankreich regierte. Die Engländer hatten die Seefestung Toulon eingenommen. Eine Revolutionsarmee belagerte die Stadt, um sie ihnen wieder zu entreißen. Hauptmann Bonaparte überreichte seinem Vorgesetzten einen Plan, wie man die Seefestung am besten einnehmen könnte. Man setzte den Plan ins Werk, und die Stadt wurde eingenommen. Daraus erkannten die Schreckensmänner sein außerordentliches Talent und machten ihn zum General. Nach dem Sturze Robespierres saß Napoleon vorübergehend im Kerker. Allein am 5. Oktober 1795 erwieß er der Republik einen zweiten unschätzbaren Dienst durch die Unterdrückung des Royalistenaufstandes in Paris. Er rettete

den Konvent. Zum Dank dafür bekam er im nächsten Jahre vom Direktorium den Oberbefehl über die italienische Armee.

3. Der Feldzug nach
Italien 1796.

Napoleon war erst 27 Jahre alt, als er seine Siegeslaufbahn antrat. Das Heer befand sich in einem jämmerlichen Zustande; denn es fehlte ihm an allem. Napoleon redete es mit folgenden Worten an: „Soldaten, ihr seid schlecht gekleidet und genährt; die Regierung schuldet euch sehr viel; sie vermag euch nichts zu geben. Ich will



Napoleon Buonaparte als General
der italienischen Armee.

euch in die fruchtbarsten Ebenen der Welt führen. Reiche Provinzen, große Städte werden zu eurer Verfügung stehen. Ihr werdet dort Ehre, Ruhm und Reichthum finden.“ Den Franzosen standen die Oesterreicher und die Sardinier gegenüber. Blitzschnell warf sich Napoleon auf die Sardinier, schlug sie und zwang sie zum Frieden. Dann drängte er die Oesterreicher ostwärts und besiegte sie an der Brücke bei Lodi, wobei ihm Mantel und Hut von feindlichen Kugeln durchlöchert wurden. Bald blieb den Oesterreichern nur noch die Festung Mantua. Vier Entsatzheere besiegte Napoleon in kurzer Zeit, und endlich nahm er auch Mantua ein. Nebenbei

zwang er mehrere italienische Fürsten, worunter auch den Papst, zu einem schimpflichen Frieden, nahm ihnen viele Millionen Franken und zahlreiche Kunstwerke ab und sandte diesen Raub nach Paris. Nachdem er noch die stolze Republik Venedig unterjocht und neue Beute gemacht, überschritt er die Karnischen Alpen und zwang dann Oesterreich zum Frieden von Campoformio 1797. Dieses mußte an Frankreich das linke Rheinufer und Belgien abtreten und die zisalpinische Republik anerkennen, die Napoleon aus der Lombardei gebildet hatte. Er war mit einem Schlage der berühmteste Feldherr von Europa geworden. Bei seiner Rückkehr reiste er durch die Schweiz, wo die Franzosen über kurzem ebenfalls einziehen sollten.

4. Napoleon in Ägypten
1798.
Neuer Fürstenbund
und Krieg 1799.
Massena. Suworoff.

Jetzt reiste in Napoleon der Plan, Ägypten zu erobern, um dann von dort aus die noch unbefiegten Engländer in Indien anzugreifen. Aus dem Raub, den die Franzosen in der Schweiz gemacht hatten, bestritt er einen Teil der Kosten zu diesem Unternehmen. Am 19. Mai 1798 verließ Napoleon mit vielen Schiffen, 35,000 Mann und zahlreichen Gelehrten den Hafen von Toulon. Unterwegs eroberte er Malta. Glücklicherweise entging er der englischen Flotte, die unter Admiral Nelson im Mittelmeer kreuzte, und landete in Alexandria. Nach einem glänzenden Siege über die Mameluken angefangen der Pyramiden, „wo vier Jahrtausende auf sein Heer herabschauten“, zog er in Kairo ein. Er trat die Herrschaft über Ägypten an. Inzwischen vernichtete Nelson die französische Flotte bei Abukir. In Kairo hatte Napoleon einen wütenden Aufstand zu dämpfen. Im folgenden Jahre unternahm er dann einen Feldzug nach Syrien, der aber fehlschlug. Bald darauf übergab er den Oberbefehl dem General Kleber und kehrte allein nach Frankreich zurück. Aus Zeitungen hatte er schlimme Nachrichten erfahren. Neuer Krieg war zwischen Franzosen und Österreichern ausgebrochen. Die Kaiser von Österreich und Rußland verbanden sich mit England (2. Koalition). Der russische Feldherr Suworoff zertrümmerte in verschiedenen Siegen, was Bonaparte errichtet hatte, die zisalpinische Republik. Auch in Süddeutschland wurden die Franzosen geschlagen. Nur in der Schweiz behaupteten sie sich siegreich, als Masséna 1799 die Schlacht bei Zürich gewann. — Auf seinem Schnellsegler entrannt Bonaparte allen Nachstellungen der englischen Wachtschiffe. Er landete, und die Franzosen begrüßten ihn als Befreier.

5. Staatsstreich 1799.
Erster Konsul. Ma-
rengo. Kaiser 1804.

Das ganze Land war unzufrieden mit dem Regiment der Direktoren. Bonaparte benützte die Gunst des Augenblicks. Mit Hilfe einiger Soldaten sprengte er zu Paris die gesetzgebenden Räte und gab dem Land eine neue Verfassung. Das war sein Staatsstreich (1799). Er schwang sich an die Spitze der Regierung und nahm den Titel Erster Konsul an. Er hatte nun ebensoviel Gewalt wie irgend ein Monarch. Nunmehr sollte er auch den Waffenruhm der Franzosen wieder erneuern. Im Frühjahr 1800 zog er zum zweitenmal mit einem Heer nach Italien. Er

überschritt den Großen St. Bernhard und besiegte die Österreicher bei Maréngo. Er stellte in Oberitalien die zisalpinische Republik und den Frieden mit Österreich wieder her (Friede von Lunéville 1801). Mit dem Zaren von Rußland hatte er sich schon früher ausgeöhnt. Agypten gaben die Franzosen den Engländern preis, und diese führten nach dem Friedensschluß von Amiens 1802 die französischen Truppen vom Nilland in ihre Heimat zurück. Der Sieg von Marengo festigte Bonapartes Stellung in Frankreich. Dieses hatte nun seinen Herrn gefunden. Auch der Schweiz zeigte er bald, daß ihr Wohl oder Wehe von ihm abhing. Es folgten nun zwei Jahre des Friedens. In dieser Zeit nahm Bonaparte mit Frankreich eine große Umgestaltung vor, indem er wieder eine Alleinherrschaft begründete. Er tilgte die Spuren der Revolution; doch den Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz ließ er bestehen. Mit dem Papst schloß er Frieden und stellte 1801 die römisch-katholische Kirche als Staatskirche in Frankreich wieder her. Willig ergab sich das französische Volk dem Gewaltigen, weil er dem Lande Ruhe und Sicherheit des Eigentums wieder gegeben hatte. Der Wohlstand hob sich gewaltig. Die Steuern liefen regelmäßig ein. Der Erste Consul verlieh seinem Land neue, treffliche Gesetze und schuf ein neues Recht, den Code Napoleon. Er ließ sich zum Ehrenpräsidenten der italienischen Republik erheben. Durch Volksabstimmung erlangte er das Konsulat auf Lebenszeit und ebenso den Kaisertitel. Am 2. Dezember 1804 (Napoleonstag) setzte er sich in Gegenwart des Papstes die Kaiserkrone aufs Haupt.

VI. Die Revolution in der Schweiz.

Berns Übergang.

1. Die erste Eidgenossenschaft findet nicht die Kraft, sich selber zu erneuern.

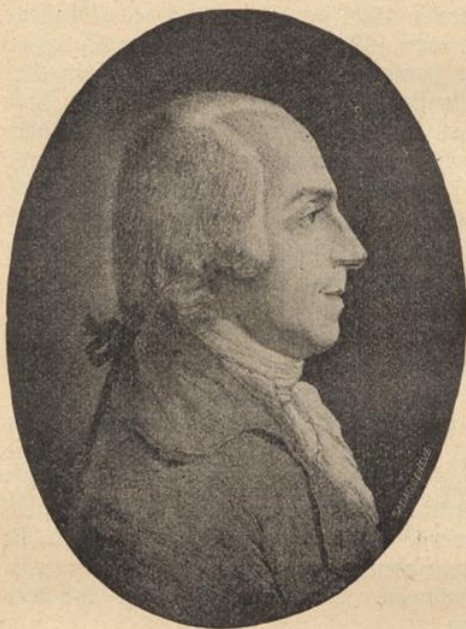
Als das Volk der Franzosen zur Freiheit erwachte, da fühlten sich auch viele Schweizer von demselben Drang ergriffen. Sie lebten unter ihren Regenten um vieles glücklicher, als die Untertanen Ludwigs XVI. Doch gab es in unserm Lande Unfreiheit und Ungleichheit genug. Tausende sehnten sich nach einer neuen und bessern Staatsform. Die alte Eidgenossenschaft glich einem Bau, der in allen Fugen krachte, dessen Grundpfosten mürbe und morsch geworden waren. Allerhand warnende Zeichen verkündigten den nahen Einsturz. Er verzögerte sich noch einige Jahre; die Regenten hätten Zeit gehabt, die notwendigen Neuerungen

einzuführen, die Gleichheit herzustellen und ihren Vorrechten zu entsagen. Zu solchen Opfern konnten sie sich nicht entschließen. So kam das Unglück des Franzoseneinbruchs. Fremde Gewalt mußte die neue Staatsform bringen. — Flüchtlinge aus dem Kanton Freiburg und aus Genf hatten 1790 zu Paris einen Schweizerklub gegründet, der ein Jahr lang bestand. Seine Mitglieder suchten auf die Heimat einzuwirken und verbreiteten in der Westschweiz revolutionäre Druckschriften. Deutschschweizer waren fast keine dabei. Im Unterwallis brach ein Aufstand aus, der aber von den Oberwallisern gewaltsam unterdrückt wurde. Die Waadtländer am Lemensee feierten 1791 den Jahrestag des Bastillensturms. Man sang Revolutionslieder. Da ließen die Berner Patrizier Truppen mit vielem Geschütz in Lausanne einrücken. Sie führten Gefangene nach Bern ab, andere strafte sie mit hohen Bußen oder Verbannung. Sie pflanzten den Haß in die Herzen vieler Waadtländer, die sonst mit Berns Regiment wohl zufrieden waren. — Als die Kunde von der Ermordung der Schweizer Gardisten am 10. August 1792 in die Schweiz drang, herrschte hier eine große Entrüstung. Schultheiß Steiger in Bern schlug vor, die Schweiz solle Frankreich den Krieg erklären und sich den Verbündeten anschließen. Die Tagsatzung beschloß aber, neutral zu bleiben. Sie sandte dann Truppen zum Grenzschutz in den Jura (1793), als die Franzosen den Teil des Bistums Basel einnahmen, der nicht zur Schweiz gehörte. Unsere Krieger sahen, wie man jenseits der Grenze Freiheitsbäume errichtete, sie hörten Revolutionslieder singen. Genf, welches man das kleine Paris nannte, erlebte zur selben Zeit seine Revolution. Noch im Jahr 1795 sträubte sich die Stadt Zürich, den Seegemeinden gleiche Rechte in Handel und Gewerbe zu gönnen. Sie schickte Militär in die Gemeinden, die es wagten, an ihre alten Freiheiten zu erinnern. Mit schweren Strafen schritt sie ein, und über dem Haupt des angesehenen Volksführers Bodmer von Stäfa ließ sie das Richtbeil schwingen. Ohne die Fürsprache Lavaters wäre er wohl hingerichtet worden.

**2. Cäsar Laharpe. Bonapartes
Reise durch die Schweiz 1797.**

In der Waadt bereitete sich der Aufstand vor, der für die ganze Schweiz verhängnisvoll wurde. Keiner arbeitete an der Befreiung der Waadt eifriger, als Cäsar Laharpe aus Rolle. Als junger Mann bekleidete er ein kleines Amt in Bern. Hochmütige Patrizier ließen es ihn spüren, daß er nur ein Untertan sei. Seitdem hegte er einen bitteren Groll wider das Berner Regiment. Eine Zeitlang war er in Petersburg Erzieher des Kronprinzen Alexander. In die Waadt durfte er nicht zurückkehren; denn er war seiner freihelichen Schriften wegen aus der Heimat verbannt worden. Er siedelte nach Paris über und verband sich mit den einflussigen Mitgliedern des Schweizerklubs. Er schrieb ein Buch, worin er zu beweisen suchte, daß Frankreich durch einen alten Vertrag verpflichtet sei, die Freiheit der Waadt gegen Bern in Schutz zu nehmen. Doch irrte er sich.

Frankreich hatte keine Pflicht und kein Recht, sich in die schweizerischen Dinge einzumischen. Die französischen Direktoren hörten auf Laharpe. Es kam ihnen ganz erwünscht, daß sie von Schweizern gegen die Schweiz angerufen wurden. Nun hatten die Franzosen einen guten Vorwand, um in unser Land einzubrechen, sich der Millionen im Staatschatz von Bern zu bemächtigen und von der schweizerischen Alpenfestung aus ganz Mitteleuropa zu bedrohen. Schon hatte General Bonaparte den Österreichern Oberitalien entzissen.



César Laharpe.

Der Sieger unternahm im Herbst 1797 eine Reise durch die Schweiz, die er bald besetzen wollte. Ein Stück Gebiet hatte er unserm Lande bereits entzissen, das Veltlin. Er vereinigte es mit der zisalpinischen Republik, indem er verkündigte: „Kein Volk darf Untertan eines andern sein!“ Als er durch die Waadt reiste, sah er diese Worte an vielen Orten als Inschrift prangen. Man jubelte ihm als Befreier zu. Über Gümmenen kam er nach Bern, das ihn ehrenvoll empfing. Er verweilte hier nur eine halbe Stunde; denn er haßte die Aristokratenstadt. Erst in Fraubrunnen hielt er eine längere Rast, und eine berittene Bauernwache mit elben Kutten und Zipselmützen begleitete ihn nach Solothurn.

In Basel unterredete er sich

lange mit dem französisch gebildeten Obristzunftmeister Peter Dchs. Diesen Mann lud er ein, zu ihm nach Paris zu kommen.

**3. Der Zusammenbruch
beginnt 1797/98.**

Dchs folgte der Einladung und reiste nach Paris, wo er sich mit den Machthabern Frankreichs besprach. Dann schrieb er die Einheitsverfassung nieder, welche die Schweiz annehmen sollte. Bonaparte und die Direktoren änderten aber manches an seinem Werk nach Gutdünken; denn durch die neue Verfassung sollte die Schweiz ganz von Frankreich abhängig werden. Um die gleiche Zeit (Ende 1797) reichten Laharpe und 20 andere Verbannte eine Bittschrift beim Direktorium ein, es möchte doch Frankreich nicht länger zögern und die

Waadtländer gegen Bern in Schutz nehmen. Das Direktorium schrieb nun an Bern, daß es die Waadtländer, die sich befreien wollen, in seinen besondern Schirm nehmen werde. Es ließ Truppen am Südufer des Genfersees und im Ländchen Gex aufstellen. Zugleich bemächtigten sich die Franzosen des andern Theils vom Bistum Basel, der immer als „Schweizerboden“ galt, nämlich der Täler von St. Zimmer und Münster. Bis Pieterlen waren Ende 1797 die französischen Wachtposten vorgerückt. Jetzt trat in Aarau die letzte Tagsatzung der alten Eidgenossenschaft zusammen. Die Unabhängigkeit des Landes stand in höchster Gefahr. Nur ein kräftiges Zusammenstehen aller Eidgenossen konnte vielleicht Rettung schaffen. Wohl leisteten die Tagherren einander den Bundeschwur, was seit der Reformation nie mehr geschehen war; aber mehr taten sie nicht. Wo war die Eintracht und Stärke, die einst den Heldenarm der Eidgenossen belebte? Sie war nicht mehr vorhanden, schöne Worte, keine Thaten! Im Baselbiet brannten schon die Vogtburgen. Zu Lausanne wurde am 24. Januar 1798 die Lemaniſche Republik ausgerufen. Die Landvögte zogen ab. Eine neue Regierung trat ins Amt. Die Franzosen rückten in die Waadt ein. Die Truppen, die Bern dorthin geschickt, zogen sich in die Gegend von Murten zurück.

Mit dem Abfall der Waadt begann der Zusammenbruch der alten Eidgenossenschaft. In allen Untertanenländern trat das Volk zu Landsgemeinden zusammen. Es errichtete Freiheitsbäume und erlangte von den Regierungen der 13 Orte die Freilassung aus der Untertanenschaft. In Bern und in den andern Patrizierkantonen nahm man Vertrauensmänner aus den Landleuten in die Räte auf. Damit hatte Bern das starre Patrizierregiment bereits aufgehoben. Nun galt es, dem Landesfeind tapfer zu widerstehen. Auf zweierlei Weise suchte die französische Macht die Schweiz zu umgarnen, mit List und mit Gewalt. Schlaue Agenten, Volksaufwiegler, reisiten im Lande herum, verbreiteten Flugſchriften und sagten den Leuten, daß die Franzosen weiter nichts begehrtten, als den Schweizern die Freiheit zu bringen. Nur den Aristokraten Berns gelte ihr Angriff. Von allen Mitverbündeten im Stich gelassen, setzte sich Bern allein dem Eindringen der Franzosen entgegen. Diese standen unter dem Oberbefehl des Generals Brüne, der in Peterlingen Quartier nahm. Seine Truppen hielten die Waadt besetzt und mußten hier warten, bis ein zweites Heer unter General Schauenburg vom Elsaß her über den Jura zum Einfall bereit war. Unterdessen führte Brüne lügnerrische Unterhandlungen mit der Regierung von Bern. Er heuchelte, er werde nicht angreifen, wenn Bern seine Staatsform ändere.

4. Berns Kriegsbereitschaft.
Brünes List.
Die Stimmung im Heer.
Regierungswechsel.

Das Berner Heer zählte nach dem Übergang der Waadt immer noch 20000 Mann. Es stand unter der Führung des wackeren Generals Karl Ludwig von Erlach und besetzte die weite Linie von Wangen an der Aare bis nach Murten hin. Es war vom besten Geiste besetzt und erwartete ungeduldig den Befehl zum Angriff wider die Franzosen. Ein kräftiger Vorstoß in die Waadt hätte anfangs Februar wohl noch gelingen können. Ein großer Teil der Waadtländer Bauern

war noch immer bernisch gesinnt. Doch die Berner Regierung zauderte und schwankte. Sie kam zu keinem tapfern Entschluß, weil der Rat in zwei Parteien zerpalten war. Die Kriegspartei, an ihrer Spitze der greise Schultheiß Niklaus Friedrich von Steiger, wünschte den Angriff, wie es die Bernerlehre erforderte. Doch die Friedenspartei, geführt von Samuel Frisching, traute zu sehr den Lügen Brünes und erlangte am 17. Februar, daß ein vierzehntägiger



Peter Ochs.

Waffenstillstand abgeschlossen wurde. Die Soldaten waren ergrimmt über diese Haltung des Rats. General Erlach begriff diese Stimmung. Mit 70 seiner Offiziere begab er sich in den Rat, schilderte mit bewegten Worten den Zustand des Heeres und forderte seine Entlassung oder dann Vollmacht zum Angriff. Nun gab ihm der Rat diese Vollmacht für den Tag nach Ablauf des Waffenstillstandes. Allein das lange Warten erbitterte die Truppen mehr und mehr; es lösten sich die Bande der Zucht und Ordnung, die Worte aufreizender Wähler fanden Gehör. Noch hoffte Erlach, am Tage des Angriffs werde jeder seine Pflicht tun. Der Waffenstillstand neigte dem Ende zu, schon hatte der General alle Vorbereitungen zum Vormarsch getroffen. Da kam in letzter Stunde von Bern her ein Gegenbefehl: der Waffenstillstand sei noch um 24 Stunden

verlängert worden. Brüne hatte mit tückischer List die neue Waffenruhe gefordert. Er wußte, wie verderblich das lange Zögern auf das bernische Heer wirkte. Nun brach dort vollends Empörung und Meuterei aus. Alles Vertrauen war dahin. Das Volk glaubte sich von seiner Regierung verraten. Viele

Bataillone lösten sich auf, die Mannschafft ging nach Hause.

Mancher brave Offizier wurde von den ergrimnten Soldaten ermordet. Die Franzosen begannen ihren Vormarsch. Am zweiten März fielen Freiburg und Solothurn in ihre Hand. Bei Lengnau war von Bernern scharf gefochten worden. In diesem gefährlichsten Augenblick dankte die alte Regierung ab, und eine neue, provisorische trat an ihre Stelle. Erst diese

gab nun, leider zu spät, die Losung zum Kampf, da Brüne von ihr verlangt hatte, daß sie die Stadt übergebe und die Truppen entlasse. Einige volksbeliebte Offiziere hielten noch einen Kern von treugebliebenen Berneroldaten beisammen. Sie stellten sich dem von zwei Seiten her anrückenden Feinde entgegen. Ihnen verdankte es Bern, daß es nicht in Unehren unterlag.



Schultheiß Niklaus Friedrich von Steiger.

5. Der 5. März. Der Sieg bei Neuenegg. Kämpfe bei Fraubrunnen und im Grauholz. Bern besetzt und beraubt.

Brunes Truppen suchten den Übergang über die Sense zu erzwingen. Eine Abteilung drang gegen Laupen vor, aber die Berner schlugen sie zurück. Die Hauptmacht setzte in der Morgenfrühe des 5. März bei Neuenegg über den Fluß, trieb die bernischen Posten durch den Wald vor sich her und rückte bis Oberwangen vor. Nun gelang es dem Generaladjutanten Weber (von Brüttelen im Seeland) und dem Obersten von Graffenried bei Bern einige Kompagnien Schützen zu sammeln. Wer irgend Waffen tragen konnte, schloß sich an. Sicher zielend, jagten die Oberländerschützen den Feind durch den Forst rückwärts. Mit wuchtigem Bajonettangriff und geschwungenen Kolben warfen dann die 2000 Berner mutvoll das Heer der Franzosen den Hügelhang bei Neuenegg hinunter und trieben es über die Sense zurück. Achtzehn Kanonen hatten sie erbeutet. Sie schickten sich eben an, den Feind auf dem andern Senseufer weiter zu verfolgen, als ein Dragoner die Meldung brachte: Bern sei in Feindeshand übergegangen. Voll bitterm Schmerzes zerstreuten sich die Sieger und kehrten heim. — Am Morgen des gleichen 5. März hatte auch Schauenburgs Heer den Weg (von Solothurn) nach Bern angetreten. Bei Fraubrunnen stellten sich ihm einige bernische Bataillone entgegen. Bald wurden sie überflügelt und mußten sich zurückziehen. Mit einem letzten Rest treueregebener Truppen, kaum tausend Mann, hielt General Erlach den Engpaß im Grauholz besetzt. Ihm hatte sich Schultheiß Steiger beigefellt. Sie feuerten die kleine Schar zu tapferem Widerstand an. Dem Frontangriff hielt sie mutig stand; doch wußte sie der Feind zu umgehen. Sie löste sich dann auf und zog sich durch den Wald zurück. Auf dem Breitfeld bei Bern wurden die letzten Schüsse gewechselt. Dann hat sich Bern, das niebezwungene, dem Feind ergeben. Erlach enteilte nach dem Oberland, um dort neuen Widerstand zu entsachen. Zu Wichtrach fiel er in die Hände wütender, meuterischer Landstürmer, die ihn ermordeten. Wenig fehlte, so hätte den letzten Schultheiß des alten Bern das gleiche Schicksal getroffen. Auch Steiger wandte sich dem Oberland zu. Er verließ die Schweiz und starb in der Fremde. — Um ein Uhr nachmittags, den 5. März, zogen die Franzosen in Bern ein. Nahe beim Rathhaus wurde ein Freiheitsbaum errichtet. Dann ging es an die

Plünderung der Schatzgewölbe und Kassen Berns. So wünschten es die Direktoren in Paris. Die Räuberei der Franzosen kam den Staat Bern insgesamt auf etwa 24 Millionen Franken zu stehen. Diese „Bringer der Freiheit“ leerten auch das Zeughaus und raubten hier viele alte bernische Siegeszeichen. Sie trieben ihren Spott mit Berns Wappentieren und entführten sie in den Tiergarten von Paris. Nicht besser erging es der übrigen Schweiz; auch sie wurde besetzt und gebrandschatzt. Denn mit dem Fall des alten Bern war der Untergang der alten Eidgenossenschaft besiegelt.

Vergl. Lejeb. 1. Bd. S. 229 „Anneli Engelberger“. 2. Bd. S. 262 „Der Kampf bei Neuenegg“

VII. Die Schweiz als Einheitsstaat.

1798—1803.

1. Die Einheitsverfassung der Helvetik.

Die Franzosen waren nun die Herren im Land. Sie machten aus der Schweiz die eine, unteilbare helvetische Republik nach dem Vorbild Frankreichs. Früher war jeder Kanton ein besonderer Staat gewesen. Jetzt war er nur noch eine Unterabteilung des Einheitsstaats, so wie heute der Amtsbezirk einen Teil des Kantons bildet. Für die ganze Schweiz galt als Grundgesetz die Verfassung, welche Peter Ochs vorbereitet hatte. Sie enthielt viel Gutes und war das Urbild vieler spätern Verfassungen der Kantone und des Bundes. Die höchste Gewalt, sagte sie, liegt in der Gesamtheit der Bürger. Alle sind gleich vor dem Gesetz. Da gibt kein Vorrrecht des Standes oder der Person. Es gibt weder Patrizier noch Untertanenländer mehr. Zum erstenmal ist ein schweizerisches Bürgerrecht geschaffen worden. Jedem Bürger steht es frei, zu denken und zu glauben, was er will. Er darf seine Meinung in Rede und Schrift ungehindert kundgeben, darf innerhalb der Landesgrenzen in Freiheit arbeiten, Handel treiben und sich niederlassen. Die Bürger können sich frei versammeln und ihre Bitten und Beschwerden der Obrigkeit mitteilen. (Glaubensfreiheit, Redefreiheit, Pressfreiheit, freies Handels- und Niederlassungsrecht, freies Vereins- und Petitionsrecht.) Welch ein schöner Strauß von neuen Rechten und Freiheiten! Doch unser Land konnte sich ihrer wenig freuen. Zentnerschwer lastete der Druck einer fremden Macht auf ihm. Es war schwer geschädigt und sein Gebiet verringert worden. Das Veltlin, Genf und das Bistum Basel hatte die Schweiz verloren. Der alte Kanton Bern hückte die Waadt und den Unteraargau ein. Das Oberland war eine Zeitlang ein eigener Kanton mit Thun als Hauptstadt. Ganz neu waren auch die Kantonsnamen Waldstätten, Linth, Säntis, Baden, Lugano, Bellinzona.

Landeshauptstadt war zuerst Aarau, dann Luzern, von 1799 an war es Bern.

2. Die neuen Landes-
behörden.
Der Widerstand der
Arkantone
und des Wallis.

Mitte April 1798 kam in Aarau das erste schweizerische Parlament zusammen, d. h. die vom Volk gewählten Gesetzgeber unseres Landes. Sie teilten sich in zwei Räte, in den Senat und den Großen Rat. Ihr erstes Geschäft war die Wahl der schweizerischen Regierungsräte, der fünf Direktoren. Diese bezeichneten einige tüchtige Beamte als Minister, d. h. Vorsteher der einzelnen Verwaltungsgebiete, z. B. des Kriegswesens, des Schulwesens usw. Die Direktoren ernannten alle höhern Beamten, sie setzten über jeden Kanton einen Regierungsstatthalter. Es fehlte auch nicht an einem obersten Gerichtshof. So schien in dem neuen Staat alles wohl eingerichtet zu sein, und doch war es nicht so. An all dem Neuen hatte das Volk wenig Freude. Der Umschlag kam ihm zu rasch und unvermittelt. Es mißtraute dem Geschenk der neuen Verfassung, weil die Fremden es gebracht, die noch immer das Land beraubten und ausfogen. Die innern Kantone vor allem erwünschten das „Ochsenbüchlein“, welches ihre altgewohnten Landsgemeinden aufhob. Sie fanden es merkwürdig, daß diese Fremdlinge den Söhnen Tells und Winkelrieds zeigen wollten, was Freiheit sei. Auch glaubten sie, ihre katholische Religion stehe in Gefahr. Die Urschweizer schickten keine Vertreter nach Aarau, sondern bereiteten sich zum Aufstand vor.

Gleich den drei Waldstätten wollten auch Glarus, Zug und das Wallis die Einführung der neuen Verfassung mit den Waffen abwehren. Alois Reding übernahm den Oberbefehl über die Krieger der Waldstätte. 30,000 Franzosen unter Schauenburg rückten gegen sie vor. Zug ergab sich bald. Die Glarner kämpften mutig bei Wollerau, mußten sich aber zurückziehen und ergeben. Das Schwyzervölklein war zum äußersten Widerstand entschlossen. Alles waffnete sich; selbst Frauen spannten sich vor die Kanonen und halfen die Gewehre laden. Redings sicher zielende Schützen ließen keinen Franzosen zur Schindellegi hereinkommen. Im Kriegsrat der Schwyzer hatte Pfarrer Herzog von Einsiedeln geprahlt, auch er wolle den Ehelpaß mit seinen Leuten halten bis zum letzten Blutstropfen. Als die Welschen anrückten, gab er den Ehel feige preis, und so

mußte auch Neding sich nach Rotenturm zurückziehen. Von hier aus sahen die Schwyzer, wie es drüben auf dem Morgartenberg von Franzosen wimmelte. In tollkühnem Sturmloaf warfen sie sich auf die Übermacht. Sie erneuerten die Heldentaten ihrer Ahnen und jagten die Franzosen bis nach Ageri zurück. Doch war keine Aussicht auf Sieg vorhanden. Das sah Neding ein und er bewog die Landsgemeinde, die Verfassung anzunehmen, worauf sich die Franzosen zurückzogen. Ebenso tapfer hatten sich auch die Walliser gegen ihre Bedränger erhoben. Sie kämpften heldenhaft an dem Bache Morges bei Sitten. Die Stadt wurde im Sturm eingenommen und manche Untat dabei verübt. Auch das Wallis mußte sich der neuen Ordnung fügen.

**3. Neue Gewalttaten der
Franzosen.
Die Schreckenstage von
Nidwalden.**

Es hatten nun alle Kantone die Einheitsverfassung angenommen; trotzdem blieben immer noch 30,000 Franzosen im Land. Ihre Gewalttaten und Räubereien wollten kein Ende nehmen. Der französische Kommissär Rapinat erfrechte sich sogar, zwei schweizerischen Direktoren zu befehlen, daß sie vom Amt zurückträten. Sie mußten gehorchen und räumten ihren Platz den beiden Hauptanstiftern der helvetischen Revolution, Peter Dohs und Cäsar Laharpe. Diese Franzosenfreunde hatten jetzt erreicht, was sie wollten. Laharpe war edler gesinnt als der wirklich verräterische Dohs. Er gab sich alle Mühe, die Leiden des Volkes zu lindern, und bat um Rückzug der französischen Truppen. Das wollte Frankreich nur dann erlauben, wenn die Schweiz mit ihm ein festes Schutz- und Trutzbündnis abschloß. Die Schweiz war gezwungen, mit dem großen Nachbar (im August 1798) diesen Bund zu schließen. Sie mußte ihm blindlings Heeresfolge leisten. So war die schweizerische Neutralität geknickt und gebrochen. Und doch blieben die Truppen im Land. Es drohte schon wieder ein Krieg zwischen Osterreich und Frankreich. Dabei hofften die Osterreichler, die Schweizer würden gegen die Franzosen aufstehen. Fast überall in der Schweiz bereitete sich ein Aufstand vor, am ersten wiederum in den Waldstätten. Sie waren heftig darüber erboßt, daß die helvetische Regierung beschlossen hatte, die Klöster aufzuheben, und daß die Geistlichen den Bürgereid leisten sollten, wie andere Leute auch. Die Pfarrer hegten zum Aufruhr. Die Nidwaldner verjagten die helvetischen Behörden und ver-

einigten sich wieder zur Landsgemeinde. Auch aus Schwyz war der Statthalter schon entflohen. Hier merkte man aber, daß die österreichischen Heere noch nicht zum Einfall bereit waren, und der Aufstand unterblieb. Nidwalden, von seinen Geistlichen mißleitet, hörte nicht auf die Mahnungen der Direktoren. Schauenburg gab ihm eine Frist von drei Tagen, damit es sich unterwerfe. Es antwortete mit einer Kriegserklärung, so fest vertraute es auf die kaiserliche Hilfe. Da zog Schauenburg mit 16,000 Mann aus, ein Ländchen zu bezwingen, das kaum 2000 Verteidiger zählte. Die Nidwaldner warfen Schanzen auf und verteidigten mutvoll die Eingänge ihres Tales. Der Kapuzinermönch Paul Styger war ihr General. Mit der Feder auf dem Hut und dem Schwert an der Seite ging er von Posten zu Posten und feuerte die Leute durch Predigt und Prophezeiung der göttlichen Hilfe zum äußersten Widerstand an. Die ersten Angriffe schlugen sie zurück; dem Gesamtangriff vom 9. September unterlag das tapfere Bergvolk. Mit Löwenmut focht es am Kogloch. Seine zähe Gegenwehr erbitterte die Angreifer aufs äußerste. Unter Mord und Brand zogen die Feinde im Flecken Stans ein. Noch tagelang qualmte der Rauch von den 800 Höfstätten, welche die Sieger niederbrannten. Mehr als 400 Nidwaldner waren umgekommen, darunter viele Frauen und Kinder. Schauenburg selbst empfand Mitleid mit dem unglücklichen Volk und ließ Brot unter die Überbliebenen austheilen. Als man von dem Schreckenstag in Nidwalden hörte, sammelte man überall in der Schweiz milde Gaben. Von Bern ging Emanuel Fellenberg mit Hilfsmitteln nach Stans. Die herumirrenden Kinder der toten oder verarmten Stanser sammelte der edle Pestalozzi um sich in einem Waisenhaus. Ein Jahr lang war er ihr Vater und Erzieher. Doch mußte er 1799 seine Anstalt wieder auflösen. Das Haus wurde zum Lazaret. Ein neuer Krieg überzog das Land. Schlimmere Tage hat die Schweiz niemals erlebt.

**4. Das Kriegsjahr
1799.**

Im Herbst des Jahres 1798 besetzten die Österreicher das Bündnerland. Die Franzosen warteten mit ihrem Angriff bis zum Frühjahr 1799. Sie verstärkten ihr Heer, das in der Schweiz stand, bis auf 80,000 Mann. An die Stelle Schauenburgs trat Masséna, ein sehr geschickter, aber harter Kriegsmann. Der Oberanführer der Österreicher, Erzherzog Karl, war ebenso tüchtig. Sie standen nicht allein im Kampf, die Engländer und Russen waren mit ihnen verbündet. Erzherzog Karl vertrieb

die Franzosen aus Süddeutschland. Er drängte auch den General Massena in einer Reihe von Gefechten zwischen der Thur und dem Zürchersee über die Limmat zurück. Man nennt diese Treffen insgesamt die erste Schlacht bei Zürich. Auf der Seite der Franzosen mußte auch ein helvetisches Heer von 18,000 Mann mitfechten. In einem Treffen unweit Frauenfeld fiel damals der Sieger von Neuenegg, Oberst Weber.

Als Karl vordrang, fiel ein Teil der Ostschweiz von der Helvetik ab und vielerorts zuckten vereinzelt Aufstände auf, die aber blutig niedergeschlagen wurden.

Karl wurde dann aus der Schweiz abberufen; an seine Stelle trat der Russe Korsakoff. Der Sieger in Oberitalien, Suworoff, erhielt nun Befehl, über die Alpen zu steigen, um, vereint mit Korsakoff, die Franzosen aus der Schweiz zu treiben. Das war eher gesagt als getan. Massenas

Untersfeldherr Lecourbe hatte in kühnem Gebirgskrieg die Österreicher auf der Grimsel besiegt und bis ins Bündnerland vertrieben.

Dann überschritt Massena die Limmat und schlug den unfähigen Korsakoff in der zweiten Schlacht bei Zürich so gründlich, daß er hinter dem Rhein bei Schaffhausen Deckung suchte. Was half es nun, daß Suworoffs Heer unter den größten Anstrengungen den Alpenwall überstieg! Er fragte im Tessin, welches der kürzeste Weg nach Schwyz und Zürich sei. Man wies ihn auf den Gotthard. Unter steten Kämpfen bahnte er sich den Weg ins Urnerland. Der tobenden Reuß entlang trieb er die Franzosen vor sich her. Unten bei Altdorf erschien ihm die Welt wie verrammelt. Da gab es keine Straße, keine

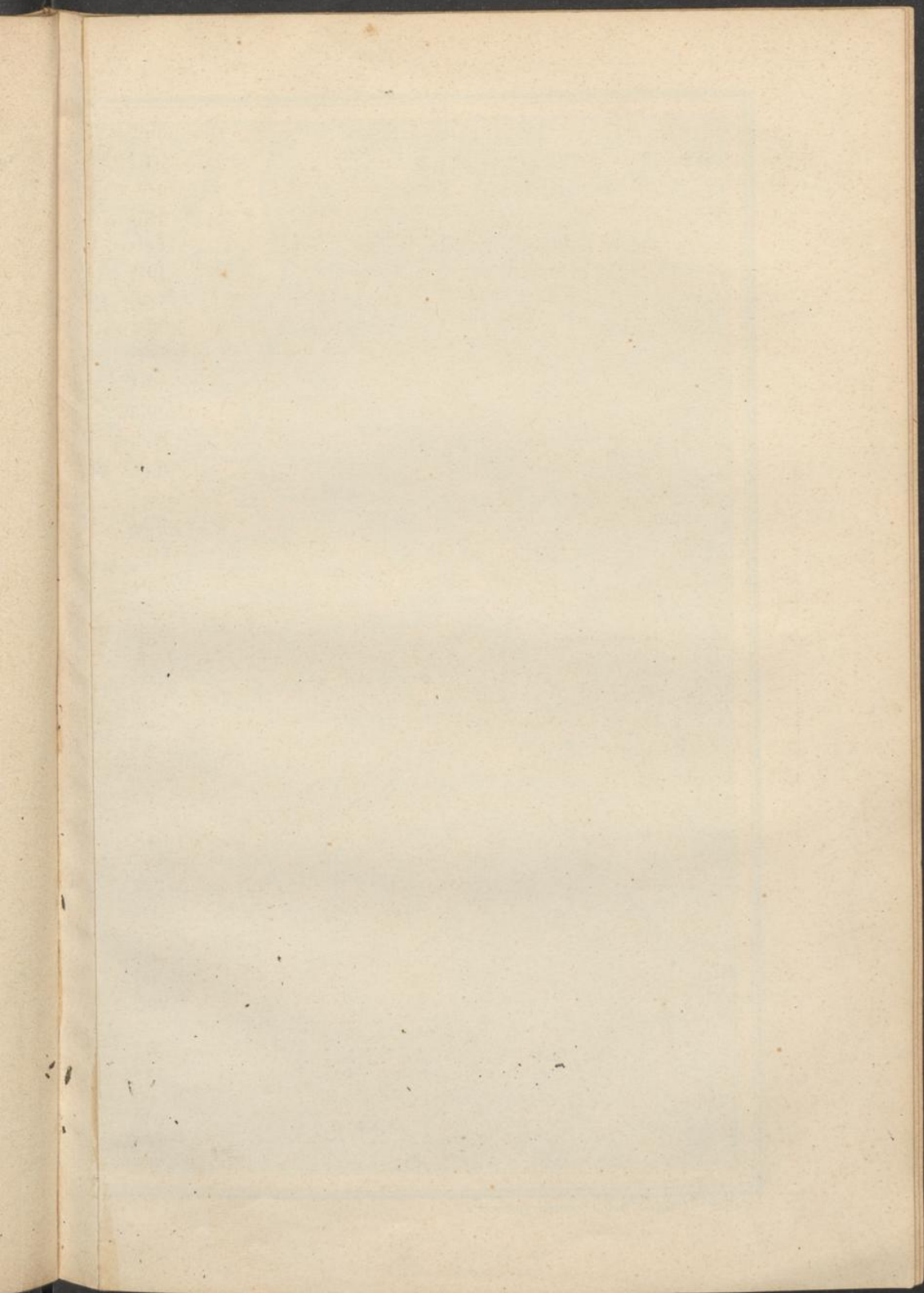


General Suworoff

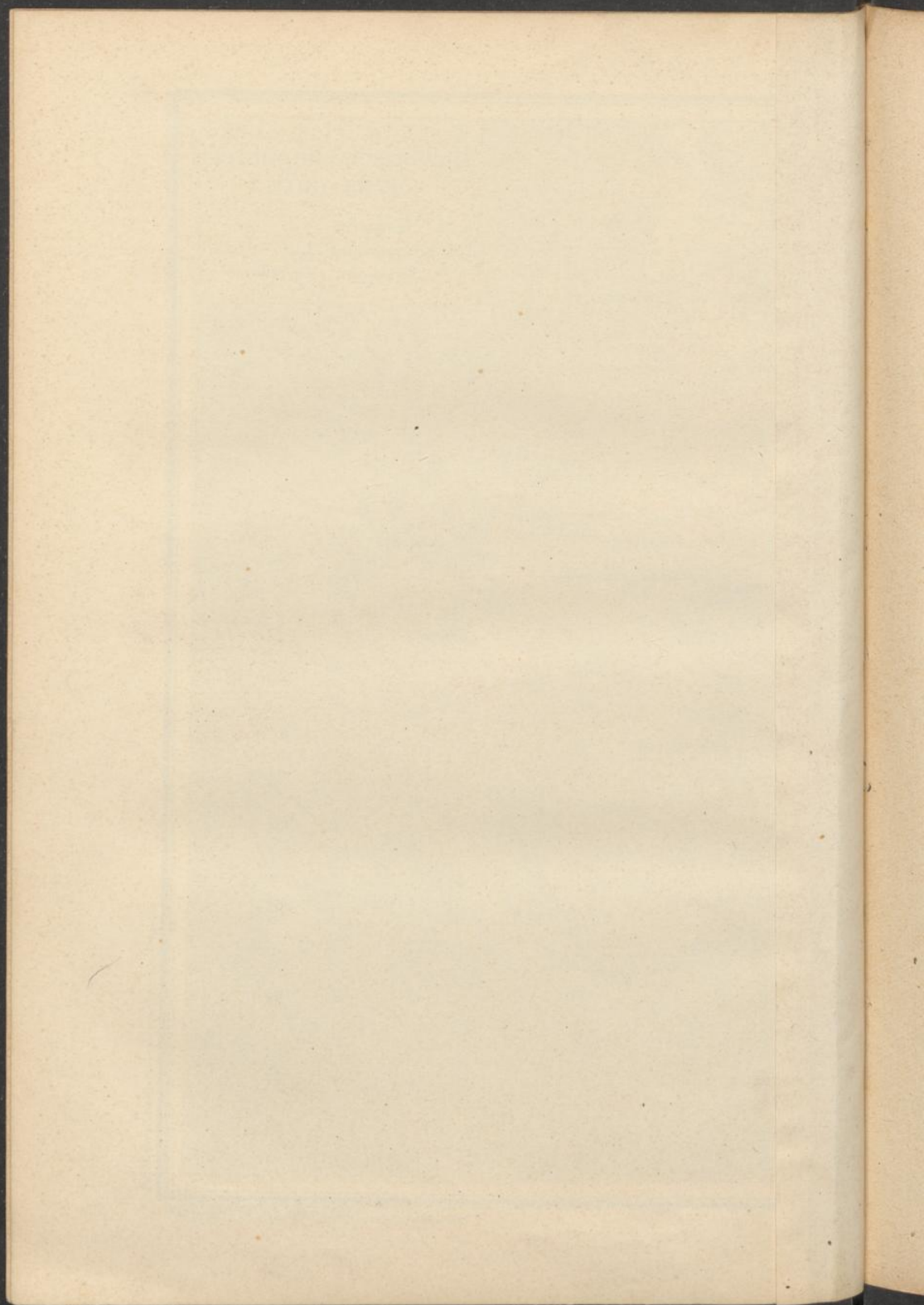
Boote führten über den See. Wie staunte das Bergvolf beim Anblick der wilden Kosakenreiter mit den hohen Pelzmützen und langen Lanzen! Nun ließ sich Suvoroff den Weg über den Kinzigpaß zeigen. Sein Heer gelangte ins Muotatal, wo es den talaufwärts dringenden Franzosen ein grimmiges Gefecht lieferte. Erst hier erfuhr Suvoroff den Ausgang der Schlacht bei Zürich, und daß er zu spät gekommen war. Die Russen überschritten dann den Pragelpaß und fanden den Ausgang des Linthtals auch schon von Franzosen besetzt. Nun führte Suvoroff sein geschwächtes Heer über den rauhen, beschneiten Panixerpaß nach Bünden hinüber und er verließ unser Land. Er hatte auf diesem für immer denkwürdigen Alpenübergang all sein Geschütz und die Hälfte seiner Leute eingebüßt. Suvoroff stand damals schon in seinem 70. Lebensjahr. Er war der tüchtigste und berühmteste Soldatenführer, den das Zarenreich bis heute gehabt hat. Massena blieb Herr der ganzen Schweiz. Die Alpenfestung hatte er behauptet.

**5. Minister Ph. A. Stapfer.
Sein Volksschulgesetz.
Ideale der Helvetik.**

In den Tagen größter Landesnot, als fremde Heere den Schweizerboden zertreten, da berieten die helvetischen Räte in Aarau ein Volksschulgesetz. Philipp Albrecht Stapfer hatte es entworfen. Er war ein hochgebildeter, vaterlandsliebender Mann, aus Brugg gebürtig, früher Professor in Bern und nun Minister der Künste und Wissenschaften, wie auch des Unterrichtswesens. Er war fest davon überzeugt, daß ein Volk nur dann zur wahrhaften Freiheit gelangt, wenn es allseitig gebildet ist. Darum verlangte sein Schulgesetz, daß jedes Kind vom sechsten Lebensjahr an die Schule besuchen müsse. Für die armen Kinder soll der Unterricht unentgeltlich sein. Ein schweizerisches Lehrerseminar hat tüchtige Schulmänner heranzuziehen. Prüfungen sollen erweisen, was die Schüler gelernt haben. Das Turnen wird eingeführt, um den Leib der Kinder zu kräftigen. Die Schulzimmer müssen hell und geräumig sein. Es soll darin nicht an den nötigen Lehrmitteln fehlen. Schulärzte sollen auf den Gesundheitszustand der Kinder acht geben. Dieses und noch vieles andere forderte Stapfer in seinem Volksschulgesetz. Es sind meist Dinge, die uns im Schulleben ganz unentbehrlich und alltäglich erscheinen. Damals aber waren diese Dinge alle neu. Auch an eine schweizerische Hochschule, ein Landesmuseum und eine Landesbibliothek dachte Stapfer, aber zu alledem fehlt es dem armen Helvetien an Geld. Darum verwarf der Senat das Schulgesetz Stapfers. Dennoch bleibt Stapfers Plan zu einem Schulgesetz das schönste Denkmal aus der Zeit der Helvetik. Was er angestrebt, hat eine spätere Zeit







erfüllt. Sein Werk war eine gute Ausfaat für eine glücklichere Zukunft. Auch in andern Dingen hat die Helvetik nur ein Ideal der Zukunft aufrichten können. Sie wollte das Steuerwesen neu ordnen, die Grundzinse und Zehnten abschaffen und dafür die Vermögens- und Einkommensteuer einführen. Sie suchte Einheit in das Münzwesen zu bringen und erhob den bisherigen Bernerfranken zum Schweizerfranken, der in 10 Bazen und 100 Rappen eingeteilt war. Auch ein erster Versuch mit eidgenössischer Post wurde gemacht. All dies hatte aber nur kurzen Bestand.

**6. Verfassungsänderungen
und Staatsstreich.
Der Stecklikrieg.
Die Vermittlung Bonapartes.**

die Unitarier, d. h. die Einheitsfreunde, die Helvetiker, und die Altgefinnten oder Föderalisten, d. h. die Freunde des Staatenbundes und der Kantonsouveränität. Bald hatten die einen, bald die andern die Oberhand. Laharpe sah, wie in Frankreich der erste Konsul an die Spitze trat. Jetzt wußte er, daß auch die Schweiz ihre Verfassung bald ändern müsse. Er beabsichtigte nun, mittelst eines Staatsstreichs den Senat und Großen Rat zu sprengen. Diese Behörden kamen ihm aber zuvor und brachten ihn selber und die andern Direktoren von der Stelle. Das war der erste Staatsstreich. Ein zweiter legte dann doch den Senat und Großen Rat hinweg. Ein dritter erhob im folgenden Jahr (1801) Alois Reding zur Würde eines Landammanns der Schweiz. Er war ein Haupt der Föderalisten und reiste in eigener Person nach Paris, um sich von Bonaparte anerkennen zu lassen. Er verscherzte aber die Gunst des mächtigen Mannes, weil er fest darauf beharrte, daß das Wallis schweizerisch bleiben sollte. Bonaparte wollte dieses von der Schweiz abtrennen; denn er hatte im Herbst 1800 den Bau der Simplonstrasse begonnen. Mit diesem Weg nach Italien wollte er zugleich das Wallis in eigner Hand behalten. Durch den vierten Staatsstreich verlor Reding sein hohes Amt wieder. Der Parteikampf artete zum Bürgerkrieg aus, als Bonaparte im Sommer 1802 seine Truppen aus der Schweiz zurückzog. Der Landsturm erhob sich wider die helvetische Regierung in Bern. Mit allem möglichen bewaffnet (Stecklikrieg) rückten die Haufen der Föderalisten gegen die Hauptstadt. Die Regierung entfloh nach Lausanne. Unweit Murten lieferten die Landstürmer den helvetischen Truppen ein Gefecht und drangen schon in die Waadt ein. Die Regierung hielt sich bereit, auf das savoyische Ufer zu flüchten.

Mit dem Jahr 1800 beginnt eine Zeit, da jeden Augenblick ein Staatsstreich oder eine Verfassungsänderung eintreten konnte. Zwei große, starke Parteien im Land hielten einander die Wage. Es waren



Ph. A. Stapfer.

Da fuhr in vierspänniger Kutsche ein französischer General als Bote Bonapartes in Lausanne ein und gebot den Schweizern Waffenstillstand. Die Regierung kehrte nach Bern zurück. — Unser Land, aufs neue von französischen Truppen besetzt, mußte die Vermittlung (Mediation) annehmen, die Bonaparte ihm anbot. Etwa 60 angefehene Schweizer verfügten sich nach Paris, um dort mit Bonaparte über eine neue Verfassung zu beraten. Er selber bestimmte die Hauptpunkte derselben und zeigte in seinen Unterredungen eine merkwürdig genaue Kenntnis des schweizerischen Landes und seiner Geschichte. Er gab der Schweiz die Mediationsverfassung (die Vermittlungsakte), welche den Einheitsstaat wieder aufhob und durch den Staatenbund der 19 souveränen Kantone ersetzte. Es waren dies die 13 alten Kantone, vermehrt durch sechs neue: Waadt, Aargau, Thurgau, St. Gallen, Graubünden und Tessin. Das Wallis blieb seit 1802 von der Schweiz losgetrennt und stand als rhodanische Republik in gleicher Abhängigkeit von Frankreich wie die Schweiz. Im Jahr 1810 wurde es mit Frankreich vereinigt.

Bergl. Leseb.: 1. Bd. S. 233 „Der Seppi von Steinen“. 2. Bd. S. 269 „Ein Unterwaldner Freiheitstämpfer“. S. 273 „Hoi ho, dia hu!“ S. 429 „Pestalozzi in Unterwalden“.

VIII. Napoleon I., Kaiser der Franzosen.

1804—1814.

1. Der dritte Koalitionskrieg 1805.

Napoleons Ehrgeiz dürstete nach neuen Taten und Eroberungen. Er mochte nicht leiden, daß die englischen Zeitungen sich über alles, was er vornahm, so frei äußerten. Den englischen Kaufleuten verschloß er die französischen Häfen durch hohe Zölle. Zwei Jahre nach dem Frieden von Amiens brach der Krieg mit England schon wieder los. Auf Englands Seite traten der Kaiser Alexander I. von Rußland und der deutsche Kaiser Franz II. von Österreich. Ein neuer Fürstenbund, die dritte Koalition, hatte sich gebildet. Doch Napoleon stand schon gerüstet da. Von einer Landung an Englands Küste, die er geplant, versprach er sich keinen Erfolg. Darum warf er sich mit Blitzesschnelle auf die durch Süddeutschland vordringenden Österreicher. Er brachte den General Mack bei Ulm mit 25,000 Mann zur Ergebung und errang am 2. Dezember 1805 in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz in Mähren einen glänzenden Sieg über die vereinigten Russen und Österreicher. Dagegen wurde damals seine Flotte beim Vorgebirge Trafalgar (unweit Cadix) von Nelson, der in der Schlacht den Tod fand, vernichtet. Hierauf folgte der Friede von Preßburg.

Österreich mußte Venedig, das es im Frieden von Campo Formio erhalten, sowie Istrien und Dalmatien an das Königreich Italien abtreten. Dieses verwaltete Napoleons Stiefsohn Eugen Beauharnais als Vizekönig. Das Tirol kam an Bayern, die österreichischen Vorlande an Württemberg und Baden. Zugleich erhob Napoleon Bayern und Württemberg zu Königreichen, Baden zu einem Großherzogtum. Auch machte er sich zum Protektor des Rheinbundes, dem 16 deutsche Staaten angehörten. Kaiser Franz II. legte die Krone des heiligen römischen Reiches deutscher Nation nieder und nannte sich fortan Franz I., Kaiser von Österreich.

**2. Napoleons Siege über
Preußen. Jena. Tilsit.
Die Festlandssperre 1806/7.**

An Österreichs Stelle trat 1806 das durch Napoleons Willkür schwer gekränkte Preußen der dritten Koalition bei. Napoleon glaubte bei der Armee, die einst Friedrich II. geschaffen, ernstem Widerstand zu finden. Doch Friedrichs Geist lebte nicht mehr in jenem Heer, und der Franzosenkaiser warf es in der Doppelschlacht bei Jena und Auerstädt mit Leichtigkeit über den Haufen. Ohne Schwertstreich ergaben sich die preussischen Festungen. Friedrich Wilhelm III. entfloh nach Königsberg in die östlichste Provinz. Nur mit Rußlands Hilfe konnte er den Krieg fortsetzen, indes die Polen, auf Befreiung hoffend, sich zu den Franzosen schlugen. Eine entsetzliche Mordschlacht ereignete sich zwischen Russen und Franzosen bei Eylau. Sie blieb unentschieden; aber im Sommer 1807 siegte Napoleon über die Russen bei Friedland. Zar Alexander und Napoleon kamen auf dem Memelstrom zusammen, befreundeten sich und teilten sich nunmehr in die Herrschaft Europas. Im Frieden von Tilsit verlor der Preußenkönig all sein links der Elbe liegendes Gebiet. Letzteres, vereinigt mit andern, ihren Fürsten entrissenen Landschaften, bildete das Königreich Westfalen, das Napoleon seinem jüngsten Bruder, Jérôme, zuteilte. Von seinen andern Brüdern war Ludwig König von Holland und Josef König von Neapel geworden. Er selbst trug neben der Kaiserkrone von Frankreich noch die Königskrone von Italien. Auch das Polenreich stellte er teilweise wieder her: als Großfürstentum wurde es mit dem neu errichteten Königreich Sachsen dem gleichen Fürsten untergeordnet. Allein Napoleon stand noch lange nicht am Ziel seiner Wünsche. War es ihm nicht gelungen, Indien zu erobern, noch die britische Flotte zu

befiegen, so reiste nun ein anderer, ungeheurerlicher Plan in ihm, damit er dem trotzigen Inselreich beikommen möchte. Er wollte Englands Handelsverkehr mit dem Festland ganz und gar abschneiden. Kein englisches Schiff sollte an der ganzen Küstenlinie Europas landen dürfen; auch die neutralen Schiffe durften nirgends englische Waren ausladen, wo Napoleons Machtwort gebot. Jeden Staat, welcher sich der Kontinentalsperre widersetzte, fiel er an und eroberte ihn.

3. Der Krieg mit Spanien
1808.
Neuer Kampf mit Oesterreich
1809.

Wollte Napoleon den Engländern alle Häfen Europas versperren, so mußte er auch die pyrenäische Halbinsel in seine Gewalt bekommen. Er rief Karl IV., den spanischen König, nach Bayonne und bewog ihn, seinen Thron gegen ein Schloß in Frankreich und ein Jahresgehalt einzutauschen. Die Krone Spaniens übertrug er seinem Bruder Josef. Dieser siedelte von Neapel nach Madrid über. Den Thron von Neapel nahm der Reitergeneral Murat ein. Die stolzen Spanier wollten sich den Wechsel nicht gefallen lassen. Sie erhoben einen wilden Bardenkrieg (Guerillakrieg) gegen ihre Bedrücker und verjagten Josef. Da erschien Napoleon persönlich mit 250,000 Mann in Spanien und führte seinen Bruder auf den Thron zurück. Er schlug die Spanier in allen Gefechten, und dennoch brachte er das Land nicht völlig zur Ruhe. — Inzwischen stellte Oesterreich eine Armee von 450,000 Mann ins Feld und griff noch einmal zum Schwert gegen den Mächtigen. Napoleon kam und bot Erzherzog Karl zuerst bei Aspern und Eßling auf dem Marchfeld bei Wien eine Schlacht an, in welcher die Oesterreicher ihn zurückschlugen. Dann, nachdem er Verstärkungen an sich gezogen hatte, siegte er in der blutigen Schlacht bei Wagram. Im Frieden von Wien 1809 mußte Oesterreich von neuem Land abtreten. Nichts nützte ihm der Aufstand der Tiroler gegen den Welteroberer. Ihr Anführer Andreas Hofer geriet in die Hände seiner Feinde und wurde in Mantua erschossen. Napoleon feierte bald darauf seine Hochzeit mit der neunzehnjährigen Marie Luise von Habsburg, nachdem er seine erste Gemahlin Josephine Beauharnais verstoßen hatte. 1811 wurde ihm ein Sohn geboren, der, in goldener Wiege ruhend, den Titel König von Rom erhielt. Napoleon befand sich nun auf dem Höhepunkt seiner Macht.

4. Der russische Feldzug
1812.

Der Haß gegen das unbefiegte England trieb schließlich Napoleon dem Untergange zu. Er verfeindete sich mit Alexander I. von Rußland, seinem mächtigen Mitverbündeten, als dieser die Festlandssperre milderte und zuletzt den Engländern seine Häfen wieder öffnete. Napoleon rächte sich, indem er Alexanders Verwandten, den Herzog von Oldenburg, von Thron und Land verstieß. Der in Tilsit geschlossene Freundschaftsbund war zerrissen; der Weltkrieg brach los, und in drei gewaltigen Heersäulen mit 600,000 Kriegern aus Frankreich und seinen Vasallenstaaten und aus den zur Mithilfe gezwungenen Ländern Preußen und Osterreich zog der Schlachtenkaiser aus, um den russischen Kolosß zu besiegen. Das Unternehmen scheiterte aber am Widerstand der Naturkräfte. Die Eile, mit der Napoleon vordrang, um den stets zurückweichenden Russen eine große Schlacht abzugewinnen, erschwerte die Verpflegung des gewaltigen Heeres so sehr, daß es schon in Litauen ungeheure Verluste erlitt. Bei Smolensk betrat die Zentrumsarmee den Boden Altrußlands. Alexander durfte Moskau nicht kampflos in Feindeshand übergehen lassen. In der Riesenschlacht von Borodino, welche 80,000 Tote kostete, erlagen die Russen der Kriegskunst Napoleons. Dieser hielt in den menschenleeren Straßen Moskaus seinen Einzug und schlug seinen Wohnsitz im Kreml auf. Wenige Tage später geriet die hölzerne Kaiserstadt auf Anstiften des Statthalters Kostopschin in Brand. Die Flammen fraßen vier Fünftel der Häuser und unermessliche Vorräte. Gleichwohl verhartete Napoleon noch Wochen lang in Moskau; denn er hoffte, Alexander würde die Hand zum Frieden bieten. Aber von Nachgeben wollte der Zar nichts wissen; er ließ den russischen Winter anrücken, der, in diesem Jahr früh und mit furchtbarer Gewalt einsetzend, die große Armee dahinraffte. Mitte November befahl Napoleon den Rückzug. Über



Zar Alexander I.

die leichenbesäten Gefilde von Borodinó, vom Feinde stets verfolgt, führten er und der tapfere Marschall Ney das Heer nach Smolensk zurück, wo es die gehofften Vorräte nicht vorfand. Die Kälte war entsetzlich; das Thermometer zeigte 37° C. unter Null. Mehr und mehr löste sich die Heeresordnung auf. Die Leiden dieses Feldzuges erreichten ihren höchsten Grad beim Übergang über die Berésina. Zur Hauptarmee stieß hier, ihren Rückzug zu decken, die Nordarmee. Ihr waren die Schweizertruppen zugeteilt worden. Schon bei Polotsk hatten diese Braven mit Auszeichnung gefochten; jetzt verdankte es Napoleon hauptsächlich schweizerischer Tapferkeit, daß er, von drei feindlichen Heeren angegriffen, noch mit einem Teil seiner Armee über den Fluß entkam. Die grauenvollen Szenen an der Berésina werden auf immer im Gedächtnis der Menschheit haften. Bei Wilna verließ der Kaiser die Trümmer seines Heeres und jagte Frankreich zu, um neue Rüstungen zu betreiben. Ein „Bulletin“ verkündete dem Land, der Kaiser sei gesund, die große Armee so gut wie vernichtet!

Bergl. Besch. 2. Band. S. 279 „Napoleons Heerschau am Niemen“. 3. Bd. S. 189 „Napoleon vor dem Zuge nach Rußland“, S. 192 „Die roten Schweizer an der Berésina“.

IX. Die Befreiungskriege.

1. Die Preußen erheben sich.

Napoleon hatte der Reihe nach alle Fürsten Europas besiegt, nun erhoben sich die Völker wider ihn. Die Spanier und Russen machten den Anfang. Zur völligen Besiegung des Korsen hat das preußische Volk am meisten beigetragen. — Kein Land war von Napoleon so gedemütigt worden wie Preußen. Er hatte ihm viele Gebiete weggenommen, hielt seine Festungen besetzt und legte ihm in sechs Jahren eine Steuer von zweihundert Millionen auf. Diese Drangsale weckten aber die Tatkraft des preußischen Volks. Ausgezeichnete Männer arbeiteten eifrig an einer Umgestaltung des Staates. Die Generale Scharnhorst und Gneisenau verbesserten das Heerwesen und führten die allgemeine Wehrpflicht ein. Minister Stein hob die Leibeigenschaft der Bauern und den Zunftzwang in den Städten auf. Die vielen Vorrechte der obern Stände schaffte er ab. Die Bürger fingen an, am Staatswesen lebendigen Anteil zu nehmen. — So hatte der Druck Napoleons die Völker genötigt, sich das Gute anzueignen, das die französische Revolution der Menschheit gebracht hat. — Die Preußen sahen dann die Reste der Großen Armee von Rußland her durchziehen. Es war ein Anblick zum Erbarmen. Auf Stöcke gestützt, halbtot, wankten Soldaten und Offiziere einher. Viele hatten sich in alte Säcke oder zerrissene

Pferbedecken gehüllt, ihre Füße mit Stroh umwickelt. Kürassiere gingen in Frauenröcken einher, manch einer trug statt des Helms eine Nachtmütze auf dem Kopfe. Die Deutschen verpflegten mitleidig diese Armen, die am Kriege unschuldig waren. Als man aber hörte, daß Napoleon neue Heere rüstete, um seine Gewaltherrschaft zu behaupten, da erhoben sich die Preußen und verbündeten sich mit den Russen gegen den Zwingherrn. — Eine ungeheure Kriegsbegeisterung bemächtigte sich des Volkes. Männer, wie die Dichter Arndt und Körner, sangen ihre Freiheitslieder, die bald in aller Munde waren. In kurzem war ganz Preußen ein gewaltiges Kriegslager. Die Studenten, die Professoren, selbst die Gymnasiasten eilten unter die Waffen. Der Jubel zu den Fahnen war so groß, daß der König Einhalt gebieten mußte, weil niemand zu Hause bleiben wollte. Wer nicht ins Feld zog, der suchte durch Gaben dem Vaterlande zu helfen. Beamte verzichteten auf ihren Gehalt; Reiche spendeten ihr Silbergeschirr; die Gatten vertauschten ihre goldenen Trauringe gegen eiserne mit dem Bilde der Königin Luise. Leinwand, Strümpfe, Schuhe und Stiefel, Waffen u. a. m. wurden gespendet. Ein armes Mädchen schnitt ihr schönes, goldblondes Haar ab, um aus dessen Erlös dem Vaterland etwas zu opfern. Jetzt trugen die Reformen Steins und Scharnhorsts gute Frucht.

2. Die Völkerschlacht bei
Leipzig 1813.

Auch die Österreicher und Schweden schlossen sich den Russen und Preußen an, um Napoleon zu überwinden. Noch blieben die Rheinbundfürsten dem Franzosenkaiser treu. Mächtige Heere führte dieser gegen die Mitte Deutschlands, aber in verdoppelter Zahl rückten die Verbündeten ins Feld. Auch England blieb nicht müßig; sein Feldherr Wellington vertrieb die Franzosen aus Spanien. Die Entscheidung fiel auf der Ebene bei Leipzig. Blücher, der Marschall „Vorwärts“, führte die Preußen heran, die das meiste zum Sieg beitrugen, und Schwarzenberg befehligte die Österreicher. Mehr als eine halbe Million Menschen standen hier einander gegenüber, und mehr als tausend Feuerschlünde spieen Tod und Verderben wider den Gegner. Vom 16. zum 19. Oktober dauerte das Morden in dieser Völker-Niesenschlacht. Die Zahl der Toten und Verwundeten belief sich auf über 100,000 Mann. Napoleon war besiegt und trat den Rückzug an. Die Verbündeten machten ihm Friedensvorschlüge, die er abwies. Da folgten sie ihm in drei großen Heersäulen nach Frankreich. Schwarzenberg nahm mit seinen Österreichern den Weg durch die Schweiz. Anfangs 1814 erlag der Niese gänzlich; am 31. März zogen die Alliierten (Verbündeten) in Paris ein. Napoleon mußte seine Krone niederlegen, seine Marschälle entlassen. Er bekam die Insel

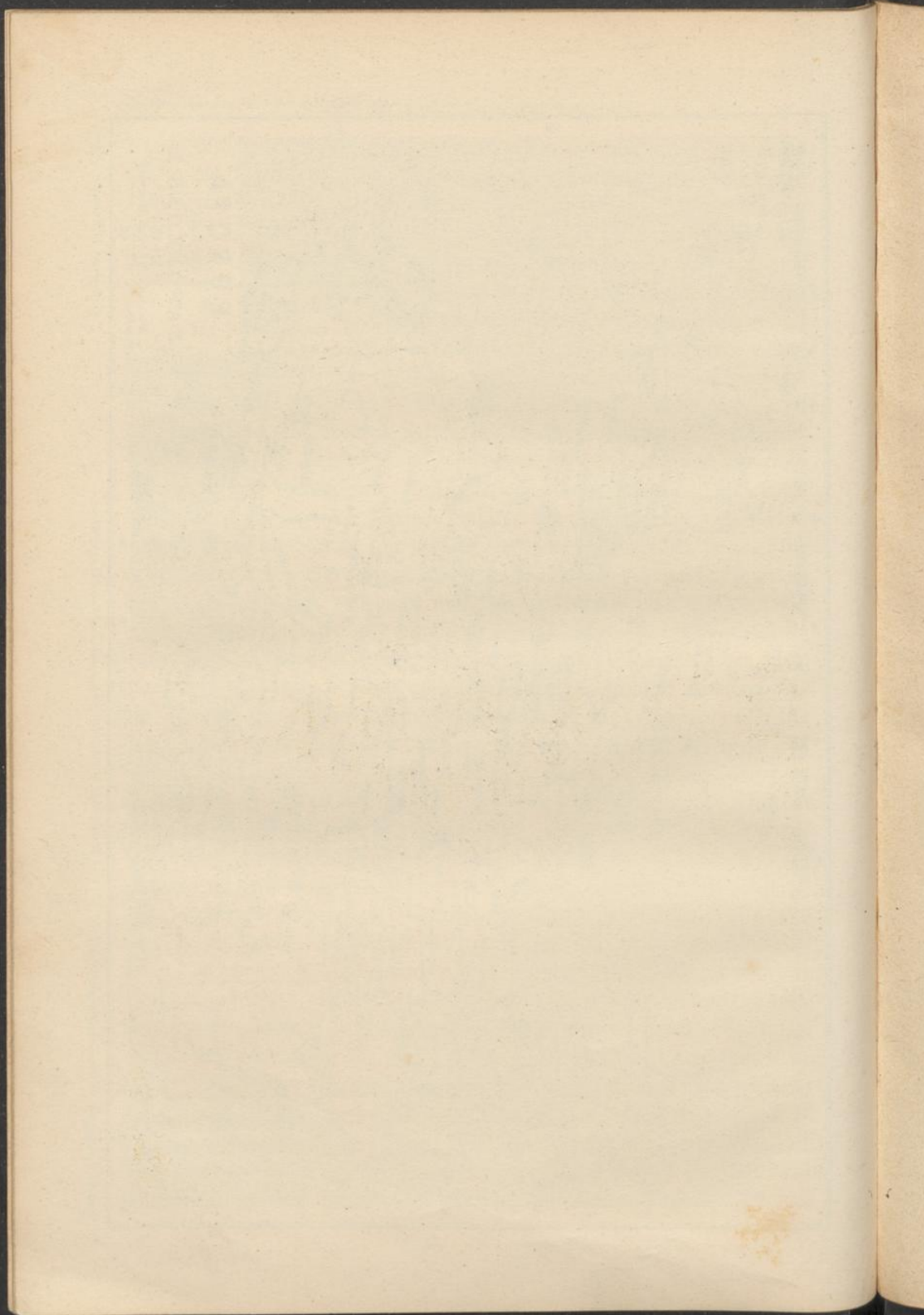
Elba als Fürstentum, zwei Millionen Jahreseinkommen und 400 Mann als Leibwache. Frankreich mußte alle Eroberungen, die es seit 1792 gemacht hatte, herausgeben. Ludwig XVIII., der Bruder Ludwigs XVI., bestieg den französischen Thron. Das Land erhielt eine freiheitliche Verfassung (erster Pariser Friede).

**3. Die Neuordnung
der Staaten am
Wiener Kongreß 1814/15.**

Im September 1814 versammelten sich in Wien die Fürsten Europas und ihre besten Staatsmänner. Sie wollten die von Napoleon gestörte Ordnung der Staaten wieder herstellen (restaurieren). Die vier siegreichen Großmächte führten das Wort, die Kleinstaaten hatten sich ihnen zu fügen. Der leitende Staatsmann an diesem Kongreß war der österreichische Minister Metternich. Rauschende Festlichkeiten gingen neben zähen Verhandlungen einher. Die Fürsten einigten sich nicht so leicht. Preußen, das im Befreiungskampf am meisten gelitten und geleistet hatte, forderte als Siegespreis ganz Sachsen und Rußland ein größeres Stück von Polen, als ihm zugedacht war. Es gab Streit; bald hätten die Fürsten das Schwert wider einander gezückt. Es war schon Frühling geworden, da kam die Kunde, Napoleon sei von Elba entwichen und wolle seinen Thron in Frankreich neu aufrichten. Rasch einigten sich die Fürsten: Preußen begnügte sich mit der Hälfte von Sachsen, erhielt aber dazu noch Posen und die schönen Rheinlande. Österreich bekam zur Lombardei noch Venetien. Wie in Frankreich, so setzten sich die Bourbonen wieder auf die Throne von Spanien und Neapel-Sizilien. Mit dem Königreich Sardinien-Piemont wurde Genua vereinigt, ebenso Belgien mit Holland zum Königreich der Niederlande und Norwegen mit Schweden. Letzteres überließ Finnland dem russischen Reich. Malta kam an England. Deutschland verwandelte sich in einen Staatenbund, bestehend aus 35 kleinern und größern Monarchien und vier Städterepubliken. Das ganze hieß der „Deutsche Bund“ und stand unter Leitung des Bundestags in Frankfurt a. M. Österreich war die Vormacht im Bunde.

**4. Die Herrschaft der
hundert Tage. Napo-
leons Ende 1821.**

Als Napoleon auf seinem Eiland vom Streit der Fürsten am Wiener Kongreß vernahm, als er hörte, daß der neue Bourbonenkönig bei den Franzosen gar nicht beliebt sei, da war sein Entschluß bald gefaßt. Er landete mit einigen hundert Mann



in Cannes. Die Städte öffneten ihm ihre Tore; die gegen ihn gesandten Generale gingen zu ihm über. Die Bourbonen flüchteten wieder außer Landes, und festen Mutes bestieg Napoleon zum zweitenmal den Kaiserthron. Dem Land gab er eine freisinnige Verfassung, und den in Wien versammelten Fürsten versprach er, fortan ein friedlicher Nachbar zu sein. Diese aber boten zwei große Heere auf, die sich unter Blücher und Wellington in Belgien vereinigen sollten. Rasch zog auch Napoleon ins Feld. Wohl warf er die Preußen bei Ligny zurück; aber die Engländer boten ihm bei Waterloo so zähen Widerstand, daß Blücher noch Zeit fand, seinem Genossen Wellington zu Hülfe zu eilen. Vereint brachten sie Napoleon eine so entscheidende Niederlage bei, daß er alles verloren gab. Hundert Tage hatte sein neues Kaisertum gedauert. Als bald bereitete Talleyrand, der sich in allen Lagen und Wandlungen zurecht fand, die Rückkehr der Bourbonen vor. In wenig Tagen standen die Alliierten wieder vor Paris. Nun dankte Napoleon zugunsten seines Sohnes, des „Königs von Rom“, ab, begab sich an die Küste und geriet in die Gefangenschaft der Engländer, die ihn als Verbannten nach der einsamen Felseninsel St. Helena bringen ließen. Frankreich, das an der neuen Kaisererhebung mitschuldig erklärt wurde, blieb bis 1818 von 150,000 Mann der alliierten Mächte besetzt; es hatte 700 Millionen Franken Kriegsschädigung zu bezahlen, mußte alle geraubten Kunstschätze herausgeben und erhielt nur noch die Grenzen des Jahres 1790. Ludwig XVIII. kehrte auf seinen Thron zurück (zweiter Pariser Friede).

Napoleon, dieser Sohn der großen Revolution, starb auf St. Helena im Jahre 1821. Seine Gebeine ruhen jetzt im Invalidendom zu Paris. Die Natur hatte diesen Menschen mit reichen Talenten und gewaltiger Willenskraft begabt. Er war zuerst ein Wohltäter und Befreier seines Landes. Doch ein ungezügelter Ehrgeiz und eine herzlose Selbstsucht trieben ihn dann über ungezählte Leichen hinweg von Schlacht zu Schlacht. Aus einem Volksbeglückter wurde er zu einer Gottesgeißel vieler Völker. Sein Land verlor in den Kriegen von 1790—1815 mehr als $4\frac{1}{2}$ Millionen Menschen. Doch war mit dem Übel von Napoleons Gewaltherrschaft auch manches Gute verbunden. Überall, wo er zu befehlen hatte, stellte er die Gleichheit vor dem Gesetze her. Seine Tyrannei weckte die Völker aus ihrem Schlummer und brachte sie auf die Bahn der Neuerungen nach dem Vorbild

Frankreichs. Die Ideen der französischen Revolution wurden zu einem Gemeingut aller Nationen Europas.

Vergl. Leseb. 3. Bd., S. 330 „Die Grenadiere“. S. 331 „Die nächtliche Heerschau“.

X. Die Schweiz von 1803—1815.

Die Mediation.

1. Die Friedenszeit der
Mediation.
Militärvertrag.
Landammann und Tag-
sagung.
Goldau. Das Lintswerk.

Nach den fünf Jahren der Helvetik blieb die Schweiz noch weitere zehn Jahre von Frankreich abhängig. Man nennt diesen Zeitraum nach dem Vermittlungswerk Napoleons die Zeit der Mediation. Napoleon änderte das Bündnis zwischen der Schweiz und Frankreich, indem er unserm Land dem Scheine nach die Neutralität, die er ihm geraubt, zurückgab. Die Schweiz als Staat brauchte die spätern Napoleonischen Kriege nicht mehr mitzumachen. Sie genoß eine ruhige Friedenszeit. Es ging ihr besser als all den andern von Frankreich abhängigen Staaten. Napoleon behandelte sie mit einem gewissen Wohlwollen. Aber ihre Blutsteuer mußte sie dem Welt-erobrer dennoch entrichten. Napoleon zwang ihr einen Militärvertrag auf. Sie sollte Frankreich vier Regimenter Söldner stellen, jedes zu 4000 Mann, und diese immer vollzählig erhalten. Es war für unser Land eine bittere Pflicht, so viele Söldner zu stellen. Diese waren schwer zu bekommen, und die Werbung kostete jeden Kanton viel Geld. Es verdroß Napoleon, daß die 16,000 Mann nie vollzählig waren. Er drohte einmal in seinem Zorn, er werde die Schweiz mit Frankreich vereinigen. Zuletzt begnügte er sich mit 12,000 Mann. Gegen 6000 Schweizer sind auf dem Feldzug nach Rußland umgekommen. Zur Mediationszeit regierte in der Schweiz ein Landammann. Er besaß große Vollmacht und konnte im Nothfall von sich aus Truppen aufbieten. Allein er führte sein Amt nur ein Jahr lang. Die Schultheißen oder Bürgermeister der sechs Kantone Freiburg, Bern, Solothurn, Basel, Luzern und Zürich wechselten in diesem Amte ab und führten den Vorsitz in der Tagsagung. Diese war nicht eine Volksvertretung, wie die Räte zur Zeit der Helvetik, sondern, wie früher, nur eine Vereinigung von Regierungsvertretern aller 19 Kantone. Jeder Kanton verfügte in diesem Rat über eine

Stimme, nur die sechs größten Kantone hatten deren zwei. In den einzelnen Kantonen waren meist wieder die alten Regenten auf ihre Stühle gekommen. Das Landvolk hatte zwar auch seine Vertreter; aber diese waren in der Minderzahl, und nach dem damaligen Wahlgesetz konnten nur reichere Leute gewählt werden (Zensus). Selbst in den neuen Kantonen bestanden diese Ungleichheiten zwischen Stadt und Land. Von einem Schweizer Bürgerrecht war nicht mehr die Rede. Post und Münze waren wieder kantonal. Überall forderte man wieder Brücken- und Weggelder, im Bernbiet an nicht weniger als 22 Orten; so war der Binnenzoll wieder da.

Für das allgemeine Beste hat die Mediationsregierung immerhin einiges getan. Als im Jahre 1806 ein Bergsturz das schöne Dorf Goldau verschüttete und mehr als vierhundert Personen begrub, da verausgabte sie einige Tausend Franken für die Hinterbliebenen. Sie unterstützte auch, so gut sie es vermochte, das Linthwerk des edlen Zürchers Konrad Escher. Dieser fühlte sich ergriffen von dem Elend der Bevölkerung in jenen ver-



Hans Konrad Escher von der Linth.

sumpften, ungesunden Gegenden zwischen dem Walen- und Zürchersee. Damals floß die Linth aus dem Lande Glarus in vielen Windungen direkt dem Zürchersee zu. Escher fand nun Mittel und Wege, um zunächst einen Kanal von Mollis zum Walensee zu graben. Die Linth konnte fortan ihr Geschiebe in den nahen und tiefen See ablagern. Bis zum Jahre 1812 brachte er diesen Teil seines Werks zu Ende. Der längere Kanal zwischen den beiden Seen wurde erst 1821 fertig. Er selber nahm an den Arbeiten teil, von früh bis spät, und opferte dem Werk Gesundheit und Leben. Er starb schon 1823. Die Tagsatzung ehrte ihn mit dem Adelstitel „von der Linth“. Es ist der einzige, den eine Schweizer Regierung jemals verliehen hat.

**2. Folgen der Festlands-
sperre.**

**Vom Wallis und Tessin.
Der Bockenkrieg 1804.**

Die Hand Napoleons ruhte schwer auf den Völkern. Auch die Schweiz hatte dieses zu verspüren. Sie litt gewaltig unter jener Festlandsperre. Viele Industrien wurden durch sie vernichtet, die besten Handelshäuser verfielen dem Geldstagnation, und Tausende von Familien wurden brotlos gemacht. Groß war namentlich die Not der Spinnerfamilien im Kanton Glarus. In mehreren Dörfern gab es keine Betten mehr, die Leute gingen in Lumpen einher, schwarze Zichorienbrühe und Kartoffeln waren ihre Nahrung; einige stillten ihren Hunger mit Gras. Gewalttat folgte auf Gewalttat. 1806 wurde das verbündete Neuenburg abgetrennt und Frankreich einverleibt. Dem Waadtland wurde das Dappental entrissen, es erhielt später nur mehr die Hälfte davon zurück. 1810 hat sich Frankreich auch das Wallis einverleibt. Es war zum Departement des Simplon geworden. Auch das Tessin konnte man von 1810 an nicht mehr zur Schweiz rechnen. Die Franzosen besetzten den Kanton und hüteten ihn durch ihre Zollwächter, die sich alles erlaubten. Der innere Friede blieb zur Mediationszeit gewahrt. Einzig der Bockenkrieg vom Jahre 1804 setzte das Land in kurze Aufregung. Die Bauern am Zürchersee beschwerten sich über den teuren Loskauf der Grundzinse und Zehnten. Sie verweigerten ihrer Regierung die Huldigung und schlugen deren Truppen beim Bade Bocken in die Flucht. Bald indessen erlagen sie der Übermacht, und vier der Volksführer wurden hingerichtet. So verfuhr die Mediationsregierung streng gegen ihre Untergebenen. Dem mächtigen Kaiser begegnete sie mit kriechender Demut; zu jedem Sieg wünschte sie ihm Glück. Als ihm 1810 ein Sohn geboren wurde, da feierte man dieses Ereignis in der Schweiz mit Kanonendonner und Glockengeläute, als gälte es einem eigenen Prinzen.

**3. Durchmarsch der Fer-
bündeten. Lange Tag-
sagung. Bundesvertrag.
Bern — neuer Kantonsteil.**

Als Napoleon im Herbst 1813 geschlagen von Leipzig heimkehrte, wagte es die Schweiz, sich neutral zu erklären. Sie stellte 15,000 Mann an die Grenze. Die Verbündeten achteten aber auf die schweizerische Neutralität ebensowenig, wie die Franzosen im Jahr 1798. 160,000 Oesterreicher näherten sich unserer Grenze. General von Wattenwyl gab seinen Truppen den Befehl zum Rückzug. Es fiel

kein einziger Schuß zur Wahrung der Neutralität. Das kränkte manchen braven Soldaten so sehr, daß er seine Waffen zerbrach, da er sie doch nicht brauchen durfte. In aller Ordnung hielt das fremde Heer seinen Durchmarsch. Von Napoleon war die Schweiz wohl los; doch kam sie jetzt in Abhängigkeit von den verbündeten Großmächten. Von diesen wurde sie immerhin besser behandelt, als von Napoleon. Mit dem Einmarsch der Österreicher fiel die Mediationsverfassung dahin. Nun durfte sich unser Land einmal selber eine neue Verfassung geben. In Zürich kam die „lange“ Tagsatzung zusammen. Nach monatelangem Hader brachte sie einen Bundesvertrag zustande, mit welchem drei Gesandte an den Wiener Kongreß abgingen. Sie wurden dort recht gütig empfangen. Am Bundesvertrag änderten die Vertreter der Großmächte gar nichts, wiewohl er sehr unvollkommen war. Im März 1815 erklärte der Kongreß, die Schweiz möge das Wallis, Genf und Neuenburg als neue Kantone in den Bund aufnehmen. Als Entschädigung für die Waadt und den Aargau könne sich der Kanton Bern durch das einstige Bistum Basel und die Stadt Biel vergrößern. Wenn die Schweiz mit diesem Vorschlag einverstanden sei, dann würden die Mächte auch ihre immerwährende Neutralität anerkennen.

4. Einsall in die
Freigravität.
Bundeschwur.
Neutralität 1815.

Im Frühjahr 1815, als Napoleon den Frieden brach und von Elba zurückkehrte, verband sich die Schweiz mit den Kongreßmächten, um ihn zu bekämpfen. Sie stellte ein Heer von 30,000 Mann ins Feld. Es war das letzte Mal, daß die Schweiz nach außen hin als kriegführende Macht auftrat. Den Österreichern gewährte sie wieder freien Durchpaß. Ihre eigenen Truppen fielen in die Freigravität ein und halfen die Festung Hüningen bei Basel erobern und schleifen. Die Kunde vom Sieg bei Waterloo befreite unser Land von schwerer Sorge. Alle Kantone gaben sich mit dem Spruch, den die Mächte im März getan, zufrieden, Nidwalden ausgenommen. Dieses mußte mit Truppen besetzt und zur Annahme gezwungen werden; dabei wurde das Engelbergerthal Obwalden zugeteilt. Wallis, Genf und Neuenburg nahm man mit Freuden in den Bund auf. Am 7. August 1815 fand im Grossmünster zu Zürich der feierliche Eidschwur auf den neuen Bundesvertrag (15er Vertrag) statt. Zu den Verhandlungen des

2. Pariser Friedens sandte die Schweiz als Vertreter den klugen Genfer Pictet de Rochemont. Er besaß das volle Vertrauen der Fürsten und Staatsmänner der Großmächte. Sie zeigten sich bereit, der Schweiz die immerwährende Neutralität und Unverletzlichkeit ihres Gebietes zuzusichern. Sie ersuchten Pictet, selber den Entwurf zu dieser wichtigen Urkunde zu verfassen. Er tat es und schrieb u. a., es liege im Interesse von ganz Europa, daß die Schweiz, von den Kriegen des Festlands unberührt, für immer neutral bleibe. Das haben die Großmächte gutgeheißen. Die Neutralitätsurkunde unterzeichneten und besiegelten sie den 20. November 1815. Von den 700 Millionen Franken Kriegssentschädigung, die Frankreich bezahlte, erhielt die Schweiz drei Millionen. Die Festung Hüningen, die Basel bedroht hatte, durfte nie mehr aufgebaut werden. Für sein Genf erlangte Pictet, daß ihm einige savoyische und französische Gemeinden abgetreten wurden. Es war nun zu einem richtigen Kanton abgerundet. Die Stadt Konstanz, das Ländchen Ger und das Veltlin kamen leider nicht an die Schweiz. Die Südwestgrenze unseres Landes blieb jedem Angriff offen. Doch haben die Großmächte bewilligt, daß auch Nordsavoyen in die schweizerische Neutralität eingeschlossen sei. Der Schweiz gab man das Recht, diese Gebiete, die einst bernisch gewesen (1536—1564), im Kriegsfall zu besetzen.



Pictet de Rochemont.

B. Neue Freiheitskämpfe in Europa. Wiedererstarben der Eidgenossenschaft.

1815—1848.

I. Europa zur Zeit der Heiligen Allianz.

1. Stiftung und Sinn der
Hl. Allianz. Zeit des Rück-
schritts unter Metternich.

Als im Herbst 1815 die verbündeten Fürsten zum zweiten Male in Paris einzogen, da war der russische Kaiser Alexander I. von besonderer Freude und frommen Gefühlen bewegt. Er schlug seinem Freunde Friedrich Wilhelm III. von Preußen vor, sie wollten alle Fürsten Europas zu einem Friedensbund vereinigen. Auch Kaiser Franz I. von Osterreich war damit einverstanden, wiewohl nicht so von Herzen wie die beiden andern. Sie gelobten nun einmütig, einander als Brüder und ihre Völker als Glieder einer großen Familie zu betrachten. Nach den Vorschriften der Bibel wollten sie ihre Staaten regieren und überall Gerechtigkeit, Frieden und Eintracht zur Herrschaft bringen. Alle christlichen Staaten luden sie ein, diesem Bunde, dieser Heiligen Allianz beizutreten. Außer England und dem Papst traten ihr alle Staaten Europas bei. Doch Metternich, der allmächtige Minister Osterreichs, hatte für diesen Bund nur ein spöttisches Lächeln. Er trieb mit ihm ein trügerisches Spiel. Durch ihn wurde die Heilige Allianz nur ein Mittel, die Völker zu knechten. Unter dem Deckmantel christlicher Frömmigkeit verbarg sich seine Despotie. Er suchte mit aller List und Gewalt, im eignen Reich und in den Nachbarländern das Alte wieder herzustellen und den Absolutismus zu festigen. Er war so recht ein Mann des Stillstands und Rückschritts (Reaktion, Restauration). Die Völker sollten vergessen, daß es eine Revolution gegeben hatte. Sie waren auch von den Stürmen und Kriegen der letzten Zeiten so ermattet und friedensbedürftig, daß sie sich eine Zeitlang von Metternich leiten ließen. — Das Musterland der Reaktion war Osterreich selber. Franz I. und Metternich suchten es von allem geistigen Verkehr mit dem Ausland abzusperren. Keinem osterreichischen Jüngling war es erlaubt, auf fremden Hochschulen zu studieren. Niemand durfte ein Buch erscheinen lassen, welches die Polizei nicht genau geprüft hatte, ob es nicht Umsturz-

gedanken enthalte. In den Schulen war keine Spur von Lehrfreiheit. Fremde Reisende wurden polizeilich überwacht. Auch in Deutschland suchte Metternich jeden Fortschritt zu hemmen, jedes Freiheitsstreben zu unterdrücken. Die deutsche Jugend hatte geglaubt, mit den Befreiungskriegen sei für Deutschland eine neue Zeit angebrochen. Sie hoffte, die Fürsten würden freie Verfassungen und Volksrechte gewähren. Allein sie täuschte sich; denn die meisten Fürsten folgten dem Räte Metternichs. Im Jahr 1817 feierten die deutschen Studenten auf der Wartburg ein Fest zum Andenken an die Reformation. Am Abend belustigten sie sich an einem Höhenfeuer. Sie warfen in keckem Scherz allerlei verhasste Schriften von Rückschrittmännern in die flammende Lohe, ähnlich wie es Luther mit der Bannbulle getan hatte. Nun ging das Gerücht, sie hätten auch einen Abdruck der Allianzurkunde verbrannt. Das erregte bei vielen Fürsten Deutschlands, besonders aber bei Metternich einen gewaltigen Zorn. Sie kamen in Karlsbad zu einer Konferenz zusammen. Sie hoben die Burschenschaften der Studenten und auch die Turnvereine auf. Man strafte mit Gefängnis und Verbannung die besten Männer Deutschlands, wenn sie von Volksrecht und Freiheit sprachen.

**2. Die Kongresse. Erhebungen
in Mittel- und Südamerika,
in Spanien und Italien.**

Bei der Stiftung der Heiligen Allianz versprachen die Fürsten, einander häufig zu besuchen oder dann ihre Minister zu Kongressen zusammentreten zu lassen. Hier sollte das Wohl der Völker beraten werden. Öfters fanden nun solche Kongresse statt. Nach Metternichs Willen berieten sie, wie man am besten das Freiheitsstreben der Völker hindern könne. Ein Gebiet gab es, wohin der Arm Metternichs nicht reichte, die „neue Welt“. Die mächtig aufstrebende Union verbot der Allianz, sich in amerikanische Angelegenheiten einzumischen (Monroe 1823). Das riesige Kolonialreich der Spanier löste sich auf. In Mittel- und Südamerika erhoben sich Republiken in großer Zahl. Spanien bemühte sich, dem zu wehren und schickte ein Heer nach dem andern hinüber. Von den Soldaten, die es einschiffen ließ, sahen die wenigsten ihre Heimat wieder. Alles war umsonst. England und die Union anerkannten die Unabhängigkeit der neuen Republiken. — Als im Jahr 1820 wieder eine Ladung Soldaten zu Cadix in Spanien eingeschifft werden sollte, meuterten die Truppen. Der Aufstand verbreitete sich blitzschnell übers ganze Land. Die Spanier

forderten von ihrem König, dem Bourbonen Ferdinand VII., eine freiheitliche Verfassung. Sie wünschten die Verfassung zurück, die sie sich im Jahr 1812 gegeben hatten, und die ihnen der von Priestern und schamlosen Höflingen geleitete König wieder weggenommen. Ferdinand tat ihnen den Willen. Spanien beruhigte sich. Im Reiche Neapel-Sizilien herrschte ebenfalls ein Bourbone und im gleichen Geiste, Ferdinand I. Sobald die Neapolitaner hörten, was sich in Spanien zugetragen hatte, erhoben sie sich ebenfalls und nötigten ihren König, dem Lande eine ähnliche Verfassung zu geben. Auch das Königreich Sardinien-Piemont wurde von der Freiheitsbewegung ergriffen. Es gärte zugleich in den österreichischen Provinzen Lombardien und Venetien. Metternich wollte verhüten, daß Österreich seine Vorherrschaft in Italien einbüße. Er rief die Minister der Allianzkräfte nach Laibach zusammen. Der Kongreß zu Laibach beauftragte nun Österreich, im Reiche Neapel den Absolutismus wieder herzustellen. Ein österreichisches Heer ging nach Süditalien ab und nahm hier blutige Rache an allen, die sich für die Freiheit erhoben hatten. Bald darauf kam in Verona ein neuer Kongreß zusammen. Er beschäftigte sich mit Spanien und beauftragte Frankreich, dort ebenfalls mit Waffengewalt die neue Verfassung zu tilgen. Ein Heer von 120,000 Franzosen durchzog ganz Spanien bis nach Cadix und erstückte jedes Freiheitsstreben. In Griechenland aber verliefen die Dinge nicht nach dem Willen Metternichs.

3. Der Befreiungskampf der Griechen 1821—29.

Die Türkenmacht, einst so gefürchtet, ging mehr und mehr zur Neige. Schon hatten sich die Serben und Montenegriener ihre Freiheit erstritten. Da wollten die Griechen nicht hinter ihnen zurückbleiben. Millionen von Griechen lebten zerstreut in den türkischen Provinzen. Sehr zahlreich waren sie in Konstantinopel. Manche von ihnen waren europäisch gebildet und freiheitlich gesinnt. Sie schlossen einen Geheimbund mit dem Zweck, Griechenland von dem Joche der Türken zu befreien. Alexander Ipsilanti, ein Adjutant Kaiser Alexanders, begann den Aufstand in der Moldau und erwartete, daß der Zar als Schirmherr aller Griechisch-Katholischen ihn unterstützen werde. Doch Metternich wußte die Hilfeleistung zu hintertreiben; er sah in dem Griechenkampf nur eine Rebellion gegen die rechtmäßige Obrigkeit. Ipsilantis zersprengte Scharen flüchteten auf österreichisches Gebiet. Metternich ließ den Flüchtling lange im Ge-

fängnis schmachten. — Unterdeffen war der Aufstand auch in Morea ausgebrochen. Der Ruf erging: „Fort mit den Türken!“ Innert drei Wochen waren sie alle vertrieben. Die Griechen ließen ihrem Rachegefühl vollen Lauf. Wo immer sie noch einen Türken fanden, den hieben sie nieder. Die Türken antworteten mit einer furchtbaren Christenheze in Konstantinopel; selbst den Patriarchen brachten sie um. — So entbrannte zwischen beiden Nationen ein entsetzlicher Rassen- und Religionskrieg. Die Griechen verwandelten alle ihre Kauffahrer in Kriegsschiffe. Ihre Seeleute brachten unter Miaulis der Türkenflotte großen Schaden bei und rächten die auf der Insel Chios begangenen Greuel der Türken. Auf dem Festland schlugen die tapfern Klephten unter Kolo kotronis in den Griechenbergen ein Türkenheer nach dem andern. Der Sultan war nicht imstande, das todesmutige Volk zu bezwingen, und rief die Hülfe des Vizekönigs von Ägypten an. Dieser sandte seinen Sohn Ibrahim mit gewaltiger Flotte und vielen Landungstruppen nach Morea. Der Ägypter verheerte diese Halbinsel aufs schrecklichste. Dann rückte er nach Nordgriechenland und lagerte sich vor die Küstenstadt Missolonghi. Ihre tapfern Bewohner wehrten sich aufs äußerste. Sie hatten zuletzt nur noch Seegras und Häute zur Nahrung. Dann machten sie einen letzten verzweifelten Ausfall. Zur Stadt zurückgedrängt, erlagen die meisten im Kampfgewühl oder sprengten sich samt den Feinden in die Luft (1826). — Längst hatte das mutvolle Ringen der Griechen bei den Völkern Europas begeisterte Teilnahme erweckt. Allerorts hatten sich Griechenvereine gebildet. Der reiche Genfer Bankier Cynard und König Ludwig I. von Bayern leiteten das Unterstützungswerk. England war der erste Staat, der die Selbständigkeit Griechenlands anerkannte. In Rußland kam Nikolaus I. auf den Thron. Dieser ließ sich nicht von Metternich leiten; darum ging die Allianz in die Brüche. Als Griechenland sich selbst nicht mehr helfen konnte, schritten England, Rußland und Frankreich zur helfenden Tat. Da Ibrahim nochmals Morea mordbrennend durchzog und alle Feigen- und Öl bäume, den Reichtum des Landes, niederhauen ließ, griffen die Engländer die Türkenflotte bei Navarino 1827 an und vernichteten sie. Die Russen rückten über den Balkan und nötigten den Sultan zum Frieden von Adrianopel, der den Griechen volle Unabhängigkeit gewährte. Im Jahr 1833 wurde Otto I. von Bayern König von Griechenland. Er machte

Athen zu seiner Residenz. 1864 ging die Krone an Georg I. aus Dänemark über.

*
*
*

**4. England. Gewerbliche
Erfindungen.
Neue Verkehrsmittel.**

England ging seine eigenen Wege. Die Revolutionsstürme und Kriege des Festlands berührten dieses Inselreich zwar auch, doch erschütterten sie es nicht. Im Gegenteil, aus allen Wirren Europas zog es den größten Vorteil. Als Napoleon Holland seinem Reich einverleibte, nahmen die Briten das Kapland ein. Mächtig wuchs ihr Kolonialbesitz. Ohne Revolution verbesserten sie ihre Verfassung. Keine Despotie konnte sich in einem Land erheben, wo das Parlament regierte. Auf seinem mit Eisen und Kohle gesegneten Boden war schon im 18. Jahrhundert eine mächtige Industrie erblüht. Es schien damals, als hätten die Engländer das Alleinrecht aller technischen Erfindungsgabe. Sie erfanden die Einrichtung von Schiffszuhren und Fernröhren, das Weberschiff und die Zubereitung des Steinguts, welches fein wie Porzellan, aber viel dauerhafter ist u. a. m. Hargreave (spr. Hargrew), ein armer Zimmermann, baute die erste Spinnmaschine, so daß eine Person acht Fäden und bald mehr gleichzeitig zwirnen konnte. Sein Nachbar Arkwright (spr. Arkreit) führte den Wasserbetrieb für das Spinnen ein und errichtete in Nottingham die erste Maschinenspinnerei. Als das Garn hiedurch so billig wurde, kamen die Spinner, die nach der alten Mode arbeiteten, fast um allen Verdienst. Sie waren auf Arkwright so erbittert, daß er vor ihnen die Flucht ergriff; sie zerstörten ihm Haus und Maschinen. Doch der Fortschritt war unaufhaltbar. Überall suchte man, Menschenkraft durch Naturkraft zu ersetzen. — Der Großbetrieb, die Fabrikindustrie, fing an, den Kleinbetrieb, die Hausindustrie, zu verdrängen. Dem Spinnen mit der Maschine folgte die Maschinenweberei auf dem Fuße. Diese beschäftigte 1785 schon 80,000 Personen in England. Den Webstuhl verbesserte dann noch um vieles der Seidenweber Jacquard aus Lyon. Gleichzeitig mit der Textilindustrie hob sich in England auch die Metallindustrie. Mittelpunkt der erstern war Manchester (spr. mäntschester) und der letztern Sheffield (spr. sheffild). Die Metallbearbeitung ermöglichte es, dauerhafte Maschinen zu bauen. Solche waren besonders notwendig, als man anfang, den Dampf als bewegende Kraft zu verwerten. Der Erfinder der Dampfmaschine war James Watt (schems wot). Sie fand bald die manigfaltigste Verwertung in der Industrie. Besonders bahnbrechend wirkte sie auf die Beschleunigung des Verkehrs. Der Amerikaner Fulton (spr. fölt'n) baute 1807 das erste Dampfschiff, das sich mit Schaufelrädern fortwärts bewegte. Die Union besaß das erste mit Dampf betriebene Kriegsschiff. Den ersten Dampfwagen (Lokomotive), der auf Eisenschienen lief, erstellte Georg Stephenson (spr. stiw'n). Zwischen Liverpool (spr. liverpul) und Manchester gingen vom Herbst 1830

an die ersten Bahnzüge hin und her. Bis Ende der 30er Jahre spannte sich schon ein großes Netz von Schienentwegen über Europa hin. Und mit der Eisenbahn trat sehr bald auch der Telegraph in den Dienst der Menschheit. Diese neuen Hilfsmittel gaben dem Weltverkehr einen mächtigen Aufschwung. Zugleich suchte man in allen Ländern die Schulen zu verbessern. Das Zeitungswesen, die Presse, bestimmte mehr und mehr die öffentliche Meinung. So reihte sich ein Fortschritt an den andern in stets beschleunigterem Gange.

II. Die Schweiz in den Jahren 1815—1830.

(Restauration.)

1. Wiederherstellung des Patriziats im Kant. Bern.

Als die Mediationsverfassung Ende 1813 dahinfiel, kehrte in Bern das Regiment der Patrizier wieder. Es lebten von den Männern, die beim Übergang 1798 Großräte gewesen, noch etwa 140. Sie nahmen ihre Stühle wieder ein und ergänzten sich auf die Zahl 299. Der Große Rat zählte jetzt 200 Mitglieder aus den regimentfähigen Familien der Stadt und 99, die das Land wählte. Ähnlich stand es in andern Kantonen. In Freiburg stellte die Stadt 108 Großräte, das Land nur 36. — Als Mittelpunkte der Bildung und des Besitzes waren die Hauptstädte in allen Kantonen bevorzugt. Der Städter galt politisch 5—20 Mal so viel als der Landmann. Die Oberamt männer, welche die Regierung in den Amtsbezirken vertraten, glichen aufs Haar den frühern Landvögten. Es waren wieder meist Patrizier. Was der Große und Kleine Rat verhandelten, davon erfuhr das Volk nichts. Es wußte auch nicht, was der Staat ausgab und einnahm; denn der Staatshaus halt und die Beratungen wurden geheim gehalten. Alle Ämter waren lebenslänglich. Über die Druck sachen hielt man strenge Aufsicht. Die Zeitungen sollten sich kein Urteil erlauben über die Staatseinrichtung und über das Tun der Beamten. Von Volksrechten stand nichts in der Verfassung. Auch war kein Weg darin angegeben, wie man sie ändern könnte. Sein Gutes hatte das Patrizierregiment immerhin. Es war redlich und sparsam; es legte dem Volk keine große Lasten und Steuern auf. Allein es fehlten ihm dann auch die Mittel, um Großes für die Volkswohl fahrt zu unternehmen. Um die Schulen auf dem Land war es noch kläglich bestellt. Das Patriziat tat auch jetzt nur wenig zu ihrer Förderung. — Mehr tat ein einzelner Mann aus patrizischem Hause. Es war Emanuel von Fellenberg.

Er hatte sich in Deutschland und Frankreich eine gediegene Bildung erworben und war nicht einverstanden mit dem engherzigen Regiment seiner Standesgenossen. Nachdem er zur Zeit der Helvetik dem Staate gute Dienste geleistet hatte, beschloß er, sein Leben der Veredlung und Hebung des Volks zu widmen. Er kaufte sich unweit Bern ein großes Landgut, den Wylhof, den er in Hofwil umtaufte. Hier errichtete er einen Musterbetrieb des Landbaus und nebenbei eine Erziehungsanstalt mit verschiedenen Abteilungen. Viele Ausländer vertrauten ihm Knaben und seiner Gattin Mädchen zur Erziehung an. Selbst Fürstensöhne wurden hier geschult. Fellenberg war ein Meister des landwirtschaftlichen Unterrichts und gab viele belehrende Schriften heraus. Seine schönste Gründung war nicht etwa die Schule für die Herrensohnlein, sondern die Anstalt, in die er verwahrloste Knaben aufnahm und zu tüchtigen Landwirten erzog. In diesem Werk der Armeenschule unterstützte ihn der Thurgauer J. J. Wehrli aufs trefflichste. Fellenberg und Wehrli erwarben sich auch ein großes Verdienst durch die Normalkurse. In einer Zeit, da es im Kanton Bern noch keine Lehrerbildungsanstalt gab, lud Fellenberg die Lehrer vom Land zu Kursen von zwei bis drei Monaten in seine Anstalt ein. Hier fanden sie Gelegenheit, ihre Bildung zu erweitern. Fellenberg gab als Mitglied des Großen Rates manchen guten Ratschlag, wie die Volksbildung zu heben sei. Er starb in hohem Ansehen 1844.



Emanuel von Fellenberg.

Nach einem Bilde von Franz Engel aus dem Jahre 1817.

2. Die Restauration
in der Eidgenossenschaft.
Der Bundesvertrag
von 1815.

Ashrecht. Jesuiten.
Girard.

Als Verfassung für die gesamte Schweiz galt von 1815—1848 der am 7. August 1815 beschworene Bundesvertrag. Er war das Werk der langen Tagsatzung (Ende 1813 bis Sommer 1815). Mühsam war er zustande gekommen. Als Verfassung war er ganz ungenügend und rückwärtlich. Die oberste Behörde des Staatenbundes der 22 Kantone war wiederum die Tagsatzung mit nur geringer Vollmacht. Jeder Kanton, der größte wie der kleinste, hatte nur eine Stimme.

Die Gesandten waren an ihre Weisungen (Instruktionen) gebunden. Daher wollten die Verhandlungen selten zu einem Ende kommen. Die Tagsatzung versammelte sich jeden Juli abwechselnd in Zürich, Bern und Luzern. Jeder dieser Kantone war Vorort auf zwei Jahre, und sein Schultheiß oder Bürgermeister führte den Vorsitz. Der Bundesvertrag schrieb vor: der Verkehr im Innern soll frei ein. Die vielen Zölle, Brücken- und Weggelder hemmten ihn aber auf Schritt und Tritt. Die Münze und die Post blieben wieder den Kantonen überlassen, von denen ein jeder seinen Gewinn auf Kosten der andern zu erhöhen suchte. Die Sendung eines Briefes von St. Gallen nach Genf kostete einen Franken. Den Kantonen erlaubte der 15er Vertrag, Verbindungen unter einander zu schließen, „insofern diese dem Bunde und den andern Kantonen nicht nachtheilig“ waren. Dieser Artikel barg eine große Gefahr in sich. Ebenso verhängnisvoll war ein anderer Artikel, der den Kantonen verbot, Klöster aufzuheben. Dafür war jedem Kanton wieder erlaubt, mit dem Ausland Söldverträge abzuschließen. So wucherte das Reiselaufen weiter. — Der 15er Vertrag gab den 22 souveränen Kantonen alle Macht, dem Bunde fast keine. Darum erschien die Schweiz dem Ausland gegenüber so schwach. Die Großmächte schätzten unser Land gering. Sie hielten es für einen Staat minderen Rechtes und glaubten, sie dürften ihm Befehle erteilen. Wenn freiheitsliebende Männer dem Druck der Fürsten enttrannen und in die Schweiz flüchteten, so forderten die Mächte, daß man sie ihnen ausliefere. Die Schweiz hatte große Mühe, den Flüchtlingen das Asylrecht zu halten, was früher immer ihre Ehre und ihr Ruhm gewesen war. Die Notizen der Mächte wurden aber so drohend, daß die Tagsatzung den Kantonen 1823 gebot, es mit der Fremdenpolizei streng zu nehmen und die Zeitungen fleißig zu überwachen. Die Appenzeller ließen sich aber nichts befehlen. Ihr Blatt, die „Appenzeller Zeitung“, äußerte sich sehr freimütig über alle Zustände im Inland und Ausland. Sie und der „Schweizerbote“, den Heinrich Bschokke in Aarau schrieb, wurden auch im Bernbiet eifrig gelesen. Dieser Freimut wirkte wohlthätig in einem Lande, wo die Jesuiten wieder auftraten und neuen Unfrieden säten. In Freiburg hatte der edle Pater Girard die Stadtschulen in blühenden Zustand gebracht; die Jesuiten verdrängten ihn aber von seinem Posten, und er zog sich nach Luzern zurück. Auch der

päpstliche Nuntius war wieder da und mischte sich in die innern Angelegenheiten der Schweiz. Er wachte sorglich darüber, daß keines der 116 Klöster aufgehoben werde, noch etwas an seinem Besitz verliere, der 30 Millionen betrug.

**3. Langsames Wiedergenesen.
Kulturfortschritt. National-
gefühl.**

sich zusehends der Wohlstand. Einen bedeutenden Aufschwung nahm die Industrie. In der Ostschweiz besonders kam der Fabrikbetrieb auf. Man ließ sich Maschinen aus England kommen. Bald aber wurden solche im Lande selber verfertigt. Die Uhrenindustrie drang von La Chaux-de-Fonds ins St. Immertal und nach Biel vor. Dem wachsenden Verkehr öffneten sich neue Straßen. Nach dem Muster der Simplonstrasse wurde der Gotthardweg zur Strasse erweitert. Im Bündnerland entstanden Fahrwege über den Bernhardin, den Splügen, den Septimer und

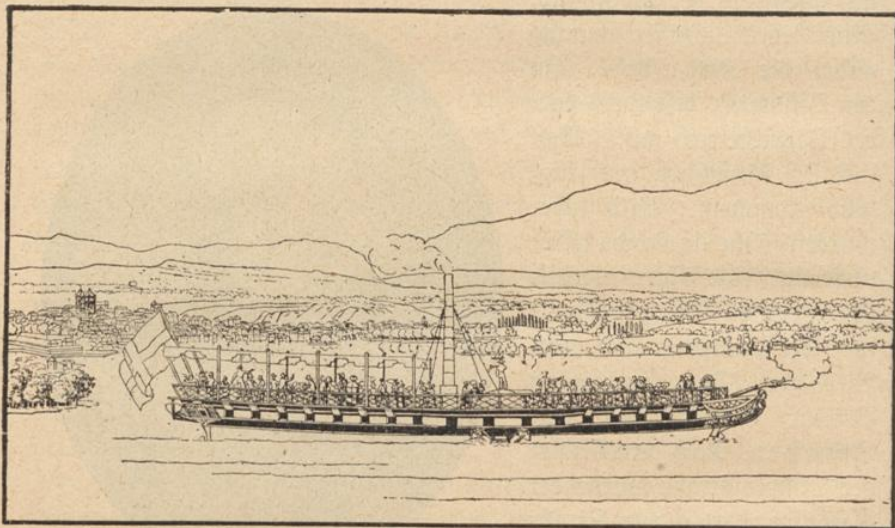
Zulier. Die Säumer bewältigten einen viel größern Warentransit, als früher. Vom Berner Oberland führte die neue Brünigstrasse nach Unterwalden, und die neue Strasse von Huttwil nach Sursee verband das Bernbiet näher mit dem Kanton Luzern. Es belebte sich der Seeverkehr. Ein erstes Dampfschiff, „Wilhelm Tell“, besuhr den Genfersee. Elf Jahre später schwamm der Dampfer „Bellevue“ als erster auf dem Thunersee. Der Fremdenbesuch im Berner Oberland nahm zu, namentlich seit den Hirtenfesten von Unspunnen 1804 und 1808. Noch rechtzeitig sorgte später eine Gesellschaft von weitblickenden Bürgern in Interlaken dafür, daß die wundervolle Höhenmatte nicht mit Gasthöfen über-

Auf die Restauration im Jahr 1815 folgte eine Zeit des langsamen Wiedergenesens. Als die Hungerjahre 1817 und 1818 vorüber waren, mehrte



Pater Gregor Girard.

haut wurde. Der Sinn für das Naturschöne fing an lebendig zu werden, ebenso die liebevolle Erinnerung an die Taten unserer Vorväter. Man errichtete den Denkstein bei Murten und den Wengistein bei Solothurn. Dichter und Maler verherrlichten die Taten der Altvordern in Lied und Bild. Der Berner J. R. Wyß dichtete die Worte unseres Nationalgesangs: „Rufft du, mein Vaterland“. Die Schweiz nahm regen Anteil an den Schicksalen des Griechenvolks, das gegen die Übermacht der Türken im Freiheitskampfe lag. Griechenkinder



LE BATEAU A VAPEUR LE GUILLAUME TELL,

Etabli sur le Lac Lemman par M. Church, Consul des Etats Unis d'Amérique en France, construit par M. Mouton pour le Roi de Sardaigne l'an 1833.

fanden Aufnahme in Bern. Man sammelte Geld für die mutigen Streiter. Der Genfer Gynard allein opferte 1½ Millionen seines Vermögens. Mancher zog als Freiwilliger den Griechen zu Hilfe.

Schöne Fortschritte machte das schweizerische Wehrwesen. Der Bundesvertrag setzte die Stärke des Bundesheeres auf 30,000 Mann fest. Bald wurde diese Zahl verdoppelt. Es wurde eine Kriegskasse und auf der Thuner Allmend eine eidgenössische Militärschule gegründet. Hier bildete Oberst Düsfour eine große Zahl tüchtiger Offiziere heran. Er leitete auch von 1833 an ein anderes großes und schönes Unternehmen, die genaue Vermessung und Aufzeichnung des schweizerischen Grund und Bodens. Er schuf die Düsfourkarte,

das beste aller damaligen Kartenwerke in Europa. — Im Schweizervolk regte sich ein neuer Trieb zu Freiheit und Fortschritt. Dieser bekundete sich besonders lebhaft bei den Studenten auf den Hochschulen. Bei Anlaß der Reformationsfeier entstand der Zofinger Studentenverein. Auch die Schützen, Säger und Turner bildeten Vereine. Die helvetische Gesellschaft erwachte zu neuem Leben. In ihren Sitzungen vereinigten sich die besten und gebildetsten Vaterlandsfreunde. Sie sprachen über die Mittel und Wege, wie man das Volk aufklären und ihm die Rechte zurückgewinnen könne, die es zur Zeit der Helvetik befehen hatte. — Im Sommer 1824 lud der Schützenverein von Aarau alle Schweizereschützen zum ersten eidgenössischen Freischießen ein. Tausende von Schützen aus allen Gauen der Schweiz folgten dieser Einladung. 17 Scheiben wurden aufgestellt. Man nahm das Mittagessen im Freien ein. Die eidgenössischen Schützenfeste erwuchsen zu großen schweizerischen Landsgemeinden. Hier entzündete sich mächtig das nationale Gefühl und ein schweizerischer Brudersinn, der den Kantönligeist bekämpfte. Im Jahr 1830 fand in Bern ein großes eidgenössisches Schützenfest statt. Laut forderten die Redner, welche die Schützen begrüßten, vermehrte Volksrechte und einen kräftigeren eidgenössischen Bund. Kaum waren diese Worte verklungen, da kam die Kunde, es sei in Paris eine neue Revolution ausgebrochen.

III. Die Julirevolution.

1. Das Bourbonenregiment in Frankreich 1815—30.

Aus langer Verbannung waren die Bourbonen auf den Thron Frankreichs zurückgekehrt. Sie hatten nichts gelernt und nichts vergessen. Das will sagen: sie hatten nicht gelernt, sich in die neue Zeit zu schicken und sich ihr anzupassen; vergessen hatten sie keines ihrer frühern Königsrechte, und wo sie eines verloren hatten, wollten sie es dem Volke wieder entreißen. Karl X., der letzte Bourbone, war ein großer Freund der Jesuiten. Er scheute sich nicht, die Rechte des Volkes willkürlich zu unterdrücken. An seine Anhänger, die während der Revolution Schaden erlitten hatten, verteilte er eine Milliarde Franken aus dem Staatsgut. Wer gewisse Kirchengesetze übertrat, etwa einen Opferstock plünderte, wurde mit dem Tode bestraft. Die aufgeklärten Franzosen ließen sich dies schmähliche Joch nicht lange gefallen. Karl X. war an Kraft und Geist

denn doch nur ein Zwerg, wenn man ihn mit dem Riesen Napoleon verglich. Die Volksvertreter in Frankreich wurden immer königsfeindlicher. Karl wollte die Räte säubern und seine Widersacher daraus entfernen durch ein neues Wahlgesetz. Die Augen der Franzosen waren damals auf Algier gerichtet. Dort landete soeben eine große Truppenmacht und eroberte in leichtem Kampf für Frankreich ein neues, schönes Kolonialgebiet.

**2. Die Julirevolution
bricht los 1830.**

Bevor die Siegeskunde aus Algier nach Paris gekommen war, verkündigte hier die Staatszeitung am 26. Juli fünf königliche Verordnungen. Sie wirkten wie ein Schlag ins Gesicht des Volkes. Eine dieser Verordnungen änderte in reiner Willkür das Wahlgesetz, eine andere verbot allen Zeitungen das Erscheinen, wenn sie nicht eine besondere Erlaubnis dazu erlangten. Mutige Zeitungsschreiber protestierten sogleich gegen diese Willkür. Sie verkündigten allem Volk, der König habe die Verfassung verletzt, einen Staatsstreich wider die Volksrechte begangen. Die Pariser erhoben sich. Barrikaden wuchsen aus der Erde. Lafayette stellte sich wieder an die Spitze der Nationalgarde. Die königlichen Truppen waren unzuverlässig und gingen meist zum Volk über. Wieder blieb die Schweizergarde allein dem König treu. Sie mußte aber nach scharfem Kampfe Paris räumen und begleitete Karl X., der dem Thron entsagte, an die Meeresküste, von wo er sich nach England begab. Dann wurden die rot uniformierten Schweizeröldner für immer aus Frankreich verabschiedet. Die Franzosen verließen nun ihre Krone dem Bürgerkönig Louis Philipp aus dem Hause Orleans. Überraschend schnell und ohne viel Blutvergießen war diese Julirevolution vorübergegangen.

**3. Die belgische und polnische
Revolution.**

Belgien und Holland bildeten seit 1815 das vereinigte Königreich der Niederlande unter Wilhelm I. von Oranien. Allein die katholischen Belgier und die reformierten Holländer vertrugen sich schlecht, um so mehr, da sie auch in Sprache und Sitte zwei ganz verschiedene Völker waren. Auch fühlte sich Belgien Holland gegenüber zurückgesetzt. Es hatte viel mehr Einwohner, durfte aber keine größere Zahl von Abgeordneten in die Generalstaaten schicken, als jene. Kaum hatte man Kunde von der Julirevolution in Paris bekommen, so brach in Brüssel der Aufstand aus. Die Stadt bewehrte sich mit Barrikaden; die königlichen Truppen wurden zurückgeschlagen. Bald

darauf beschloß der holländische General Chassé stundenlang die Stadt Antwerpen aus 300 Kanonen. Er zerstörte 200 Häuser und für viele Millionen Franken Waren. Ein Nationalkonvent der Belgier erklärte hierauf das Land als einen selbständigen Staat. Die Holländer machten einen Einfall in Belgien mit 70,000 Mann. Es half ihnen aber nichts; Frankreich und England unterstützten die Belgier, und diese wählten den koburgischen Prinzen Leopold zu ihrem König. — Die Julirevolution entflammte auch die Polen zur Erhebung. Sie standen seit 1815 unter russischer Oberhoheit. Ein Bruder des Kaisers Nikolaus I. regierte in Warschau als Bizekönig. Ende November 1830 brach der Aufruhr aus. Der Brand einer Brauerei in der Nähe von Warschau gab das Zeichen dazu. Der Bizekönig entrann nur mit knapper Not dem Tode. Im Nu verbreitete sich der Aufstand über das ganze Land. Da erschien der General Diebitsch mit 118,000 Russen. Die Polen schlugen sich tapfer bei Ostrolenka. Allein wieder gereichte ihnen, wie schon so oft, ihre Uneinigkeit zum Verderben. Bald erlitten sie bei Praga eine vernichtende Niederlage, worauf sich ihre Hauptstadt ergeben mußte. Die Folge des Aufstandes war, daß die Polen aller ihrer Freiheiten beraubt wurden. Ein ähnliches Schicksal hatte ein Aufruhr in Italien. Zur Zeit des Krieges in Polen hielt eine schreckliche Seuche, die Cholera, ihren ersten Umzug in Europa.

4. Der Bürgerkönig Louis Philipp.

Der neue König der Franzosen stand 1830 schon in seinem 57. Lebensjahre. Er war der Sohn jenes Bürgers Egalité und hatte als Jüngling die Stürme der großen Revolution mitgemacht. Kurz vor dem Sturz der Gironde entwich er aus Frankreich, zog aber nicht, wie die andern Emigranten, das Schwert gegen sein eigenes Land. Er kam in die Schweiz und wurde unter fremdem Namen Lehrer in dem Erziehungsheim Planta zu Reichenau. Hier unterrichtete er die Knaben eine Zeitlang in Geographie und Mathematik. Dann hielt er sich jahrelang in Amerika und England auf. Nach Napoleons Sturz kehrte er ins Palais royal nach Paris zurück, verwaltete sein großes Vermögen und hielt sich ruhig, bis er auf den Thron berufen wurde. Wenn er mit dem Regenschirm unter dem Arm, wie andere Bürger, die Straßen von Paris durchschritt, hätte man meinen können, einen recht volksbeliebten Regenten an ihm zu haben. Man täuschte sich in ihm. Nur allzu sehr war L. Philipp auf die Mehrung seines Vermögens erpicht. Er hielt sich an die Reichen im Land. Wollte er in den Räten etwas durchsetzen, so erkaufte er sich eine Mehrheit mittelst Bestechung. In der Schweiz hatte man sich gefreut, einen freigeminten König zum Nachbar zu haben. Jetzt sah man, wie dieser Bürgerkönig mehr und

mehr in die Bahn Metternichs einlenkte. Von keinem fremden Herrscher erfuhr unser Land so viel Unholdes, wie von L. Philipp. Es mehrten sich in Frankreich die republikanisch Gesinnten. In allen größern Städten gab es Aufstände zu unterdrücken. Oft war des Königs Leben von Mördern bedroht (Fieschi). Das Bürgerkönigtum konnte nicht von langer Dauer sein.

5. Der Sozialismus. Im wirtschaftlichen Leben änderte sich vieles durch das Aufkommen der Maschinenarbeit. In großen gemeinsamen Fabrikräumen fanden sich da Massen von Arbeitern zusammengedrängt. Geschickte Unternehmer sammelten in kurzer Zeit ein gewaltiges Vermögen aus dem Schweiße der Arbeiter. Der Kapitalist beutete häufig den finanziell Schwachen, den Arbeiter, aus. Dieser fand, daß er weit mehr arbeiten müsse, als wofür er belohnt wurde. Er vernahm mit Begierde die Lehren der Sozialisten, d. h. der Männer, welche Mittel und Wege suchten, um die gesellschaftlichen (sozialen) Zustände zu verbessern. Die Sozialisten sagten, es sei ein altes Unrecht, daß es neben Menschen, die in Reichtum und Genüssen schwelgen, auch solche gibt, die am Notwendigsten Mangel leiden und oft Hungers sterben. Es sollte nicht eine Klasse von Menschen geben, die nur an der Not des Lebens und nicht auch an dessen Freuden teilnehmen; man müsse suchen, den Besitz aller Lebensgüter auszugleichen. — Viele Denker haben sich bemüht, eine Gesellschaftsordnung ausfindig zu machen, welche die krassen Unterschiede von Reichtum und Armut tilgen sollte. Zu diesen gehört wiederum der Genfer J. J. Rousseau. Durch sein Büchlein, „von der Ungleichheit unter den Menschen“ wurde er ein Begründer des neuzeitlichen Sozialismus. Von ihm stammt das Wort: „Die Früchte der Erde sollen allen gehören, die Erde niemand.“ — Wohl brachte die große Revolution eine Gleichheit aller vor dem Gesetz; aber die Ungleichheit des Besitzes ließ sie fortbestehen. Zur Zeit Louis Philipps mehrte sich in Frankreich die Zahl der Sozialisten. Ihr Führer Louis Blanc verkündigte: jeder Bürger habe ein Recht auf Arbeit; der Staat allein könne die gemeinsamen Arbeitsmittel herbeischaffen und das Los aller verbessern; denn er sei die größte Geldmacht im Land. Von der Monarchie sei aber nichts zu erwarten; nur die Republik könne das Ideal des Sozialismus erfüllen. — So kam es, daß dann Frankreich einer neuen Revolution entgegentrieb, in welche der vierte Stand, der Arbeiterstand, ebenfalls eingriff.

IV. Neue Verfassungen in einzelnen Schweizerkantonen.

(Regeneration.)

1. Die Kunde von der Julirevolution. Verfassungsbegehren. Selbstregierung des Volks. Thurgau, Zürich, St. Gallen u. a. Kantone.

Mit größter Spannung verfolgte man in der Schweiz die Vorgänge in Frankreich. Ende Juli 1830 blieb die Post aus dem Elsaß, welche sonst die Pariser Neuigkeiten brachte, drei Tage lang aus. Bei ihrem Wiedererscheinen brachte sie die unerwartete Kunde von dem schnellen und glücklichen Verlauf der Julirevolution. Sobald der Postwagen in einer größern Ortschaft anhielt, bestieg einer, der gut und laut lesen konnte, einen Stuhl oder ein Faß und las der eifrig lauschenden Menge die Zeitung vor. Jetzt dachten Tausende von Schweizern, daß auch für sie die Zeit gekommen sei, in der Volksbefreiung einen Schritt vorwärts zu tun. Wie auf einen Schlag regten sich in verschiedenen Kantonen zugleich die Begehren nach Revision, d. h. Verbesserung der Verfassungen. In allen Landschaften war man willens, die Vorherrschaft der Hauptstädte und namentlich das Familienregiment, wo ein solches bestand, ein für allemal abzuschaffen. Von Gau zu Gau ertönte der Ruf nach Volkssouveränität, d. h. Selbsthoheit und Selbstregierung des Volks. Alle die Volksrechte, welche einst in schwerer Zeit die Helvetik gebracht hatte, sollten wieder aufleben. In großen Dörfern oder Landstädtchen trat das Volk zu mächtigen Landsgemeinden zusammen. Gebildete Männer vom Land führten das Wort. Sie faßten die Volkswünsche zusammen und überreichten sie den Regierungen. Diese konnten dem Willen des Volks nicht länger widerstehen. Die Verfassungen wurden erneuert. Die alten Regenten räumten ihren Platz den Männern der reinen Volkswahl. — Die Ostschweiz ging bei den Verfassungsänderungen oder Revisionen voran.

Im Kanton Thurgau verfaßte der Pfarrer Thomas Bornhauser ein Schriftchen, worin er seinen Landsleuten zurief: „Der Hahn hat gekräht. Die Morgenröthe bricht an. Thurgauer, wacht auf! Gedenket Eurer Enkel und verbessert Eure Verfassung!“ Dann beriefen er und seine Freunde eine Volksversammlung nach Weinselden. Diese beschloß, an die Regierung eine Bittschrift zu richten mit dem Begehren, sie möchte durch das Volk einen Verfassungsrat wählen lassen. Die neue Verfassung sollte dann dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

„Kommt, setzt Eure Namen unter diese Bittschrift, damit Eure Kinder einmal sagen können, unser Vater war auch dabei!“ So lud Bornhauser zur Unterzeichnung ein. Über 500 Namen bedeckten das Schriftstück. Die Revision kam in Fluß. Im Frühjahr 1831 nahmen die Thurgauer die neue Verfassung an. — Noch entscheidender waren die Vorgänge in Zürich. Wohl gab es in der Stadt viele freigesinnte Männer; aber sie trauten dem Volk nicht recht und wollten dem Land nur die Hälfte Vertreter im Großen Rat gönnen. Da trat Ende November 1830 das Zürcher Landvolk zu einer großartigen Landsgemeinde in Uster zusammen. 12,000 Mann waren versammelt. Sie billigten in lautem Zuruf eine Denkschrift an die Regierung; diese gab den Volkswünschen sogleich nach.

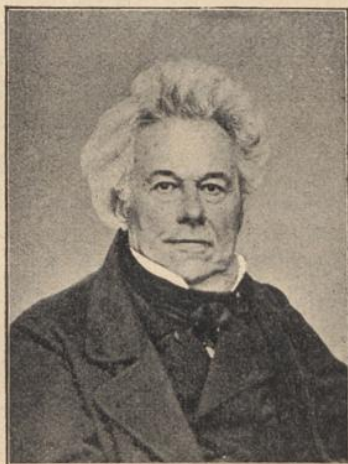
Ähnlich ging es im Kanton St. Gallen. Die Seele der Umwälzung war hier Jakob Baumgartner. Er leitete den Verfassungsrat mit größter Umsicht. Die Volksrechte wurden in diesem Räte gründlicher als anderswo besprochen: Wenn das Volk über die Verfassung abstimmt, warum nicht auch über die Gesetze, die doch ebenso wichtig sind? So lange das Volk nur den Großen Rat wählt, der die Gesetze schafft, und nicht auch über sein Werk (die Gesetze) abstimmt — wird die Volkshoheit nur eine unvollkommene sein (repräsentative Demokratie). Anders ist es, wenn das Volk das Werk seiner Vertreter prüfen und regelmäßig darüber abstimmen kann (Referendums-Demokratie). Dann hilft es gleichsam mit bei der Gesetzgebung und bestimmt sein Schicksal selber. — Das St. Galler Volk erlangte zunächst das Vetorecht. Es konnte, wenn ihm ein Gesetz nicht gefiel, durch Sammlung einer genügenden Zahl Stimmen die Einführung verhindern. — Im Kanton Luzern gab eine Volksversammlung in Sursee, im Solothurnischen eine solche zu Balsthal den Entscheid zur Verfassungsänderung. Als im Kanton Aargau die Regierung Miene machte, Widerstand zu leisten, erging vom Freiamt der Landsturm gegen Aarau. Die Vorherrschaft der Hauptstadt wurde beseitigt, die Verfassung revidiert. Ähnlich ging es in den Kantonen Waadt und Freiburg. In letzterer Stadt wichen die mehr bourbonisch als schweizerisch gesinnten Regenten und Jesuitengönner dem Landsturm aus dem Murtenbiet.

2. Die Brüder Ludwig, Karl und Hans Schnell in Burgdorf.

Nirgends bestand das Familienregiment so fest und ausgeprägt wie im Patrizierstaate Bern. Dieser glaubte sogar eine

Zeitlang, dem Sturm Trotz bieten zu können. Doch war auch seine Stunde gekommen. Den Vorstreit wider das Patriziat erhob die Landstadt Burgdorf. Die Bewegung ergriff aber bald den ganzen Kanton. Als Führer dienten ihr drei Brüder aus der angesehenen Familie Schnell in Burgdorf. Hans Schnell wirkte als Professor der Naturgeschichte an der höhern Schule in Bern, der Stadtschreiber Ludwig und der Fürsprecher Doktor Karl Schnell wohnten in Burgdorf. Auf den Vorschlag von Ludwig Schnell fragte der Stadtrat von Burgdorf bei der Regierung an, ob es erlaubt und möglich wäre, ihr einige Volkswünsche mitzuteilen. Dem Patriziat war diese

Anfrage sehr unangenehm. Der Schultheiß schickte einen Eilboten an den Oberamtmann Eßfinger in Burgdorf, er möge dem Stadtrat verbieten, sich mit politischen Dingen abzugeben. Da ließen die Burgdorfer jene Adresse und Anfrage gedruckt im ganzen Kanton verbreiten, und die Brüder Schnell luden die Gleichgesinnten im Bernbiet zu einer Besprechung am 3. Dezember 1830 nach Burgdorf ein. Im Gasthaus zur Krone waren die Eingeladenen zahlreich versammelt, als plötzlich der Oberamtmann in ihrer Mitte erschien



Hans Schnell.

und namens der Regierung diese „unerlaubte“ Versammlung verbot. Hans Schnell trat vor und erklärte, es könne doch nicht verboten sein, wenn freie Schweizerbürger sich vereinigen und miteinander über das Wohl des Landes sprechen. Eßfinger zog sich zurück, indem er sagte, er habe seine Pflicht erfüllt. Die Versammlung verlief ohne weitere Störung.

**3. Der Tag zu Münstingen.
Erster bern. Verfassungsrat.**

Die Regierung fing an zu merken, daß sie dem Volkswillen nachgeben müsse. Drei Tage nach der Burgdorfer Versammlung ließ sie bekannt machen, alles Volk sei eingeladen, seine Begehren und Wünsche schriftlich einzureichen. Von weit her kamen Leute nach Burgdorf, um bei Karl Schnell anzufragen, wie

sie die Wünsche abfassen sollten. Nahezu 600 Eingaben von Gemeinden und einzelnen Personen liefen bei der Regierung ein. Das Volk aber mißtraute ihr und glaubte nicht, daß es ihr ernst sei mit einer Verfassungsänderung. Das aufregende Gerücht verbreitete sich, sie lasse „Kote“ anwerben. Damit meinte man Söldner, die aus Frankreich heimgekommen waren. Da und dort, z. B. im Seeland, drohte die Gärung gefährlich zu werden. Man befürchtete einen Zug des Landvolks wider die Hauptstadt. Es ging die Rede, am 10. Januar (1831) könnte der Sturm möglicherweise losbrechen. Um jeder Gewalttat vorzubeugen, luden die Volksführer in Burgdorf gerade auf diesen 10. Januar die Vertrauensmänner aus allen Landgemeinden zu einer Versammlung in Münsingen ein. Man fühlte, daß von diesem Tag zu Münsingen das Schicksal des Kantons abhängen werde. Etwa 1200 Männer tagten in der Kirche zu Münsingen. Hans Schnell eröffnete die Versammlung und legte den Zweck der Zusammenkunft dar. Er mahnte: „Laßt uns durch Ruhe und Mäßigung diejenigen beschämen, die uns mit Kartätschen begegnen wollen!“ Karl Schnell sprach dann das entscheidende Wort. Er riß die Versammlung durch eine feurige Rede zu der Erklärung hin: „Das Volk wünscht, daß aus seiner Mitte ein Verfassungsrat gewählt werde, der das Grundgesetz des Kantons erneuert.“ — Als der Große Rat am 13. Januar zusammentrat, zeigte sich sogleich die Wirkung des Münsingertags. Die patrizische Regierung legte ihr Amt nieder. Das Volk wählte den Verfassungsrat, und dieser schuf in kurzer Zeit eine neue, freiheitliche Verfassung, die das Bernervolk am 31. Juli 1831 mit großem Mehr annahm (27,802 Ja und 2153 Nein).

4. Die bernische Verfassung vom 31. Juli 1831.

So war Bern in die Reihe der regenerierten Kantone eingetreten. Seine Staatsform war die einer repräsentativen Demokratie. Bern hatte für seinen Teil alle die Grundrechte eines freien Bürgertums, wie sie zur Zeit der Helvetik bestanden, zurückerobert: Persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit des Eigentums, Glaubens-, Lehr- und Pressfreiheit, Vereinsrecht, Niederlassungs- und Gewerbefreiheit. Es galt fortan als Gesetz: Niemand darf die seiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Bildung lassen, der für die Volksschulen vorgeschrieben ist. Der Staat unterstützt und fördert die öffentlichen Schulanstalten. Das Bildungswesen wurde zur Haupt Sorge des Staates gemacht. Die Verfassung bestimmte, daß kein Amt mehr auf Lebensdauer, sondern nur auf eine bestimmte Zahl von Jahren verliehen werden sollte. Es durften keine neuen Soldverträge mit dem

Ausland abgeschlossen werden. Karl Schnell hatte es im Verfassungsrat durchgesetzt, daß bei den Großratswahlen die Hauptstadt keinen Vorzug mehr erhielt. Der Große Rat, dessen Vorsitzender den Titel Landammann trug, bestand aus 240 Mitgliedern und wurde durch indirekte Wahl ernannt. Das Volk wählte Wahlmänner (je einen auf 100 Seelen); diese traten dann in den Amtssitzen zusammen und wählten die Großräte. Diese wiederum wählten die 17 Regierungsräte mit dem Schultheißen an der Spitze. Alle zwei Jahre wurde $\frac{1}{3}$ des Großen Rates erneuert, dessen Verhandlungen öffentlich waren. Die Regierungsräte teilten sich zur Besorgung ihrer Verwaltung in verschiedene Kommissionen. Sie ernannten die Regierungsrathalter in den Ämtern und die Mitglieder des Obergerichts. Für die Gerichtspräsidenten der Amtsgerichte konnten die Wähler des Amtes Vorschläge machen. Waren sechs Jahre (nach 1831) verfloßen, so konnte der Große Rat zeitgemäße Verfassungsänderungen vornehmen. — Neue Männer traten an die Spitze des Freistaates. Die meisten Patrizier, auch wenn sie gewählt wurden, zogen sich schmolend zurück. Sie prophezeiten den Zerfall des Staates. Zu Anfang 1832 weigerten sich 73 patrizische Offiziere, den Eid auf die Verfassung zu leisten, lieber nahmen sie den Abschied aus dem Heer. Im Sommer 1832 entdeckte man in einem Gemach des Erlacherhofs in Bern eine Menge Munition, die den Unzufriedenen zu irgend einem Umsturzplan hätte dienen sollen. Verhaftungen erfolgten. Es entspann sich ein Prozeß, der sieben Jahre lang die Gemüter erhitzte (Erlacherhof-Verschwörung). Trotzdem ging der verjüngte Volksstaat mutig seinen Weg.

V. Die Schweiz in den Dreißiger Jahren.

1. Die Wirren in den Kantonen Basel, Schwyz und Neuenburg.

Nicht überall kam die Verfassungsänderung so in aller Ordnung zustande wie im Bernbiet. Sehr stürmisch ging es im Kanton Basel zu. Der Parteikampf führte hier zu Blutvergießen. Die Baselerbieter forderten die gleichen Rechte wie die Stadtbürger. Sie bewaffneten sich und drohten mit Trennung, als die Stadt ihnen diese Rechte verweigerte. Im Sommer 1831 rückten die Baselfstädter mit Kriegsmacht gegen Liestal, wurden aber zurückgeschlagen. Im andern Jahr gab sich das Baselsbiet eine eigene Regierung. Die Tagsatzung willigte in die Trennung, hoffte aber doch, daß es gelingen werde, Land und Stadt wieder zu vereinigen. Noch war kein Friede möglich. Einige Landgemeinden waren der Stadt treu geblieben. Diese zu schirmen, unternahm die Stadt einen neuen Angriff auf die Landschaftler. Die letztern siegten aber in einem scharfen Gefecht bei Prattelen am 3. August 1833. Wohl besetzten Tagsatzungstruppen den Kanton, und es kamen auch eidgenössische Schiedsrichter, um den Streit zu schlichten. Die Feindschaft zwischen Stadt und Land hatte sich zu tief

eingefressen. Die Trennung blieb, und das Staatsvermögen wurde geteilt. Nur die zwei rechtsrheinischen Gemeinden Riehen und Bettingen gehören heute zu Baselstadt. Basel zählte damals bloß 12,000 Einwohner, Baselland aber 36,000. — Auch der Kanton Schwyz war drauf und dran, sich in ein Innerschwyz und Außerschwyz zu trennen. Der alte regierende Kantonssteil wollte den Bezirken Rüsnacht, Einsiedeln und Lachen auch nicht die gleichen Rechte gönnen. Diese erklärten aber: „Gleichstellung oder Trennung!“ Die Innerschwyz besetzten Rüsnacht mit 600 Mann. Da bot die Tagsatzung Truppen auf. Berner Scharfschützen landeten bei Brunnen. Im Lande Schwyz konnten zum Glück die streitenden Brüder wieder vereinigt, die Trennung in Halbkantone vermieden werden. — Der Kanton Neuenburg machte der Tagsatzung ebenfalls schwere Sorgen. Im Jahr 1815 war das preussische Fürstentum Neuenburg ein Kanton der Schweiz geworden. Die vornehmen regierenden Familien in der Stadt hielten in Treue zum König und dessen Statthalter. Die Mehrheit des Volkes aber entschloß sich, die Fürstenfessel abzuwerfen. Die Republikaner stiegen (1831) zahlreich von den Bergen und besetzten das Schloß zu Neuenburg. Da befürchtete die Tagsatzung, in Streit mit der preussischen Großmacht zu geraten. Sie sandte eilends Truppen nach Neuenburg. Diese nahmen den Republikanern das Schloß wieder weg und setzten die fürstliche Regierung wieder ein. Viele der Freiheitsfreunde wurden von den Königlischen schwer bestraft.

**2. Die mißglückte
Bundesrevision 1833.**

Statt den Freunden der Volksfreiheit in Neuenburg zu helfen, hatte die Tagsatzung für Preußen Partei genommen. Sie fühlte sich eben schwach dem Ausland gegenüber. Diese Schwäche kam davon her, daß der Bundesvertrag von 1815 so übel beschaffen war. Er hatte dem Land keine starke Centralgewalt gegeben. Es fehlte an einer kräftigen Bundesregierung, die sich nicht vor jedem Stirnrinzeln eines mächtigen Nachbarn fürchtete. Alle freidenkenden Vaterlandsfreunde sagten sich, daß es nicht genüge, wenn die einzelnen Kantone regeneriert seien, auch der Bund müsse erneuert und gekräftigt werden. Der Fünfzehnervertrag gab den neuen Kantonsverfassungen gar keinen Schutz. Sieben regenerierte Kantone schlossen daher ein Schutzbündnis untereinander, doch nur für so lange, bis ein neuer Bundesvertrag geschaffen wäre. Dieses Siebnerkonkordat zielte eben darauf hin, den Bundesvertrag zu revidieren (erneuern). Sogleich vereinigten sich die Altgesinnten in Sarnen zu einem Gegenbund. Es waren die drei Waldstätte nebst Baselstadt und Neuenburg. Der Sarnerbund ging darauf aus, die Bundesrevision zu hindern. Die Sarnerbündler befürchteten mit Recht, daß eine neue Bundesverfassung die Kantonseshoheit vermindern würde. Trotzdem kam ein Entwurf zu einer Bundesrevision zustande. Er mißfiel aber dem Volke. Die einen fanden, er bringe zu viel Neuerungen, die andern, er enthalte deren zu wenig. Bei der Abstimmung wurde

er verworfen (1833). Erst 15 Jahre später sollte die Bundesreform geschehen.

3. Die Flüchtlingsfrage. Auch in den 30er Jahren suchten viele Flüchtlinge aus den Nachbarländern in der Schweiz eine Freistadt. Meist waren es Deutsche und Italiener. Von Frankreich her betraten auch Hunderte von flüchtigen Polen unsern Boden. Der Kanton Bern hat ihrer viele beherbergt und mit Geld unterstützt. Nicht alle Flüchtlinge haben sich bei uns des Gastrechts würdig erwiesen. Oft brachten sie unser Land in Verlegenheit. Statt sich ruhig zu verhalten, unternahmen sie Feindseligkeiten gegen die Nachbargebiete. Der Italiener Mazzini verleitete eine Schar von Flüchtlingen, daß sie bewaffnet ins Savoyische einfiel. Er wollte einen Aufstand entzünden und den König von Sardinien-Piemont vom Thron stürzen. Die Waadt und Genf konnten den Handstreich nicht verhindern. Dieser mißlang indes gänzlich. Die Schweiz wurde nun beim Ausland verschrieen, als wäre sie ein Herd von Verschwörern. Die Minister in Wien, Paris und Berlin schickten namens ihrer Fürsten Drohbrieife an sie. Der Vorort Zürich mußte einen Gesandten zum König Karl Albert senden, um sich dieser Sache wegen zu entschuldigen. — Die Mächte handelten aber auch unaufrichtig gegen die Schweiz. Sie schickten Spione oder Polizeispigel in unser Land. Diese mischten sich unter die Flüchtlinge und suchten sie zu törichtem Streichen zu verleiten. Jeder Vorwand war willkommen, um die Schweiz zu bedrohen und zu demütigen. Einen solchen Spigel entlarvten die Bürger von Nidau. Er hieß Conseil und trug mehrere Reisepässe bei sich. Er war ein Sendling Louis Philipps. Dieser König der Franzosen benahm sich am allergehässigsten gegen unser Land, wo er in jungen Jahren Zuflucht und Brot gefunden hatte. Im Jahr 1838 befahl er der Schweiz, Louis Napoleon auszuweisen, weil dieser 1836 versucht hatte, ihn vom Thron zu stoßen. L. Napoleon war ein Neffe Napoleons I. Seine Mutter lebte auf dem Schloß Arenenberg in der thurgauischen Gemeinde Salenstein. Hier war er eingebürgert. Unter Oberst Dufour hatte er die Militärschule in Thun besucht. Er besaß das Patent eines bernischen Artilleriehauptmanns. Das Schweizervolk war längst empört über die Kränkungen, die es von Louis Philipp erfahren hatte. „Wir sind keine französischen Untertanen, Napoleon darf nicht ausgewiesen werden“, so hieß es landauf und ab. Schon sammelte Frankreich Truppen an der Grenze; aber Genf und die Waadt rüsteten sich ebenfalls. Diesem Beispiel folgten auch die andern Kantone. Es war eine Freude zu sehen, wie das Nationalgefühl erwachte. Das Volk zeigte mehr Mut als die Staatsmänner, deren viele Napoleon ausweisen wollten. Sie scheuten den Krieg. Bevor aber die Tagsatzung darüber entschied, ob ausweisen oder nicht, verließ Napoleon unser Land freiwillig. So erlosch dieser Streit; aber von Stund an kräftigte sich die Haltung der Schweiz dem Ausland gegenüber.

**4. Rücktritt der Brüder Schnell.
Karl Neuhaus.**

Die Brüder Schnell waren echte Volksmänner, nicht ehrgeizige Streber. Nur weil das Vertrauen des Volkes ihn dazu nötigte, trat Karl Schnell in die Regierung ein. Hans Schnell war eine Zeitlang Landammann des Großen Rats. Sie beide waren zu Anfang und Mitte der Dreißiger Jahre die führenden Staatsmänner im Kanton Bern. Neben ihnen, aber unabhängig, wuchs der Biele Karl Neuhaus zu großem Ansehen empor. Er widmete sich als Regierungsrat besonders dem Schulwesen. Dieses machte damals in allen regenerierten Kantonen rasche Fortschritte. Neue Schulgesetze wurden erlassen. Neuhaus sorgte vor allem für eine bessere Lehrerbildung. Im Jahr 1833 trat das Lehrerseminar Münchenbuchsee ins Leben. Im Jahr 1834 wurde die bisherige Akademie in Bern zu einer vollständigen Hochschule ausgebaut. — Als sich der bernische Große Rat für oder gegen die Ausweisung Napoleons entscheiden sollte, da erklärten die Brüder Schnell, dieser Prinz betrage sich mehr als Thronbewerber, denn als Schweizerbürger, er sei daher auszuweisen. 104 Großräte teilten diese Ansicht, 106 stimmten dagegen, eine kleine Mehrheit. Darauf zogen sich die Brüder Schnell sofort aus den Behörden zurück. Neuhaus trat in den Vordergrund, ein ungemein willenskräftiger, großer Staatsmann. Er war der erste Nichtpatrizier im Schultheißenamt des Kantons Bern.

VI. Die Zeit der Wuttsche und Freischaren.

**1. Liberale und Konservative.
David Strauß. Zürich 1839.**

Ende der Dreißiger- und anfangs der Vierzigerjahre entbrannten die Parteikämpfe in der Schweiz heftiger denn je. Den Liberalen standen die Konservativen gegenüber. Jene wünschten einen beschleunigten Fortschritt; diese hielten mehr am Alten fest. Zuerst waren die Gegensätze mehr politischer Art. Bald aber entzündeten sich auch religiöse und kirchliche Streitigkeiten. Diese erhitzen die Gemüter noch viel mehr. — Unter allen liberalen Kantonsregierungen war die von Zürich eine der rührigsten und tätigsten. Auch sie hatte eine Hochschule und ein Lehrerseminar gegründet. So viele Neuerungen im Schul- und auch im Steuerwesen führte sie ein, daß es dem Volke schien, es sei zu viel, und es ginge allzu schnell. Auch das Kirchenwesen wollte sie reformieren. Sie wählte 1839 zum Lehrer der Theologie (Gottesgelehrtheit) einen deutschen Gelehrten, namens David Strauß, der das Neue Testament anders erklärte, als es bisher geschehen war. Viele Zürcher

meinten nun, Strauß werde kommen und in der Stadt Zwinglis den Unglauben predigen. Der ganze Kanton geriet in Aufregung. 39,000 Bürger erklärten: „Strauß darf und soll nicht nach Zürich kommen“. Die Regierung wagte nicht, dem Sturm zu trotzen. Sie pensionierte den Professor, bevor er sein Amt angetreten hatte. Den Gegnern der Regierung war das noch nicht genug. Vom Zürcher Oberland her erging der Landsturm. Am 6. September 1839 wälzte sich die Masse der Landleute in die Stadt herein. Auf dem Fraumünsterplatz wechselten sie Schüsse mit den dort aufgestellten Regierungstruppen. Auch die Stadtbürger nahmen am Aufruhr teil. Nun dankte die Regierung ab. Eines ihrer Mitglieder gebot den Soldaten, ihr Feuer einzustellen; da traf den Regierungsrat der tödliche Schuß eines Landstürmers. Das alles ereignete sich unter den Augen der Tagsatzung, die gerade in Zürich versammelt war. Da war keine Bundesgewalt, welche derlei Putzche unterdrückte. Diese ungeordnete Art der Selbsthilfe wurde immer häufiger. Zürich erhielt nun ein konservatives Regiment und zählte sich nicht mehr zum Siebnerkonfordat, dem bald darauf noch ein zweiter Vorort untreu wurde; es war Luzern.

2. Der Umschlag im Kant. Luzern 1840.

Im Kanton Luzern erstarbte die katholisch-konservative Partei. Diese hörte meist auf den Rat der Geistlichen (des Klerus). Man nannte ihre Anhänger die Klerikalen oder Ultramontanen (ultra montes, jenseits der Berge — Rom), weil ihnen der Befehl des Papstes wichtiger war, als der Ruf des Vaterlandes. In allem, was die Liberalen anstrebten, witterte diese Priesterpartei eine Religionsgefahr. Mit diesem Schreckgespenst mußte sie das Landvolk zu betören und auf ihre Seite zu ziehen. Der reiche, volkbeliebte Bauer Leu von Ebersol war das Haupt der Klerikalen auf dem Land. In der Stadt war es der Staatschreiber Siegwart-Müller. Sie brachten 1841 eine Änderung der Verfassung zustande und machten Luzern zum führenden Ort unter den konservativen Kantonen.

3. Der Klostersturm im Aargau 1841. Augustin Keller. Anfänge des Sonderbunds 1843.

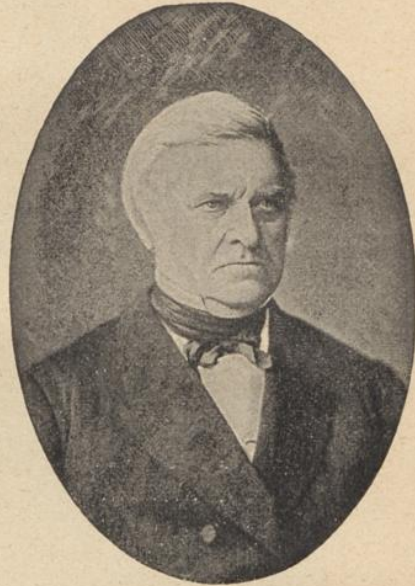
Eben damals verbesserte der Kanton Aargau seine Verfassung. Das katholische Freiamt war aber unzufrieden mit den Änderungen. Die Glocken läuteten Sturm. Die Freiamtler zogen bewaffnet gegen Aarau. Zu Willmergen wurden sie aber von den Regierungs-

truppen zurückgeschlagen. Auch bernische Bataillone waren in den Aargau eingerückt. Klostergeistliche hatten sich am Aufstand beteiligt. Als kurz nachher der aargauische Große Rat zusammenkam, schlug der Seminardirektor Augustin Keller vor, man solle sämtliche Klöster im Kanton aufheben. Der Große Rat stimmte ihm bei. Acht Klöster wurden unverzüglich aufgehoben. Die sieben Millionen Franken Klostervermögen sollten fürs Schul- und Armenwesen verwendet werden. Wider diese Klosteraufhebung protestierten laut die Klerikalen der ganzen Schweiz; denn im Bundesvertrag stehe geschrieben, kein Kanton dürfe ein Kloster aufheben. Die aargauischen Liberalen erwiderten, im Bundesvertrag stehe auch geschrieben, daß Ruhe und Ordnung im Land herrschen soll. Wenn nun die Klöster den Unfrieden nähren, so dürfe man sie wohl aufheben. Die Tag-satzung entschied zunächst, der Aargau solle die Klöster wieder herstellen. Erst weigerte sich dieser, solches zu tun. Später stellte er drei Frauenklöster wieder her, zuletzt noch ein viertes. Die Tagsatzung änderte jetzt ihre Meinung. Eine Mehrheit von zwölf Ständen erklärte die Sache für abgetan. Die Minderheit aber, die Klerikalen, sagten, ein Bundesbruch sei geschehen. Im September 1843 kamen die Boten aus den Waldstätten, von Zug und Freiburg in Luzern zusammen und berieten, ob sie den andern Eidgenossen nicht den Bund aufkünden und sich mit den Waffen gegen sie wehren sollten. Es wurde hier im Herbst 1843 zwischen sechs Kantonen der Grund zum Sonderbund gelegt. Ein siebenter Kanton, das Wallis, schloß sich ihnen 1844 an; der Haupturheber des Sonderbunds war Siegwart-Müller von Luzern. — Im Wallis herrschte jahrelang ein grimmiger Zank der Parteien. Die Tagsatzung entsandte den Luzerner Bernhard Meier, um jenen zu schlichten. Meier nahm aber Partei für die Klerikalen. Diese siegten über die Liberalen in dem blutigen Gefecht bei der Brücke am Trientbach (1844). Von schweren Strafen bedroht, flüchteten sich viele Liberale außer Landes.

4. Jesuiten nach Luzern
berufen.
Freissharenzüge 1844/45.

Es war ein Lieblingsgedanke des Bauern Leu von Ebersol, daß die Jesuiten wieder nach Luzern kommen und dort in Schule und Kirche regieren sollten. Auch Siegwart-Müller trat dem Plane bei, wiewohl er wußte, daß daraus neuer Streit entstehen werde. Als die Tagsatzung im Sommer

1844 in Luzern zusammenkam, sprach Augustin Keller drei Stunden lang von all dem Unheil, das der Jesuitenorden im Laufe der Geschichte unter den Völkern angerichtet hatte. Dann schlug er vor, die Jesuiten seien aus der Schweiz auszuweisen. Nur wenige der Boten stimmten ihm bei. Leu und Siegwart bestimmten nun den luzernischen Großen Rat, daß er beschloß, den Liberalen zum Trotz die Jesuiten zu berufen. Sie sollten die höhern Lehranstalten der Stadt übernehmen. Die liberalen Luzerner wehrten sich vergebens wider die Berufung der Jesuiten. Als alles nichts half, sammelten sie auf einen Gewaltstreich. Die Parteigenossen der Nachbarantone versprachen ihnen Hilfe durch Freischaren. Am 8. Dezember 1844 versuchten die Liberalen in der Stadt sich des Zeughauses zu bemächtigen. Es mißlang, und der Haufe von aargauischen und luzernischen Freischärlern, der vom Land her anrückte, zerstreute sich wieder. Die Luzerner Regenten übten große Strenge wider die Auführer und füllten die Gefängnisse mit Freischärlern. 1500 luzernische Liberales flüchteten sich. Lauter als zuvor hieß es bei allen liberalen Schweizern: „Fort mit den Jesuiten!“ So mächtig war die Volksbewegung, daß die Zürcher und Waadtländer ihre Regierungen änderten. In Zürich kamen wieder die Liberalen ans Ruder.



Augustin Keller.

Wohl hatte die Tagsatzung das Freischarenwesen verboten. Dennoch bereitete sich im Frühjahr 1845 ein zweiter Freischarenzug gegen Luzern vor. Den Kern des Heeres bildeten die 1500 geflüchteten Luzerner. Ihnen schlossen sich die befreundeten Aargauer, Solothurner, Baselpbieter und 600 Berner an. Am 31. März 1845 rückten zwei starke Haufen von Huttwil und Zofingen nach dem Entlebuch vor. Ihr Anführer war der Hauptmann Ulrich

Ochsenbein von Nidau. Sie trieben die Luzerner Regierungstruppen vor sich her. Hätten sie sich recht getraut, so würden sie sich noch am gleichen Abend der Stadt Luzern bemächtigt haben. Die klerikalen Regenten hielten sich dort zur Flucht bereit, und Siegwart-Müller hatte das Staatsiegel schon in die Tasche gesteckt. Müde und erschöpft langte die vorderste Kolonne, die Ochsenbein führte, vor dem Stadttor an. Sie wußte nicht recht, wo die andere Kolonne stand. Sie wagte den entscheidenden Handstreich nicht, sondern trat ordnungslos den Rückzug an. Um Mitternacht wurden die Frei-



Ulrich Ochsenbein.

schärler im Dorfe Malter's jählings überfallen und zersprengt. Mehr als hundert kamen um und nahezu zweitausend gerieten in Gefangenschaft. Für die Herausgabe seiner Landsleute mußte Bern 70,000 Franken bezahlen. Ein Führer der Luzerner, Doktor Steiger, war auch unter den Gefangenen. Er sollte mit dem Leben büßen; aber Freunde verhalfen ihm zur Flucht. Dagegen starb damals Leu von Ebersol in seinem Hause durch die Kugel eines Freischärlers.

VII. Der Kanton Bern in den Vierziger Jahren.

1. Karl Neuhaus. Als Zürich und Luzern 1839 und 1841 vom Siebnerkonfödat zurücktraten, scharten sich die übrigen regenerierten Kantone desto enger um Bern. Dieses hielt ohne Wanken am Ziel der Bundesreform fest. Das Haupt der Regierung war hier Karl Neuhaus. Er war der Sohn eines Bürgermeisters von Biel, das bis 1832 zum Amt Nidau gehört hatte und nicht mehr als 3000 Einwohner zählte. Ein Gymnasium gab es hier noch nicht; Neuhaus besuchte dasjenige von Neuenburg. Frühzeitig mußte er sich seinen Lebensunterhalt selber verdienen. Er lebte mehrere Jahre als Handelsmann in Straßburg. Nebenbei förderte er seine Bildung durch das Lesen ernster, gediegener Schriften und durch den Besuch der dortigen Hochschule.

Dann kehrte er nach Biel zurück und betrieb zehn Jahre lang eine Tuchfabrik. Mit dem Jahr 1831 begann der hochbegabte Mann seine politische Laufbahn. Nach dem Rücktritt der Brüder Schnell beherrschte Neuhaus den Kanton ganz unbedingt. Durch ihn gewann der Kanton Bern, der im Notfall 40,000 Bajonette stellen konnte, den Einfluß in der Schweiz zurück, den er eine Zeitlang verloren hatte. Vor den Gesandten der fremden Mächte machte Neuhaus keine so tiefen



Karl Neuhaus.

Bücklinge, wie seine Vorgänger im Amt. Er kehrte sich nicht nach jedem Wind. Unentwegt verfocht er die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes. Jede Einmischung des Auslandes wies er mit kräftigem Wort zurück. Als Bern in den Jahren des Klosterstreits (1841 und 1842) Vorort war, trat er als Tagsatzungspräsident ganz entschieden für die Rechte des Kantons Aargau ein. Dieser dürfe die Klöster aufheben, sofern erwiesen sei, daß sie an den Unruhen schuld gewesen. An der Klosterfrage, sagte Neuhaus, könne man lernen, wie notwendig die Bundesreform sei.

**2. Neuhaus und die
Freischärler.
Die Jungradikalen.
Albert Bihius.**

Ein so energischer Mann, wie Neuhaus, wurde von verschiedenen Seiten angefeindet. Er machte sich nicht viel daraus. Allein der zweite Freischarenzug bereitete ihm ernstliche Schwierigkeiten. Allzu spät, am 28. März 1845, hatte die Regierung das Freischarenverbot erlassen. Es half auch nichts mehr, daß zwei Regierungsräte nach Langenthal reisten, um die Freischärler heimzunehmen. Der Zug mißglückte, und die Auslösungssumme für die Gefangenen mußte bezahlt werden. Nun schritt die Regierung mit Strafen ein. Sie entsetzte Beamte, die am Zug teilgenommen hatten. Das gefiel dem Volk nicht. Es hielt die Freischarenzüge für berechtigt und empfand Mitleid mit den Gestraften. Neuhaus sah in der Gunst des Volkes. Von der großen liberalen Partei im Kanton Bern, deren Führer er bisher gewesen, zweigte sich eine junggradikale ab, die einen rascheren Fortschritt begehrte. Sie verlangte eine Revision, eine Erneuerung der Verfassung, durch welche die wirtschaftliche Lage des Kantons verbessert würde; denn diese war damals keine gute. Wer die Zustände der bernischen Landschaft aus jener Zeit kennen lernen will, muß lesen, was der Volkschriftsteller Albert Bihius (Jeremias Gotthelf) darüber geschrieben hat. Sein erstes Buch nannte er den „Bauernspiegel“. Alle die Werke, die der Pfarrer von Lütschli in den Jahren 1836—54 verfaßte, spiegeln das Bauernleben auf den Höfen im Emmental und in den Dörfern des Oberaargaus getreu wieder. Keiner hat die Flur, das Heim und die Seele des Berner Bauern so gründlich gekannt, so lebenswahr geschildert.

**3. Wirtschaftliche Lage.
Porkäsereien. Armennot.**

Wir lesen in Bihius' Schriften von einer Neuerung in der bernischen Landwirtschaft. Die Käsebereitung nahm einen fast plötzlichen Aufschwung. Bisher war nur auf den Alpen gekäset worden. Oberst Rudolf Effinger errichtete bei Niesen, unweit Thun, die erste Talkäserei, dann eine zweite in Wangen a. A., wo er Oberamtmann war. Das Beispiel wirkte. In allen Dörfern wurden Käseereien errichtet. Der Käse brachte Geld ins Land; aber die Armen waren nun um so schlimmer dran. Die Bauern sahen jetzt darauf, all ihren Grund und Boden nutzbar zu machen und mit Kunstgras, Klee oder Esparsette zu bebauen. Viel wildes Land, wo sonst die armen Leute, die Küfer, Korber, Rechenmacher und Besenbinder, ungefragt und unentgeltlich ihre Ziegen geweidet, Streue und Futter gesammelt hatten, wurde jetzt urbar gemacht. Die Milch, das unentbehrlichste Nahrungsmittel, das diese Leute beinahe umsonst bekamen, war verteuert worden. Auch das Holz wurde rar. Die staatlichen Holzabgaben an die Armen minderten sich. Mißwachs und eine böse Kartoffelkrankheit in den Jahren 1845 und 1846 steigerten das Übel. Mit der Leinwandweberei, die als Hausindustrie im Emmental fleißig betrieben wurde, ging es seit der Einführung des Fabrikbetriebs auch abwärts. Die Maschinen nahmen

mancher armen Spinnfrau den geringen Verdienst weg. Auf keinem Landesteil lastete die Armennot so drückend wie auf dem Emmental. Damals bestand im Kanton Bern noch die heimatliche Armenpflege. Da, wo einer heimatberechtigt war, mußte er im Fall der Not verpflegt werden. Schon im 18. Jahrhundert waren Tausende von Emmentalern ausgewandert. Emmentalische Wiedertäufer ließen sich zahlreich im Bistum Basel nieder, das 1815 bernisch wurde. Trub und Langnau z. B. hatten gegen 20,000 ihrer Bürger im Schweizerland zerstreut. Verarmten sie in der Fremde, so wurden sie in ihre Heimatgemeinde verbracht, auch wenn sie niemals hier gelebt hatten.

So häuften sich hier die Armen. Das Emmental wünschte, daß ihm die neue Verfassung die Armenlast von den Schultern nehme. Auch die andern Landesteile trugen ihre Begehren. Der Jura verlangte, daß er sein Steuerwesen und die Armenpflege unabhängig vom alten Kantonsteil verwalten könne. Das Oberland, wo der Fremdenverkehr zunahm, wünschte, daß der Staat eine Geldleihanstalt gründe, wo jeder Bürger zu billigem Zins für seine Unternehmungen Geld erhalten könne (Hypothekarkasse). Und darin war der ganze Kanton einig, daß einmal die



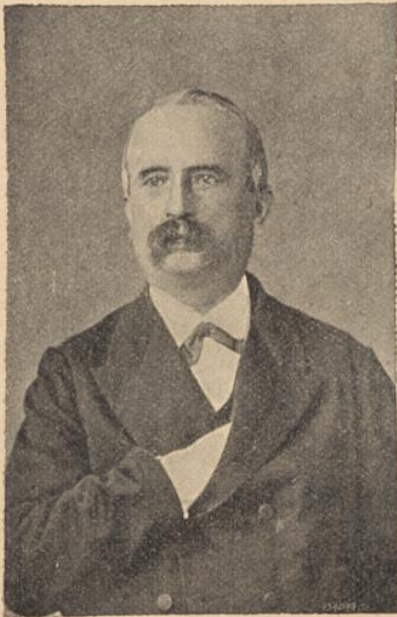
Jeremias Gotthelf (Albert Bihus).

Grundzinse und Zehnten, diese mittelalterlichen Gefälle, gänzlich getilgt und durch eine gerechte Grund- und Einkommensteuer ersetzt werden sollten.

4. Jakob Stämpfli.

Mitte der 40er Jahre begann Jakob Stämpfli seine politische Laufbahn. Er war Berns größter Staatsmann im 19. Jahrhundert. Stämpfli ist aus dem Bauernstand hervorgegangen. Er stammte von Schüpfen. Seine Eltern besaßen ein Heimwesen zu Janzenhaus bei Büren. Hier wurde er 1820 geboren und besuchte die dortige Primarschule als ein äußerst lernbegieriger Knabe. Früh verlor er seinen Vater. Da griff er rüstig bei der Arbeit zu. In Cortébert erlernte er das Französische. Dann fand er Anstellung bei einem Amtsnotar und Gerichtsschreiber in Büren. Mit eisernem Fleiß

arbeitete er nebenbei an seiner Weiterbildung. Im Sommer und Winter stand er um vier Uhr auf und widmete die stillen Morgenstunden den Wissenschaften. 1840 bezog er die Hochschule von Bern. Er war ein fröhlicher, aber auch ein fleißiger Student. Kein Wunder, daß er ein glänzendes Examen als Fürsprecher machte. Schon als Student nahm er eifrig teil am politischen Leben. Jetzt stellte er sich mitten hinein in den heftigen Parteikampf und schrieb die „Bernser Zeitung“. Bald blickten seine Genossen auf ihn als auf den Führer der Jungradikalen.



Jakob Stämpfli.

Mit Ulrich Ochsenbein hatte auch Stämpfli am Freischarenzug teilgenommen und die Ungnade des Neuhaus auf sich geladen. Die Radikalen nahmen sich vor, nicht nur die Verfassung, sondern auch die Regierung zu ändern. Neuhaus und seine Anhänger wollten, daß der Große Rat selber die Verfassung umgestalte. Die Jungradikalen wünschten aber, daß ein Verfassungsrat, gleich wie im Jahr 1831, dafür gewählt werde. Das Volk stimmte für einen Verfassungsrat. Dieser wurde gewählt. Er schuf die Verfassung vom Jahr 1846, welche in Kraft blieb bis 1893.

5. Die 46er Verfassung.

Dieses neue Grundgesetz setzte die Zahl der Regierungsräte von 17 auf 9 herunter, von denen jeder eine Direktion übernahm (des Militärwesens, der Finanzen, der Erziehung, der Bauten, der Landwirtschaft usw.) Der gesamte Große Rat wurde fortan alle vier Jahre durch direkte Wahlen neu bestellt. Alle Staatsbeamten wurden von der Wahl ausgeschlossen. Die Grundzinse und Zehnten ersetzte man durch neue direkte Steuern. Die Armenunterstützung wurde eine freiwillige, zu welcher der Staat seinen Beitrag leistete. Eine Darlehensklasse wurde gegründet, wie das Oberland sie wünschte. Der Jura erhielt seine gesonderte Verwaltung im Steuer- und Armenwesen. Die neue Verfassung trat in Kraft. Ein neuer Großer Rat wurde gewählt, und dieser bestellte eine neue Regierung. Neuhaus zog sich ins Privatleben zurück und starb schon 1849. Regierungspräsident wurde Ulrich Ochsenbein, der noch vor

kurzem aus dem Verzeichnis der bernischen Offiziere gestrichen worden war. In dem entscheidungsvollen Jahr 1847, als Bern wieder Vortort wurde, amtete der frühere Freischarenführer als Tagssatzungspräsident. Neben ihm stand Jakob Stämpfli, der damals erst 26 Jahre alt war. Er hatte den schwierigsten Teil der Regierungsaufgaben übernommen, die Finanzen. Die neue Verfassung bürdete dem Staat große Geldopfer auf. Man mußte Geld beschaffen durch die neuen direkten Steuern. Diese einzuführen war eine schwierige Aufgabe. Als es galt, den Sonderbund mit Waffengewalt aufzulösen, und alle Banken ihr Geld zurückhielten, machte es Stämpfli gleichwohl möglich, daß der Kanton Bern dem Bund drei Millionen auf Vorriß ließ.

Vgl. Leseb. 3. Bd. S. 206. „Jeremias Gotthelf“.

VIII. Der Sonderbundsrieg 1847.

1. Was der Sonderbund bezweckte. Entsch. im Großen Rat zu Freiburg.

Mit einem Mehr von 12 Stimmen hatte die Tagssatzung im Sommer 1843 die Aufhebung der aargauischen Männerklöster gebilligt. Im Bade Roten bei Luzern entstand alsdann der Sonderbund. Er war ein geheimer „Schutzvertrag“ der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug, Freiburg und Wallis zum Schirm der katholischen Religion und der kantonalen Hoheit. Der Hauptzweck des Bundes war: jede Bundesreform zu hintertreiben. Die Freischarenzüge gaben den Vorwand zu kriegerischen Rüstungen, zur Einsetzung eines Kriegsrats, den Siegwart-Müller präsidierte. Dieser Hauptstifter des Sonderbunds war Schultheiß von Luzern geworden. Er handelte ganz eigenmächtig. Niemals hat er den luzernischen Großen Rat angefragt, ob er den Schutzvertrag billige. Gewissenhafter war die Regierung von Freiburg; sie brachte die Sache im Juni 1846 vor ihren Großen Rat. Die Vertreter des Seebezirks erhoben kräftigen Protest wider den förmlichen Beitritt zum Sonderbund. Sie sahen sich aber in der Minderheit und verließen den Ratsaal, als es zur Abstimmung kam. Auch ein Putschversuch, ein Zug der Murtener gegen Freiburg, mißlang. Dieses blieb dem Schutzvertrag treu. Das ganze Land wurde jetzt aufmerksam auf diesen gefährlichen, bewaffneten Sonderbund, der die Eidgenossenschaft entzweite. Selbst das Ausland war gespannt auf den Ausgang der Dinge in der Schweiz. In allen Nachbarländern herrschte Gärung. Die Revolution stand überall vor der Thür.

2. Die Meinungen an der
Tagssatzung zu Zürich, Genf und
St. Gallen entscheiden
gegen den Sonderbund.

Als im Juli 1846 die Tagssatzung in Zürich zusammentrat, kam auch der Sonderbund zur Sprache. Die Führer dieses Bundes, Siegwart-Müller und Bernhard Meier von Luzern, behaupteten fest, ihr Schutzvertrag sei dem Gesamtbund ganz und gar nicht nachtheilig. Diese Meinung widerlegten aufs schlagendste die Boten der liberalen Kantone, namentlich derjenige Berns. Sie bewiesen auf das genaueste, wie gesetzwidrig jener Bund sei, wie unvereinbar mit dem Bundesvertrag. Ein bewaffneter Sonderbund dürfe innerhalb der Eidgenossenschaft nicht fortbestehen; denn dieser nehme dem Bund ein Recht vorweg, das ihm allein gehöre, das Recht, Krieg zu führen und den Schutz aller Schweizerbürger auszuüben. Dieser Sonderbund sei daher aufzulösen. Nur 10 Stimmen vereinigten sich auf diesen Antrag. Ebenso viele stimmten dafür, daß die Jesuiten aus dem Lande zu weisen seien. Einige Kantone waren in diesen zwei Fragen noch unentschieden: Genf, St. Gallen, Baselstadt und Neuenburg. Zu einem gültigen Beschluß brauchte es 12 Stimmen. Wenn in zwei der genannten Kantone die Liberalen zum Sieg gelangten, so war es möglich, den Sonderbund aufzulösen.

Im Herbst 1846 vollzog sich eine Umwälzung in Genf. Die Vorstadt St. Gervais war hier das Hauptquartier der Liberalen. Die konservative Regierung wollte dort den Volksführer Fazy gefangen nehmen. Die Bürger von St. Gervais gaben das nicht zu, verschanzten sich und schlugen die Regierungstruppen zurück. Auch andere Stadtteile erhoben sich und stürzten die bisherigen Regenten. Fazy trat an die Spitze der Regierung, die nun die 11. Stimme zur Auflösung des Sonderbundes gab. Genf erhielt eine neue Kantonsverfassung. Es ist der erste Schweizerkanton, welcher den Volksschulunterricht nicht nur obligatorisch, sondern auch ganz unentgeltlich erklärte. — Im Mai 1847 sollte der Kanton St. Gallen seinen Großen Rat erneuern. Die Parteien hatten sich dort lange Zeit die Wage gehalten; 75 Liberale standen 75 Konservativen gegenüber. Heiß tobte vor der Abstimmung der Parteikampf. Man war auf ihren Ausgang fieberhaft gespannt. Welch ein Jubel bei den Liberalen in St. Gallen, als es hieß, im Gasterland seien sechs Großräte ihrer Partei gewählt worden! So hatten die Liberalen die Mehrheit errungen. Sie stürzten die Regie-

rung, deren Führer Jakob Baumgartner einst liberal gewesen war, und gaben freudvoll die zwölfte Standesstimme, die zur Aufhebung des Sonderbunds notwendig war.

3. Der Sonderbund und das Ausland.

Unterdessen bemühte sich der sonderbündische Kriegsrat, seine Rüstungen zu vollenden. Der Vorort Luzern erhielt Vollmacht, mit dem Ausland wegen Hilfe zu unterhandeln. Man wußte, daß die Fürsten und Minister von Frankreich, Österreich und Sardinien-Piemont dem Sonderbund sehr geneigt waren. Nur mußten diese Herren fürchten, daß der Spuk jeden Augenblick in ihrem eigenen Lande losgehen könnte. Die Sonderbundsführer scheuten sich nicht, Landesverrat zu begehen. Der Luzerner Bernhard Meier reiste an den Hof von Turin und dann auch nach Wien. Österreich versprach Zusendung von Geld und Waffen. Dasselbe tat auch Frankreich. Der Gesandte Louis Philipp's sagte zu Ochsenbein, dem Präsidenten des Vororts (1847), die Schweiz müsse ein Staatenbund bleiben, die Großmächte würden nichts anders anerkennen. Ochsenbein entgegnete frei und frank: „Die innern Angelegenheiten der Schweiz gehen das Ausland nichts an. Sie ist bereit, jeden Eingriff in ihre Rechte mit den Waffen zurückzuweisen!“ Nur bei England fand die Schweiz herzliches Wohlwollen. England leistete ihr damals einen großen Dienst, indem es die andern Mächte von einer Einmischung in die Sonderbundswirren abhielt.

4. Die Tagsatzung in Bern, Juli und Oktober 1847. Drei Hauptbeschlüsse. Dufour, General der Bundesarmee.

Am 5. Juli 1847 eröffnete Ulrich Ochsenbein in der Heiliggeistkirche zu Bern die Tagsatzung mit einer kräftigen Rede. Sie erdröhnte wie ein Trompetenstoß und klang wie eine Kriegserklärung wider alle Freiheitsfeinde innerhalb und außerhalb des Landes. Er erklärte, die Schweiz werde ihr letztes Herzblut dran setzen, um jede Einmischung abzuwehren und frei zu bleiben. Dann am 20. Juli legte er den Tagherren die Hauptfrage dieser denkwürdigen Sitzung vor, die Sonderbundsfrage. Jetzt, sagte er, müsse es sich entscheiden, ob Einheit im Schweizerland herrschen soll oder Zersplitterung, ob Stillstand oder Fortschritt, und ob die kantonale Hoheit mehr gelte als die Bundeshoheit. Dann ging der Redekampf los. Die Sonderbündler stellten nochmals ihren Schutzvertrag als ganz ungefährlich hin. Doch ihre Spitzfindig-

keiten wurden kräftig widerlegt. Der Beschluß erging: Der Sonderbund ist aufzulösen, weil er im Widerspruch steht mit dem Bundesvertrag. Wird dieser Bundesbeschluß nicht befolgt, so behält sich die Tagsatzung weitere Maßregeln vor. — Eine Mahnung wurde an die Sonderbunds Kantone gerichtet, daß sie von ihrer Verbindung absteheu sollten. Die Tagsatzung beschloß ebenfalls, daß die Jesuiten aus dem Land auszuweisen seien. Noch wichtiger war der Beschluß zur Bundesrevision. Diese Beschlüsse gingen nun an die Kantone; sie waren erst dann gültig, wenn die Mehrheit der Kantonsräte und Landsgemeinden zugestimmt hatte. Das taten auch alle liberal regierten Stände, und diese waren zum Glück in der Mehrheit. Es war ihr Wunsch und Wille, daß der Sonderbund aufgelöst werde, wenn nötig mit Waffengewalt.

Mitte Oktober 1847 war die Tagsatzung wiederum in Bern versammelt. Die Sonderbunds Kantone hatten die Mahnung nicht befolgt. Nun wurden noch Kommissäre an sie abgeschickt mit der freundschaftlichen Einladung, sie möchten dem Mehrheitsbeschluß Gehorsam leisten. Auch das half nichts. Derweilen wählte die Tagsatzung den Obersten Heinrich Düsour aus Genf zum General der Bundestruppen. Düsour (1787—1875) war der erfahrenste, tüchtigste Offizier der schweizerischen Armee. Seine Kriegsschule hatte er als junger Mann unter Napoleon I. gemacht. Seit vielen Jahren leitete er die von ihm gegründete Militärschule in Thun und ordnete die Truppensammenzüge an. Keiner kannte die Beschaffenheit und die Hilfsmittel unseres Landes so gut wie er. Er kannte alle höhern Offiziere der Schweiz persönlich, auch die des Sonderbunds. Von Haus aus war er sonst eher konservativ gesinnt. Aus reiner Vaterlandsliebe folgte er dem Ruf der Tagsatzung. Er gelobte, wenn es zum Äußersten komme, so werde er dessen eingedenk sein, daß er verirrten Miteidgenossen gegenüberstehe. Die Tagsatzung gewährte ihm gänzliche Vollmacht in der Truppenführung. Seine Wahl war schon ein halber Sieg. Am 29. Oktober verließen die siebenbürtigen Gesandten die Tagsatzung. Man sah sie bewegten Herzens von Bern abreisen. Die Tagsatzung faßte am 4. November den Beschluß der Bundesexekution, d. h. der Auflösung des Sonderbunds durch Waffengewalt. Schwere Besorgnis ergriff alle Gemüter. Niemand ahnte, daß das Kriegsgewitter so rasch vorübergehen werde.

5. Der Kriegsbeschluss durchgeführt. Freiburg. Gislikon. Sonderbund aufgehoben.

Nun rückte das Bundesheer, nahezu 100,000 Mann stark, in sieben Divisionen geteilt, ins Feld. Dufour mahnte seine Truppen mit allem Ernst, den Parteihass zu vergessen und keine ungeziemenden Handlungen zu begehen. Der Sonderbund verfügte über nicht ganz 80,000 Mann; davon war mehr



Heinrich Dufour und sein Generalstab.

als die Hälfte Landsturm. Sein Heer kommandierte der konservativ-reformierte Graubündner Salis = Soglio (spr. solio). In seinen Befehlen wurde Salis stark gehindert durch das Dreinreden des Kriegsrats. Das sonderbündische Gebiet war ein dreigeteiltes: Wallis, Freiburg und Innererschweiz. Außer einigen Waffensendungen und einem Geldvorschuß erhielt der Sonderbund vom Ausland keine Hilfe. Rasch umschloß Dufour mit überlegener Macht (25,000 Mann) die Stadt Freiburg. Jeder Widerstand war unnütz. Das sahen die Behörden ein und übergaben die Stadt den 14. November. Leider hatte sich bei einer Feldschanze aus Versehen ein kleines Gefecht entwickelt,

das einige Tote und Verwundete kostete. Freiburg blieb besetzt, und vor den Eingang zum Wallis stellte Dufour die erste Division als Wache auf. Mit den andern Divisionen führte er nun den siegreichen Stoß gegen das Zentrum des Sonderbunds, gegen Luzern. Der Einfall der Sonderbündler ins Freiamt war mißglückt. Besser gelang ein Handstreich der Urner, welche über den Gotthard stiegen und die Tessiner bis Biasca talabwärts trieben.

Bei Gislikon und am Rooter Berg zwischen der Reuß und dem Zugersee stand die sonderbündische Hauptmacht in fester und guter Stellung. Es näherten sich ihr fünf Divisionen des Bundesheers. Drei von ihnen sollten nur beobachten, die zwei andern allein den Gegner schlagen. Vor der Division Gmür hatte sich Zug schon am 22. November ergeben. Gmür ließ dann vorrücken und drängte im Gefecht bei Meierskappel die Schwyzer von der übrigen sonderbündischen Macht ab. Den Hauptschlag führte die Division Ziegler, die durch das Freiamt heraufzog. Mit zwei Brigaden überschritt Ziegler die Reuß. Die eine ließ er auf der Talsohle unter Oberst Egloff gegen die mit starkem Geschütz besetzten Schanzen von Gislikon vorrücken. Zweimal wichen hier die Bundestruppen vor dem Kartätschenhagel der Gegner zurück. Schweren Stand hatte auch die andere Brigade, welche die waldbedeckten Abhänge des Rooter Berges erklimmen und den Gegner verjagen sollte. Ziegler stieg da vom Pferd und führte seine Leute persönlich ins Treffen. Im Sturmschritt wurden die Höhen eingenommen, und auch Egloffs dritter Angriff auf die Schanzen bei Gislikon war nun erfolgreich.

Salis-Soglio war verwundet worden und legte den Oberbefehl nieder. Siegwart-Müller und die andern sonderbündischen Kriegsräte samt den Jesuiten flüchteten am Abend des Gefechts-tages nach Flüelen. Das Bundesheer zog am 24. November in Luzern ein. Mit der Übergabe des Wallis am 29. November war der Sonderbunds-krieg ganz beendet. Nur 25 Tage hatte der Waffengang gedauert. Mit größter Schonung hatte ihn Dufour geführt. Das ganze Land zollte ihm dafür herzlichen Dank. Vom Bundesheer waren nur 78 Mann gefallen, noch weniger Leute verloren die Gegner. Die Kriegskosten, sechs Millionen Franken, sollten die Sonderbunds-kantone bezahlen. Neuenburg hatte 300,000 und Appenzell-Innerrhoden 15,000 Fr. zu entrichten, weil sie dem Bundesaufgebot nicht gehorcht, ihre Mannschaft nicht gestellt

hatten. In Luzern, Freiburg und Wallis kamen die Liberalen ans Ruder. Manches Kloster wurde aufgehoben. Schwyz und Zug schafften die Landsgemeinden ab. Freiheit und Fortschritt hatten in der Schweiz gesiegt. Nichts hinderte sie mehr, sich eine neue Bundesverfassung zu geben.

Bergl. Geleb. 3. Bd. S. 240 „Düfour's Armeebefehl.“

IX. Die Bundesverfassung von 1848.

1. Einmischungsversuch des Auslands. Neuenburg wird frei.

So rasch war die Ruhe in der Schweiz wieder eingelehrt, daß die Mächte des Auslands gar nicht Zeit fanden, dazwischen zu treten. Der Sieg der Liberalen in der Schweiz war ein böser Strich durch die Rechnung Metternichs. Er konnte es England nicht verzeihen, daß es die Liberalen begünstigt hatte. Metternich und der französische Minister Guizot schmiedeten nun eine Note an die Schweiz. Sie wollten verhindern, daß sich unser Land eine neue, liberale Bundesverfassung gebe. Die Note erklärte: „Es darf an den Hoheitsrechten der Kantone nicht das Kleinste geändert werden, wenn nicht alle 22 Kantone zustimmen.“ Dann drohte sie auch: Wenn die Schweiz nicht auf die Großmächte hören wolle, so könnten ihr diese das Vorrecht der immervährenden Neutralität wieder entziehen. Auf diese Note gab namens der Tagsatzung Jonas Furrer von Zürich eine prächtige Antwort. „Die Schweizer“, sagte er, „stehen nicht unter dem Schutz der Mächte. Sie sind ein Volk mit freier Selbstbestimmung. Nicht aus Huld und Gnade war ihr die Neutralität zuteil geworden, sondern ausdrücklich im Interesse des Friedens von ganz Europa.“ — Nun dachten die Machthaber in Wien und Paris an ein bewaffnetes Einschreiten in der Schweiz. Doch die Lust dazu verging ihnen bald, als in ihren eigenen Ländern der Frühlingssturm einer neuen Revolution ausbrach. — Sobald der Telegraph die Kunde von der Abdankung Louis Philipps nach der Schweiz brachte, erhoben sich die Bergleute im Neuenburgischen. Sie stiegen am 1. März, 1500 Mann stark, zur Hauptstadt hinunter und brachten sie, ohne Widerstand zu finden, in ihre Gewalt. Sie setzten die monarchische Regierung, welche die Bundeshilfe im Sonderbundskrieg verweigert hatte, ab und erklärten sich los von Preußen. Da wandte sich der preußische Gesandte in heftigen

Klagen an den Vorort Bern. Dieser antwortete ihm, die Neuenburger hätten nur das Recht der freien Selbstbestimmung ausgeübt, daran lasse sich nichts ändern. Fortan hatte der preussische Statthalter in Neuenburg nichts mehr zu regieren. Leider versäumte es damals die schweizerische Regierung, den König von Preußen zu ersuchen, daß er für alle Zeiten auf seine Rechte über Neuenburg verzichte.

**2. Beratung u. Einführung
einer neuen
Bundesverfassung.**

In der Schweiz ging nun alles seinen ruhigen Gang. Eine Kommission von 19 der besten schweizerischen Staatsmänner beriet und fertigte zu Anfang 1848 den Plan oder Entwurf einer neuen Bundesverfassung. Eine Kernfrage galt es zu lösen: Wie sollen Volk und Kantone im neuen Schweizerbund vertreten sein? Mit 10 gegen 9 Stimmen beschloß die Kommission, das alte Tagessystem preiszugeben und die Landesbehörden so einzurichten, wie die Union von Nordamerika es tat. Man schuf ein Mittelglied zwischen Einheitsstaat und Staatenbund — den Bundesstaat. Die gesetzgebende Behörde ist eine doppelte: im Nationalrat ist nach der Kopfszahl das Schweizervolk (je ein Mitglied auf 20,000 Einwohner), und im Ständerat sind die Kantone vertreten (je zwei Mitglieder aus jedem Kanton und eines aus jedem Halbkanton). Die großen, volkreichen Kantone kommen zu ihrem Recht im Nationalrat, wo sie am stärksten vertreten sind. Doch die kleinen Kantone, welche den alten Schweizerbund gestiftet haben, können sich auch nicht beklagen; denn sie senden gleich viel Vertreter in den Ständerat wie Zürich und Bern. Die neue Bundesverfassung war ein Werk der Versöhnung. In der Volksabstimmung wurde sie von 15½ Kantonen mit 1,900,000 Einwohnern angenommen und nur von 6½ Kantonen mit 290,000 Einwohnern verworfen. Ein letztes Mal versammelte sich die Tagessatzung in Bern, den 12. September 1848. Sie erklärte die neue Verfassung in Kraft. 101 Kanonenschüsse erdröhnten, und abends leuchteten die Höhenfeuer. Die Tagessatzung ordnete noch die Wahlen der Bundesbehörden an und vertagte sich dann, um nie wieder zusammenzutreten.

**3. Welche Neuerungen die
Bundesverfassung
von 1848 gebracht hat.**

Wie die alten Bünde, so setzte sich auch der neue Bund als Zweck und Aufgabe, die Unabhängigkeit des Landes nach

außen und die Ruhe im Innern aufrecht zu erhalten. Dann aber faßte er noch zwei neue Ziele ins Auge, erstlich die Rechte jedes einzelnen Eidgenossen zu schützen und zweitens Werke der allgemeinen Wohlfahrt zu fördern. Das sind die Bundeszwecke der neuen Schweiz seit 1848. — Die Kantone bestehen fort wie bisher. Sie üben alle Rechte weiter, die sie nicht an den Bund abgetreten haben. Der Bund übernimmt das Alleinrecht, Krieg oder Frieden, Bündnisse und Verträge abzuschließen. Er allein unterhandelt mit dem Ausland. Er untersagt neue Militärkapitulationen und verbietet das Tragen fremder Titel und Orden. Der Bund übernimmt die Ausbildung der Offiziere und Spezialwaffen (Genie, Kavallerie und Artillerie). Das Heer wird zu einem Viertel eidgenössisch, die Infanterie (das Fußvolk) bleibt bis 1874 noch kantonal. Der Bund unterstützt Straßen- und Kanalbauten. Er verbietet, was allgemein schädigt. Er kauft die Zölle und die Post den Kantonen ab. Aller Zoll ist an die Landesgrenze gerückt. Der Zollertrag ist die hauptsächlichste Einnahmequelle der Schweiz. Nur das Ohmgeld, einen Getränke Zoll, haben einige Kantone noch behauptet. Eidgenössisch wurde auch die Pulverbereitung, die Münzprägung und die Bestimmungen über Maße und Gewichte. Der Bund kann eine eidgenössische Hochschule und ein Polytechnikum gründen. Er bestimmt, daß jeder Kantonsbürger zugleich Schweizerbürger ist. Er schirmt, wie einst die Helvetik, alle Einzelrechte der Schweizerbürger: die freie Niederlassung, die freie Glaubensübung, das Vereinsrecht, das Petitionsrecht, die vollkommene Gleichheit vor dem Gesetz. Die Bundesverfassung kann jederzeit ganz oder teilweise umgeändert werden, wenn es die Bundesversammlung oder 50,000 Schweizerbürger verlangen. Alle drei Jahre erneuert sich der Nationalrat. Vereint mit dem Ständerat bildet er die Bundesversammlung, und diese wählt den siebengliedrigen Bundesrat. Sie wählt aus der Zahl der Bundesräte für jedes Jahr einen neuen Bundespräsidenten. Er ist das Haupt der Eidgenossen, wiewohl er nicht mehr Rechte als jeder andere Bundesrat besitzt. Die Bundesversammlung wählt auch die 11 (heute 19) Bundesrichter; (doch saß das Bundesgericht anfangs noch nicht ständig beisammen). Das Bundesgericht entscheidet bei Streitigkeiten zwischen den Kantonen oder zwischen Einzelbürgern und den Kantonen.

4. Die 1. Bundesversammlung.

Der 6. November 1848 war ein Festtag für Bern. Es hatte die Ehre, die neu-gewählte erste Bundesversammlung zu begrüßen. Mit allen Glocken wurde geläutet, im Münster fand eine Feier statt, und dann folgte ein fröhliches Festmahl. Am 16. November wählte die Bundesversammlung die sieben ersten Bundesräte, unter welchen der Kanton Bern durch Ulrich Ochsenbein vertreten war. Zum ersten Bundespräsidenten erhob man den tüchtigen Winterthurer Jonas Furrer, der das Haupt der Zürcher Liberalen war. Bevor die vereinigten Räte auseinandergingen, erwählten sie den 28. November die Stadt Bern zum Bundesitz. Man hielt sie dieser Ehre würdig wegen ihrer ruhmreichen Vergangenheit, auch wegen ihrer Lage inmitten des Landes, der Sprachgrenze ziemlich nahe, und weil sie zugleich die Hauptstadt des größten, einflußreichsten Kantons ist. Dann vertagte sich die Bundesversammlung, die Bundesräte allein blieben in Bern zurück. — Die neue Landesbehörde hatte keine leichte Aufgabe. Erstlich mußte sie die Verwaltung einrichten. Diese war anfangs noch ziemlich einfach. Dann hatte sie sich tapfer zu wehren für die Neutralität des Landes. Rings an den Grenzen tobten die Revolutionsstürme. Die italienischen und deutschen Freiheitskämpfer forderten, daß die Schweiz für sie Partei nehme und sich in ausländische Dinge einmische. Selbst viele Schweizer glaubten, das sei ihre Schuldigkeit. Allein der Bundesrat hielt die Neutralität streng aufrecht. Er verbot das Anwerben von Freiwilligen. Bersprengte Scharen, die im Süden und Norden die Grenzen überschritten, wurden interniert, d. h. zurückgehalten, entwaffnet und später beim Friedensschluß gegen Bezahlung der Kosten wieder freigegeben. So vermied die Schweiz glücklich jeden Streit mit dem Ausland und erwarb sich bei diesem eine stets wachsende Achtung.

C. Gründung neuer Staaten in Europa. Die neue Schweiz.

I. Das Revolutionsjahr 1848.

1. Die Februarrevolution in Paris.

Das französische Volk hatte seine helle Freude an dem Sieg der Liberalen in der Schweiz. Umso mehr mißfiel ihm, daß Louis Philipp und sein Minister Guizot den Sonderbund begünstigt hatten. Ein rechter Volkskönig war L. Philipp eben nicht, da er sein Regiment nur auf die Wohlhabenden stützte. Am meisten beklagten sich die Franzosen über das Wahlgesetz. Nur reiche Leute konnten in die Volksvertretung (Kammer) gewählt werden. Darum ertönte in ganz Frankreich der Streifruf: „Ein neues Wahlgesetz!“ Die liberalen Volksführer kamen bald in dieser, bald in jener Provinzstadt zu Wahlzeiten zusammen, die sie mit großen politischen Reden würzten (Reformbankette). Die Zeitungen brachten diese Reden unters Volk. Die Gärung nahm beständig zu. Endlich beschloßen die Liberalen, in Paris selber ein solches Reformbankett abzuhalten. Es sollte am 22. Februar 1848 stattfinden; die Regierung verbot es. Als sich zur bestimmten Stunde dennoch ein Haufen Volks ansammelte, ließ ihn der König durch ein Reiterregiment zerstreuen. Das erbitterte die Massen. Man hörte rufen: „Hoch die Reform! Nieder mit Guizot!“ Als L. Philipp sah, daß die Lage immer ernster wurde, entließ er Guizot seines Amtes. Das erfreute die Pariser so sehr, daß sie die Stadt festlich beleuchteten. Den Palast Guizots hütete ein Trupp Soldaten. Einige hundert Arbeiter näherten sich und forderten jene auf, den Platz zu räumen. Die Soldaten fällten ihre Bajonette. Unglücklicherweise drückte ein Wachmeister seine Flinte los, und unwillkürlich feuerte dann die ganze Kompagnie. Sogleich entbrannte der Straßenkampf. 1500 Barrikaden erhoben sich. Die Menge schrie: „L. Philipp läßt auf das Volk feuern wie Karl X., schicken wir ihn seinen Vorgängern nach!“ Der König sah ein, daß er abdanken mußte. Er tat es zugunsten seines Enkels, des Grafen von Paris. Dann kleidete er sich in ein bürgerliches Gewand und verreisete nach England. — In diesen Tagen war in Paris die Volkskammer beisammen. Barrikadenkämpfer in Arbeiter-

blusen drangen in den Sitzungsaal: „Es lebe die Republik!“ Der Tumult stieg auf den höchsten Punkt. Da brachte die Geistesgegenwart des Dichters Lamartine Ordnung in die Lage. Man wählte eine provisorische Regierung. Diese siedelte nach dem Stadthaus über. Einige Sozialistenführer ließ man an den Beratungen teilnehmen, z. B. Louis Blanc. Die Mehrheit der Franzosen verlangte eine bürgerliche Republik und scharte sich um die Trikolore. Die Anhänger der sozialistischen Republik mit dem roten Banner waren in der Minderheit. Auf dem Platz, wo früher die Bastille gestanden, wurde die Republik zum zweiten Mal in Frankreich verkündigt. Eine Nationalversammlung gab dem Land ein neues Grundgesetz.

2. Der Juniaufstand in Paris. Louis Napoleon Präsident der zweiten Republik.

Mehr als die Revolution im Juli 1830 war die des Februars 1848 eine soziale Erhebung. Der Arbeiterstand griff bedeutsam in die Umwälzung ein. Er verlangte gebieterisch seine Rechte. Die provisorische Regierung suchte den Sozialisten entgegenzukommen. Sie anerkannte das Recht auf Arbeit und ließ Louis Blanc den Vorsitz eines Arbeiterparlamentes führen. Nationalwerkstätten, Arbeitsstellen wurden errichtet, um den Dürftigen in und um Paris einen Verdienst zu sichern. Die Not des Volks war groß; denn in revolutionären Zeiten stehen die Geschäfte still. Mehr als 100,000 Arbeitslose suchte man irgendwie zu beschäftigen, zum Teil mit ganz unnützen Arbeiten. Der Staat bezahlte jedem einen Taglohn von 2 Fr. Immer größere Massen drängten sich zu den Nationalwerkstätten, während die Fabriken sich entleerten, wo doch auch Verdienst zu finden gewesen wäre. Die Auslagen des Staates wuchsen unheimlich an. Die Nationalversammlung entschied, daß die staatlichen Werkstätten wieder aufgehoben werden sollten. Dem setzten sich die Sozialisten entgegen. Die Regierung erteilte General Cavaignac die Vollmacht, den Aufstand mit den Waffen niederzuschlagen. Er tat es; nie hatte Paris in seinen Straßen einen so mörderischen Kampf gesehen (5000 Tote) wie bei diesem Juniaufstand. Dieses Blutvergießen erschreckte viele Franzosen so sehr, daß sie fanden, eine starke Monarchie würde bessere Sicherheit gewähren als die Republik. Bei der Präsidentenwahl im Herbst 1848 stimmten $7\frac{1}{2}$ Millionen Franzosen für Louis Napoleon, den Neffen Napoleons I.

*

*

*

3. Die Märzläge in
Wien,
Berlin, und Mailand.

Wie ein Lauffeuer ging die Kunde von der Februarrevolution durch Europa. Am 13. März brach in Wien ein Aufstand aus. Metternich mußte entfliehen. —

Studenten und Arbeiter hatten sich gegen sein Willkürregiment erhoben und forderten Preßfreiheit, Volksbewaffnung, Volksvertretung und namentlich eine Reichsverfassung. Kaiser Ferdinand I. versprach dem Volk, eine solche zu gewähren. — Am 18. März ging der Aufstand in Berlin los. Abgeordnete dieser Stadt begaben sich ins Schloß zu König Friedrich Wilhelm IV. und ersuchten ihn, er möge Preußen eine freiheitliche Verfassung geben und zugleich helfen, die deutsche Einheit herzustellen. Friedrich Wilhelm sagte ihnen, er sei bereit, ihren Wunsch zu erfüllen. Freudetrunken versammelte sich vor dem Königspalast eine große Volksmenge; doch waren die Zugänge zum Schloß von Soldaten streng bewacht. Plötzlich fielen zwei Schüsse. Das Volk stob auseinander in der Meinung, es sei verraten. Sogleich entbrannte ein wütender Barrikadenkampf, der 216 Menschen das Leben kostete und bis tief in die Nacht fort dauerte. In der Morgenfrühe befahl der König den Truppen, sich zurückzuziehen. Er hielt dann einen Umzug in der Stadt, sprach versöhnliche Worte und gelobte dem Volk, Preußen werde in der Einigung Deutschlands vorangehen.

Den blutigsten Aufstand in diesen Märztagen erlebte Mailand. Die österreichische Herrschaft war in der Lombardei und in Venetien furchtbar verhaßt. Ganz offen erscholl der Ruf: „Hinaus mit den Barbaren!“ Am 18. März griffen die Mailänder zu den Waffen und kämpften in ihren Straßen fünf Tage lang wider die Truppen des 82jährigen berühmten Feldmarschalls Radetzki. Sie zwangen ihn, mit seiner österreichischen Besatzung die Stadt zu räumen. Er zog sich nach vier starken Festungen südlich vom Gardasee zurück. Die letzte Stunde österr. Herrschaft auf der schönen Halbinsel schien geschlagen zu haben. In ganz Italien gärte es schon lange. — Seit dem Januar 1848 war Sizilien im Aufstand begriffen wider Ferdinand II. von Neapel. Dieser wäre sogar in seiner Hauptstadt Neapel seines Lebens nicht sicher gewesen ohne die Söldnertruppe von vier Schweizerregimentern. Unter diesen genoß das vierte, bernische, das meiste Ansehen. Ferdinand war als Jüngling im Erziehungsheim Fellenbergs zu Hofwil geschult worden; er konnte mit seinen Söldnern berndeutsch verkehren. Den Neapolitanern mußte er eine freiheitliche Verfassung geben.

4. Das Frankfurter
Parlament.

Frankfurt a. M. war die Stadt, wo seit 1815 jeweilen der Bundestag zusammentam, die Vertretung der Fürsten und Regierungen in den 39 Staaten und Stätchen des deutschen Bundes. — Ein mächtiger Drang nach Einheit ergriff das deutsche Volk. Die Fürsten waren eine Zeitlang diesem Drange gegenüber ohnmächtig, sie mußten ihm den Lauf lassen. Der Bundestag selber ordnete die Wahlen zum ersten deutschen Volksparlamente an. — Am 18. Mai 1848 versammelten sich die Abgeordneten Deutschlands in der Paulskirche zu Frankfurt a. M. und tagten hier bis Ende Mai 1849. Wie die Schweizer, so wollten jetzt auch die Deutschen ihren lockern Staatenbund, der ganz von Wien abhängig war, in einen kräftigen Bundesstaat umwandeln. Seit den Märztagen hatte das deutsche Volk in den meisten Staaten wichtige Rechte erlangt. Nun arbeiteten seine Abgeordneten in Frankfurt — es waren lauter hervorragende Männer — fürs gesamte deutsche Reich eine Bundesverfassung aus. An die Spitze dieses Reichs sollte wieder ein Kaiser treten. Im März 1849 wählte die Versammlung Friedrich Wilhelm IV. zum erblichen deutschen Kaiser. Osterreich sollte von diesem neuen deutschen Reiche ausgeschlossen sein, wogegen es gewaltig protestierte; denn es wollte die Leitung Deutschlands nicht aus der Hand geben. Der Preußenkönig wagte nicht, die ihm dargebotene Würde anzunehmen. Friedrich Wilhelm war kein Mann der Tat. Er sprach verächtlich von der Krone, die ihm das Parlament anbot, sie sei nur ein aus Lehm gebackener Keis. Die ganze Arbeit des Frankfurter Parlaments schien fruchtlos gewesen zu sein. Es mußte sogar erleben, daß ein deutsches Gebiet, Schleswig-Holstein, an Dänemark preisgegeben wurde, daß Preußen seine Truppen vor diesem Kleinstaat zurückzog, weil der Zar von Rußland es wünschte. Die Einigung Deutschlands blieb einstweilen nur ein schöner Traum. Der Bundestag kehrte wieder; Osterreich führte, wie früher, die Vorkherrschaft. Solange diese fort dauerte, war keine Einigung möglich. Die Sehnsucht nach Einheit blieb aber wach in den Herzen aller deutschen Vaterlandsfreunde. Ein deutscher Dichter erhob die Frage:

„Wann? ja wann erscheint der Meister,
Der, o Deutschland, dich erbaut,
Wie die Sehnsucht edler Geister
Lange schon dich vorgeschaut?

Ein s nach außen, schwertgewaltig,
Um ein hoch Panier geschart,
Doch nach innen manigfaltig,
Jeder Stamm nach seiner Art.“

**5. Karl Albert
von Sardinien-Piemont
und Radežki.**

Die Italiener setzten ihre ganze Hoffnung auf den piemontesischen König Karl Albert. Nach der gelungenen Mailänderrevolution rückte dieser wirklich an der Spitze seines Heeres in Lombardo-Venetien ein, um die Österreicher vollends aus Italien zu vertreiben. Aus allen Theilen der Halbinsel strömten ihm Freiwillige zu. Josef Garibaldi eilte mit einigen Gleichgesinnten sogar aus Südamerika herbei. Der König von Neapel und der Papst mußten auf das Drängen ihrer Völker Zuzug an den Po schicken. Radežki befand sich in der schlimmsten Lage. Im Feindesland stand er ganz verlassen, da in Österreich selber der Aufstand tobte. Er war aber dem König von Sardinien an Feldherrntalent weit überlegen. Karl Albert verstand nicht, einen einzigen seiner Vorteile auszunutzen. Deshalb mußte das italienische Volk bald die bittersten Enttäuschungen erleben. Zuerst bekam der König von Neapel über seine Untertanen die Oberhand. Seine Schweizerregimenter schlugen sich aufs tapferste bei Messina, Catania u. a. D. Sie überwältigten die Sizilianer. Nun rief Ferdinand II. sein Heer vom Po zurück. Dasselbe tat auch Papst Pius IX., der von der Sache der Freiheit abfiel und mit französischer Hilfe seine Macht im Kirchenstaat neu befestigte. Unterdessen bekam Radežki Verstärkungen. Er brach aus seinem Festungsviereck vor und besiegte Karl Albert in zwei blutigen Schlachten (Custozza, Novára). Karl Albert übergab, vom Leid gebeugt, die Krone seinem Sohne Viktor Emanuel II. Dieser hob sein Land durch eine gute Verfassung und viele Neuerungen. Im übrigen Italien blieb einstweilen alles beim Alten.

**6. Der Aufstand
in Ungarn.**

Während die Deutschen und Italiener sich um die Einheit ihres Landes heiß bemühten, geschah in Österreich gerade das Umgekehrte. In dem österreichischen Völkergemisch strebte alles auseinander. Jeder Volksstamm wollte sich selbst regieren. In den stürmischen Märztagen 1848 ertrozten sich die Ungarn vom Kaiser Ferdinand I. eigene Verwaltung, eigene Minister und besondere Vorrechte. Finanzminister Róssuth (spr. Róschut), ein Staatsmann von wunderbarer Beredsamkeit und großer Freiheitsliebe, war damals der wichtigste Mann in Ungarn. Sein Ziel war die völlige Abtrennung Ungarns von Österreich. Er trieb sein Volk zur eiligen Rüstung an; denn das Kaisertum in Österreich erstarbte wieder. Fürst Windischgrätz schlug im Oktober 1848 einen neuen Aufstand der Wiener blutig nieder. Die Hofspartei wollte nun den Ungarn ihre besondern Rechte wieder wegnehmen. Sie erhob an Stelle des schwachsinrigen Ferdinand den jungen Franz Josef I. auf den Kaiserthron. Mit jesuitischer Unaufrichtigkeit behaupteten die Höflinge, Franz Josef brauche die Zusagen nicht zu halten, die sein Vorgänger den Ungarn gemacht hatte. Windischgrätz rückte mit seinem Heer die Donau abwärts. Mit größter Tapferkeit wehrten sich die Ungarn für ihre Selbständigkeit. Sie erklärten sich los vom Hause Habsburg und be-

kleideten Kossuth mit der Diktatur. Ihr bester Anführer war Görgey. Er schlug die Österreicher mit Wucht zurück. Diese vermochten der Ungarn nicht allein Meister zu werden. Franz Josef bat nun den russischen Kaiser um Beistand. Zar Nikolaus I. gewährte ihn gern. Sein eigenes Land war von der Revolution ganz unberührt geblieben. 120,000 Russen kamen den 150,000 Österreichern zu Hilfe. Vor solcher Übermacht streckten die Ungarn ihre Waffen. Görgey ergab sich den Russen bei Villágos (1849). Kossuth entfloh in die Türkei. Ungarn verlor seine Freiheit, und viele seiner Führer wurden erschossen, verbannt oder eingekerkert. Der Kaiser war wieder absoluter Herr im Land, doch hob er zu dieser Zeit die Leibeigenschaft in Österreich auf. — So blieb denn die Schweiz das einzige Land, in welchem die Umwälzung dieser Jahre geglückt war, und wo der politische Fortschritt sich behauptet hatte.

II. Napoleon III. und der Frimkrieg.

Der Neuenburgerhandel.

1. Louis Napoleons Staatsstreich.

Der Sohn Napoleons I. war schon im Jünglingsalter gestorben. Fortan betrachtete sich Louis Napoleon als Haupt der Familie Bonaparte und thronberechtigten Erben. Unablässig studierte er in den Jahren seiner Verbannung die Reden und Taten seines großen Vorbilds. Er schrieb verschiedene Schriften, um die Augen der Franzosen auf sich zu lenken. Zweimal machte er einen vergeblichen Versuch, L. Philipp vom Thron zu stürzen. Die 48er Revolution führte ihn aus der Verbannung zurück und hob ihn auf den Präsidentenstuhl der zweiten Republik. Dieses Amt galt aber dem ehrgeizigen Manne nur als Vorstufe zum Thron. Laut Verfassung sollte er es nach vier Jahren wieder niederlegen. Er war entschlossen, die Macht nicht wieder aus der Hand zu geben. Auf seinen Rundreisen durchs Land hörte er es gern, wenn man ihn als Prinzen begrüßte, oder noch lieber, wenn ihm die Truppen in ihren Lagern das Vive l'empereur! zuriefen. Er machte sich die höchsten Generale und den Kriegsminister zu Vertrauten. Auf den 2. Dezember 1851 war alles zum Staatsstreich vorbereitet. Früh morgens verhaftete die Polizei 78 republikanisch gesinnte Mitglieder der Nationalversammlung. Diese sei ein Herd von Verschwörern, las man auf den Anschlagssäulen. Die Pariser ließen sich das ruhig gefallen. Erst am 4. Dezember erhoben sich einige Barrikaden, die, schwach verteidigt, von den Truppen um so ärger beschossen wurden. Viele Wehrlose wurden niedergemacht, Tausende von Gefangenen nach Cayenne abgeführt und die Führer der Republikaner verbannt. Eine Volksabstimmung fand statt. Mit 7¹/₂ Millionen Ja wählten die Franzosen Louis Napoleon zum Präsidenten auf zehn Jahre. Dieser stand seinem letzten Ziele nicht mehr fern. An einem Festmahl zu Bordeaux äußerte er ganz unverhohlen: „Viele Leute sagen, das Kaiser-

reich sei Krieg; ich aber sage: das Kaiserreich ist der Friede!“ Nach einer neuen Abstimmung (7,840,000 Ja) wurde Louis Napoleon am 2. Dezember 1852 durch den Willen des Volkes zum erblichen Kaiser der Franzosen ausgerufen. Auf die zweite Republik folgte das zweite Kaiserreich.

**2. Das zweite Kaiserreich.
Der Krimkrieg 1853—56.**

Napoleon III. arbeitete emsig an der Wohlfahrt seines Landes. Die Franzosen sollten vergessen, daß sein Thron auf Unrecht und Gewalttat gegründet war. Er nahm sich besonders der Kleinen Leute, der Handwerker und Landarbeiter, an und verschaffte ihnen viel Arbeit und Verdienst; denn er wollte ein Volkskaiser genannt werden. Für soziale Verbesserungen bezeugte er einen regen Sinn. Er war der erste Regent einer großen Festlandsmacht, der, wie die Engländer, dem Freihandel huldigte und nicht erlaubte, daß der Verkehr durch allzuhohe Schutzzölle gehemmt werde. Doch die Liebe zum Frieden war bei ihm mehr erheuchelt als echt. Größer war sein Ehrgeiz und sein heimliches Bestreben, seinen Oheim Napoleon I. an den Mächten zu rächen, die ihn zu Fall gebracht hatten. Dieses gelang ihm bei Rußland und Österreich; aber Preußen gegenüber verließ ihn sein Glück. — Im Jahre 1853 waren 400 Jahre verflossen, seitdem die Türken Konstantinopel erobert hatten. Zar Nikolaus I. erinnerte sich des Plans, den schon Peter der Große gehegt, diesen „Schlüssel“ seines Reichs zu erobern und das Kreuz über der einstigen Sophienkirche wieder aufzupflanzen. Er nannte die Türkei nur den kranken Mann, der im Sterben liege, und spürte Lust in sich, den Sultan zu beerben. Dreist forderte er von ihm das Schutzrecht über die 13 Millionen Griechisch-Katholischen, die im türkischen Reiche lebten. Der englische Gesandte ermutigte den Sultan, diese Forderung abzulehnen. Da begann Rußland den Krieg.

Sogleich verbündete sich Napoleon III. mit England und der Türkei. Auch Sardinien-Piemont, wo seit 1851 Cavour erster Minister war, trat dem Bunde bei. 1854 wurde in den Donauländern blutig gekämpft. Dann legten sich die Verbündeten zu Beginn des Winters 1854/55 vor die Festung Sebástopol auf der Halbinsel Krim. Alle Entsatzheere der Russen schlugen sie in großen, blutigen Schlachten zurück (Alma, Balaklava, Inkerman). Der Winter setzte ihnen hart zu. Ein kurländischer Offizier, Totleben, hatte die Festung

äußerst wehrfähig gemacht. 11 Monate lang widerstand sie allen Angriffen. In furchtbar blutigem Ansturm erstiegen die Franzosen endlich den festen Malakoff-Turm und entschieden den Fall der Festung. Zar Nikolaus lebte nicht mehr. Alexander II. schloß mit der Türkei und den Westmächten den Frieden von Paris 1856; er mußte auf das Schutzrecht verzichten, das Nikolaus beansprucht hatte. Die Moldau und Walachei erhielten Selbstverwaltung und vereinigten sich zu dem Staate Rumänien. Dieser nahm unter dem Fürsten Karl I. von Hohenzollern (von 1866 an) einen großartigen Aufschwung. Beim Friedensschluß von Paris führte Napoleon III. das erste Wort. Er galt damals als der mächtigste Mann in Europa.

* * *

**3. Der Ausstand der
Royalisten
im St. Neuenburg 1856.**

Seit 1848 war die Schweiz ein wahrhaft selbständiger Staat geworden. Es war wieder eine Freude und ein Stolz, den Schweizernamen zu tragen. Das Nationalgefühl erwuchs wieder zu einer Stärke, wie es bei den alten Eidgenossen gewesen war. Das zeigte sich deutlich im sogenannten Neuenburger Handel. Fried. Wilhelm IV. hatte noch nicht auf die Hoheitsrechte über Neuenburg verzichtet. Auch gab es in der Stadt Neuenburg und in einigen hochgelegenen Juradörfern immer noch viele Königsanhänger oder Royalisten. Einer der angesehensten unter ihnen, Graf Pourtalès, sammelte insgeheim eine Schar Bewaffneter und bemächtigte sich am 3. September 1856 des Schlosses von Neuenburg. Er nahm die Staatsräte gefangen und pflanzte die preußische Fahne auf. Rasch sammelten sich die Republikaner, rückten zu Hunderten von Chau-de-Fonds und aus dem Traverstal heran. Am 4. Sept. erstürmten sie das Schloß, befreiten die Räte und machten nun ihrerseits einige Hundert Royalisten zu Gefangenen. Die meisten entließen sie wieder, nur die Schuldigsten blieben in Haft und sollten sich vor dem Richter verantworten. Das Schicksal dieser Gefangenen ging dem König Friedrich Wilhelm sehr zu Herzen. Sein Gesandter forderte beim Bundespräsidenten Stämpfli ihre Losgabe. Stämpfli erwiderte, das könne nur geschehen, wenn der König auf seine Hoheitsrechte verzichtet habe. Da mischte sich Napoleon ins Spiel. Er stellte die gleiche Forderung und versicherte dem General Dufour, den der Bundesrat nach Paris abgesandt hatte, er werde

ganz gewiß den König zum Verzicht bewegen, wenn nur zuerst die Gefangenen losgegeben würden. Auch ihm gegenüber beharrte der Bundesrat bei seiner Ansicht: Friedrich Wilhelm möge den ersten Schritt tun, dann würden die Gefangenen sogleich in Freiheit gesetzt werden. Diese Antwort kränkte den mächtigen Kaiser. Die Lage wurde für die Schweiz sehr ernst. Der preußische Gesandte verließ Bern. Preußen rüstete und unterhandelte mit den süddeutschen Staaten wegen des Durchmarsches.

4. Die Schweiz hält sich
kampfbereit.
Kaiser Napoleon vermittelt.
Neuenburg wird ganz frei 1857.

Jetzt ging durch alle Schweizerherzen eine starke Wallung vaterländischen Gefühls. Unser Volk zeigte sich zu jedem Opfer bereit, um Haus und Herd zu verteidigen. Seit dem Schwabenkrieg war nie mehr ein solcher Einmut unter den Schweizern gesehen worden. Der Große Rat von Bern ging mit dem Beispiel voran und bewilligte unbegrenzten Kredit für die Landesverteidigung. Die Bundesversammlung kam Ende 1856 zusammen. Düsour leistete ihr feierlicher Weise den Eid als General. 30,000 Mann wurden zur Nordgrenze aufgeboten. Schweizer im Ausland kehrten heim, um mitzuhelfen, oder sie schickten Hilfsgelder. Der Bundesrat erließ einen kräftigen Aufruf an die Wehrmänner. Unser Land war in ein Heerlager verwandelt; es hielt sich aufs äußerste gefaßt. Ganz Europa blickte mit Staunen und Hochachtung auf die kleine, wehrhafte Republik. Wer vorher die Schweiz getadelt hatte, änderte seine Meinung zu ihren Gunsten. Friedrich Wilhelm war in großer Verlegenheit; er hatte mit dem Säbel gerasselt, nun sollte er ihn ziehen, und dazu hatte er ganz und gar keine Lust. Darum bat er Napoleon brieflich um seine Vermittlung und erklärte sich zum Verzicht auf Neuenburg bereit. Der schweizerische Bundesrat schickte einen neuen Unterhändler zu Napoleon, Joh. Konrad Kern. Der Kaiser kannte diesen tüchtigen Mann seit vielen Jahren. Kern hatte 1838 als Vertreter des Thurgaus das Gastrecht Napoleons an der Tagatzung verteidigt, er besaß dessen volles Vertrauen. Bei einer Besprechung zeigte ihm Napoleon den Brief Friedrich Wilhelms. Der Kaiser



Joh. Konrad Kern.

versprach ihm, er wolle für die Schweiz handeln, als wäre er selber die Eidgenossenschaft. Schnell reiste Kern nach Hause und teilte den eidgenössischen Räten in Bern mit, wie die Sachen standen. Die Bundesversammlung beschloß nun, die Gefangenen an die französische Grenze bringen zu lassen. Im Frühjahr 1857 lud Napoleon die Vertreter der Großmächte zu einem Kongreß nach Paris ein. Hier wurde die Streitfrage gelöst, indem Preußen für immer auf seine Hoheitsrechte über Neuenburg verzichtete.

III. Die Einigung Italiens.

Der Savoyerhandel.

1. Napoleon III. und Cavour. Der italienische Krieg 1859.

Als Napoleon noch nicht der mächtige Kaiser, sondern nur der verbannte Thronbewerber war, hielt er sich öfters in Italien auf. Damals befreundete er sich mit vielen Patrioten, die danach strebten, Italien zu einigen und von der Fremdherrschaft zu befreien. Jetzt, da er zur Macht gelangt war, hofften jene Freunde auf seine starke Hilfe. Vergeblich hatte es Sardinien-Piemont 1848/49 versucht, die Österreicher vom italienischen Boden zu vertreiben. Es war zu klein und schwach gewesen, um einer Großmacht standzuhalten. Wiewohl es ihn sehr gelüstete, Österreich anzugreifen, verschob es Napoleon von Jahr zu Jahr, den Italienern zu helfen. Da unternahm der Graf Orsini einen Mordanschlag auf den Kaiser; er wollte ihn strafen für seine Untreue und schleuderte eine Bombe gegen seinen Wagen, als Napoleon zur Oper fuhr. Das Geschloß tötete viele Menschen; der Kaiser aber blieb unverletzt. Die Tat Orsinis machte einen tiefen Eindruck auf Napoleon. Er kam bald nachher mit dem Minister Cavour in einem Badehotel der Vogesen zusammen. Insegeheim verabredeten sie die Vertreibung der Österreicher aus Italien. — Sardinien-Piemont war unter der freigedankten Leitung Cavour's und Viktor Emanuels II. wirtschaftlich aufgeblüht. 300 Klöster hatten sie aufgehoben und eine Menge Neuerungen eingeführt. Jetzt rüstete sich der kleine Staat mit unerhörtem Eifer zum Krieg. Österreich gebot ihm, die Rüstungen einzustellen, sonst würde es seine Heere marschieren lassen. Der Turinerhof ließ sich aber nichts befehlen, und 1859 brach der Krieg los.

Wo der Tessin dem Langensee entströmt, drang Garibaldi mit seinen Freischaren als erster in die Lombardei ein. Die Fran-

zosen unter Napoleon III. stiegen 150,000 Mann stark über die Alpenpässe. Mit den Sardinern vereinigt, schlugen sie die Österreicher bei Magenta (madschénta) an der Eisenbahnlinie zwischen Turin und Mailand. Sie verfolgten den Feind durch die Lombardei. Kaiser Franz Josef führte seinem Heer Verstärkungen herbei und übernahm das Kommando. Südlich vom Gardasee bei Solferino ereignete sich eine zweite, höchst blutige Schlacht. Grausig war das Elend der Tausenden von Verwundeten, die ohne Pflege in der Sommerhitze auf dem Feld verschmachteten. Weiter ging Napoleon III. nicht; denn die Deutschen bedrohten die Rheingrenze. Die beiden Kaiser schlossen Waffenstillstand (Villafranca), und im Frieden von Zürich trat Österreich die Lombardei an die Krone Viktor Emanuels ab. — Noch war Italien nicht frei geworden bis an die Adria; aber der Zug zur Einigung stand nicht stille. In den Kleinstaaten Parma, Modena und Toskana verjagte das Volk seine habsburgischen und bourbonischen Machthaber. Der nördliche Teil des Kirchenstaats (Bologna und Umgegend) schloß sich an. Nach einer Volksabstimmung 1860 vereinigten sich diese Gebiete mit Sardinien-Piemont. — Napoleon verhütete es, daß Österreich eingriff. Er ließ Viktor Emanuel freie Hand, und dieser trat als Lohn für die Waffenhilfe sein Stammland Savoyen und die Stadt Nizza an Frankreich ab.



Minister Cavour

2. Garibaldi erobert
Sizilien und Neapel.
Das Königreich Italien
1860/61.

Nizza war die Vaterstadt Josef Garibaldis. Der kühne Freischarenführer zürnte seinem König und Cavour heftig, daß er sie an Frankreich verschachert hatte. Da setzte ihm Cavour ein neues Ziel. Er deutete auf Sizilien hin, und Garibaldi verstand den Wink. — Cavour unterstützte ihn heimlich mit Waffen und Geld. Mit 1067 Freiwilligen ging der hochgesinnte Freiheitskämpfer zur See. In einer

Mainacht 1860 segelte er von Genua ab und landete, von einem englischen Kriegsschiff begünstigt, bei Marsála an der Küste Siziliens. In glücklichem Anlauf jagte er sogleich 2000 Mann neapolitanischer Truppen in die Flucht. Seine Schar mehrte sich, je weiter er vorrückte, und binnen kurzem zog er als Sieger in Palermo ein. Sodann setzte der furchtlose Held über die Meerenge von Messina und besetzte Reggio (retscho). Auf seinem Weitermarsch nach Neapel gingen ganze Regimenter der neapolitanischen Armee zu ihm über. Das Volk wußte, daß er keine neue Knechtschaft, sondern Freiheit brachte. Während Garibaldi siegreich in Neapel einrückte, zog sich König Franz II. in die Festung Gaëta zurück. Nun wollte sich in Süditalien ein Freistaat bilden; denn mit Garibaldi war auch der feurige Republikaner Mazzini in Neapel eingezogen. Das widersprach dem Plane Cavour's und Viktor Emanuels. Letzterer zog mit einem Heer nach dem Süden. Der Weg führte durch den Kirchenstaat. Diesen schirmte Napoleon III.; doch erlaubte er den Sardinern, daß sie das Stück östlich des Apennins eroberten. Dort schlug Viktor Emanuel die Päpster in einem Treffen und rückte dann über die Berge nach Neapel vor. Garibaldi war edel genug, seine Eroberungen sogleich seinem König abzutreten. Bald mußte Franz II. Gaëta räumen. Der Norden und Süden der Halbinsel waren jetzt geeinigt. Zu Anfang 1861 kam das erste italienische Parlament in Turin zusammen. Bald darauf starb Cavour, der die Seele des Einigungswerkes war. Florenz wurde die Hauptstadt des vereinigten Königreichs, bis daß (nach der Besiznahme Venetiens 1866 und des Kirchenstaats 1870) das ewige Rom wieder an die Spitze Italiens trat.

* * *

**3. Der Savoyerhandel.
Meinung Stämpflis.**

Während des Kriegs in der Lombardei besetzte die Schweiz ihre Südgrenze im Tessin und Bündnerlande. Nach den Verträgen von 1815 hätte sie auch Nordsavoyen besetzen dürfen. Doch hielt sie es zur Zeit nicht für notwendig. Die Mächte hatten diese Gegend neutralisiert zum Schutze Genfs gegenüber Frankreich. Die Schweiz geriet nun in große Sorge, als sie vernahm, daß Savoyen an Frankreich übergehen sollte. Zuerst stellte sich Napoleon, als ob er gern in die Abtretung Nordsavoyens an die Schweiz einwilligen werde. 12,000

Bürger von dort erklärten mit Unterschriften, daß sie gern Schweizer werden wollten. Allein Napoleon hielt sein Versprechen nicht. Im März 1860 mußten die Savoyarden darüber abstimmen, ob sie zu Frankreich gehören wollten oder nicht. Von der Schweiz wurde dabei nichts gesagt. Die große Mehrheit entschied sich für den Anschluß an Frankreich. Nun erklärte Napoleon, nach einer solchen Abstimmung könne Savoyen nicht zerteilt werden, auch der Norden müsse zu Frankreich gehören. Alle Proteste des Bundesrats halfen nichts. Im Kanton Bern war der Zorn sehr groß über Napoleons eigennütziges, zweideutiges Verhalten. Im Vertrag von Lausanne aus dem Jahr 1564 stand geschrieben, daß Savoyen das südliche Genferseeufer an niemand veräußern dürfe. Das galt für die Landschaften, die Bern zwei Jahrzehnte lang besessen und des Friedens halber an Savoyen zurückgegeben hatte. Bundesrat Stämpfli und mit ihm viele andere angesehene Schweizer schlugen vor, Nordsavoyen mit Truppen zu besetzen. Doch die Mehrheit der Bundesversammlung teilte diesen Kriegseifer nicht. Von keiner Seite hatte die Schweiz Hilfe wider Frankreich zu erwarten. Ihr Anrecht auf Nordsavoyen war auch nicht gleichwertig wie das auf Neuenburg, welches schon seit Jahrhunderten mit den Eidgenossen Freud und Leid getragen hatte. Um die Schweiz ein wenig zu beschwichtigen, verfügte Napoleon, daß die zollfreie Zone rings um Genf nicht nur das Ländchen Gex, sondern auch Nordsavoyen umfassen sollte.

IV. Die Gründung des deutschen Reichs.

1. Wilhelm I. und Bismarck.
Heeresreform.
Dänischer Krieg 1864.

Die Zeit war gekommen, da auch Deutschland sich einigen sollte. Der Meister erschien, der den losen deutschen Staatenbund in einen festen, mächtigen Bundesstaat umgoß. Hier war Preußen die kerndeutsche Vormacht, an die sich die kleinern Staaten anschließen konnten. Es war stark genug, die Einheit Deutschlands aus eigener Kraft zu erstreiten. Der Feind dieser Einheit war — wie in Italien — Habsburg-Osterreich. Seit 1815 hatte dieses die Leitung im deutschen Bund. Von ihm war keine Einigung zu erwarten; im Gegenteil, es setzte ihr nur Hindernisse entgegen. Zudem war Osterreich nur zum kleinern Teil ein deutscher Staat. Was kümmerten sich die Tschechen, Ungarn, Polen, Slowaken u. a. um die deutsche Einheit? Da übernahm Preußen die Aufgabe, ein einiges deutsches Reich zu gründen. Drei Kriege hat die Einigung Deutschlands

gekostet. Mit Blut und Eisen ist sie geschaffen worden. — Preußens Macht und Ansehen war ziemlich gering unter Friedrich Wilhelm IV. Das wurde anders, als sein Bruder Wilhelm I. im Jahr 1859 die Regierung antrat. Er war ein Mann von redlichem, festem Willen, vor allem ein wohlgeschulter Militär. Zu seinem ersten Minister machte er 1862 den Landadelmann Otto von Bismarck. Dieser war von hochragender Gestalt; an Redegewalt, Kühnheit und Weitblick kam ihm keiner gleich. Wilhelm und Bismarck kräftigten zunächst ihren Staat durch eine gründliche Heeresreform (3 Jahre Militärdienst), damit er um so fähiger werde, an die Spitze Deutschlands zu treten. Auch müsse Preußen suchen, so sagte Bismarck, seinen schmalen Leib zu vergrößern, indem es verschiedene deutsche Gebiete an sich ziehen sollte. Das neue preussische Heer bestand seine erste Probe 1864 im dänischen Krieg. Dänemark hatte sich angemaßt, die rein deutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein seinem Reiche einzuverleiben. Preußen und Österreich erhoben Einspruch, und als die Dänen nicht auf sie hören wollten, besetzten ihre Truppen die Herzogtümer. Die Preußen erstürmten die Düppeler Schanzen und schlugen die Dänen am Alsenfund. Diese mußten Schleswig-Holstein an Preußen und Österreich abtreten. Die beiden Mächte teilten sich in die Verwaltung der Herzogtümer.



Reichskanzler Otto von Bismarck.

2. Der Deutsch-österreichische Krieg 1866. Der norddeutsche Bund 1867.

Preußen und Österreich wurden bald uneins in der Frage, wie die beiden Herzogtümer zu verwalten seien. Österreich wünschte aus Holstein einen neuen Kleinstaat zu schaffen. Bismarck indessen wollte um keinen Preis die Zahl der Kleinstaaten vermehren. Er gedachte, die Herzogtümer mit Preußen zu vereinigen. Dem kühnen Staatsmann war aber das Schicksal der Herzogtümer nicht die Hauptsache; eine viel größere Frage sollte sich jetzt entscheiden: ob es möglich wäre, Deutschland unter der Vorherrschaft Preußens zu einigen. Mit Waffengewalt mußte Habsburg-Österreich, diese hemmende, rückwärtliche Macht, aus dem deutschen Bund hinausgeworfen, von Deutsch-

land abgetrennt werden. Im Frühjahr 1866 schloß Wilhelm I. in aller Stille ein Bündnis mit Viktor Emanuel II. von Italien. Es kam der Sommer, und der Zweikampf zwischen Preußen und Österreich begann. Auf der letzteren Seite traten die meisten deutschen Kleinstaaten. Das preußische Heer war aber so trefflich geleitet, geschult und bewaffnet, daß es die Übermacht des Gegners siegreich aus dem Feld schlug. In drei mächtigen Heerkolonnen rückten die Preußen in Böhmen ein. Auf den Hügeln von Königgrätz und Sadowa siegten sie am 3. Juli 1866 in einer großen, durchaus entscheidenden Schlacht. Dieser Sieg kam auch den Italienern zugut, die, wiewohl bei Custozza geschlagen, dennoch Venetien mit ihrem Reich vereinigen konnten. Mit dem Frieden von Prag schloß dieser siebenwöchige, folgenreiche Krieg. Österreich schied vom deutschen Bunde aus. Preußen erwarb als Siegesfrucht nicht nur Schleswig-Holstein, sondern auch Hannover, Hessen-Kassel, Nassau, und die alte Reichsstadt Frankfurt a. M. Es einigte alle deutschen Staaten nördlich vom Main zum norddeutschen Bundesstaat, dessen Präsident und Feldherr Wilhelm I. und dessen Kanzler Bismarck wurde. Ein Volksparlament gab diesem Bunde Verfassung und Gesetz. Baden, Württemberg und Bayern verbündeten sich mit dem norddeutschen Bund und versprachen, sich im Kriegsfall unter preußischen Befehl zu stellen. — Mit dem Jahr 1867 trennte sich die österreichische Monarchie in zwei Hälften. Kaiser Franz Josef I. bewilligte den Ungarn eine besondere Regierung und eine eigene Volksvertretung. Nur die Leitung der äußern Politik und das Kriegswesen blieb beiden Reichshälften von Österreich-Ungarn gemeinsam.

3. Verwicklungen mit Frankreich.

Napoleon III. mochte es nicht leiden, daß Preußen so mächtig wurde. Zum Lohn dafür, daß er sich nicht in den Krieg zwischen Preußen und Österreich eingemischt, forderte er eine Gebietsabtretung, ein Stücklein deutschen Bodens, etwa in der Rheingegend. Bismarck schlug es ihm rundweg ab. Jetzt stand bei Napoleon fest, daß er gegen Preußen zu Felde ziehen werde. Er rechnete darauf, daß Österreich und Süddeutschland auf seiner Seite stehen würden. Noch zauderte er etliche Jahre, bis er den Schritt wagte. Unterdessen kräftigte sich Preußens Ansehen von Jahr zu Jahr, während Napoleons Kaisermacht abnahm und zerfiel. Wohl hatte Napoleon manches gute

Gesetz erlassen und viel getan, um Paris zu verschönern; der Wohlstand des Landes war blühender als je. Das zeigte sich z. B. an der großen Weltausstellung in Paris vom Jahr 1867. Allein Napoleons Willkür machte ihn je länger, je verhaßter. Die unredliche Art, wie der „Dezembermann“ auf den Thron gekommen, blieb unvergessen. Er sank in der Gunst des Volkes, dessen Führer Thiers, Gambetta u. a. mutig wider seine Despotie auftraten. Da kam Napoleon auf den verzweifeltsten Gedanken, daß ein siegreicher Krieg gegen Preußen ihm die Volksgunst zurückgeben könnte. Bald fand



Leon Gambetta.

sich auch ein Vorwand zur Kriegserklärung. Im Sommer 1870 wählten sich die Spanier zu ihrem König den jungen Leopold von Hohenzollern, einen Verwandten Wilhelms I. Napoleon erhob Einspruch gegen diese Wahl. Sogleich erklärte Leopold, er verzichte auf den spanischen Thron. Damit nicht zufrieden, forderte Napoleon von Wilhelm das bestimmte Versprechen, daß er nicht nur für jetzt, sondern für immer seinem Verwandten verbieten wolle, die spanische Krone anzunehmen. Zur Freude aller Deutschen lehnte Wilhelm diese Zumutung ab. Da erklärte Napoleon den Krieg. Er stürzte sein Land in die Schreck-

nisse eines gewaltigen, blutigen Kampfes. Für diesen Schurkenstreich erlitten er und Frankreich bittere Strafe und Demütigung.

4. Der deutsch-französische Krieg bis Sedan 1870.

Viele Franzosen träumten davon, sie würden über kurzem in Berlin einziehen. Eine Enttäuschung folgte der andern. Die Süddeutschen traten begeistert unter die Fahnen und den Befehl Wilhelms I. Österreich rührte sich nicht. Die Armee Napoleons war durchaus nicht so kriegsbereit, wie man gerühmt hatte. Vieles fehlte, und viele Veruntreuungen kamen an den Tag. Mit gewaltigen Armeen rückten die Deutschen unter dem Oberbefehl König Wilhelms und nach den Weisungen des kriegsfundigen Moltke auf den französischen Boden hinüber. Sie schlugen

zunächst das Heer des Marschalls Mac Mahon bei Wörth zurück und dann die noch größere Armee des Marschalls Bazaine in blutigen Kämpfen rings um Metz, besonders bei Gravelotte, den 18. August 1870. Bazaine sah sich in der Festung Metz mit seinem Heer eingeschlossen. Mac Mahon wollte ihm mit einer neuen Armee zu Hilfe kommen. Bei Sedan schlugen ihn die Deutschen zum zweitenmal und nahmen sein Heer von 100,000 Mann samt dem Kaiser gefangen. Das geschah am 1. u. 2. September 1870. Napoleon übergab dem König Wilhelm seinen Degen, kam als Gefangener nach Deutschland und starb einige Jahre später in England.

5. Die dritte Republik
in Frankreich. Fortgang
des Krieges. Frankfurter
Friede 1871.

Zum drittenmal verkündigten die Franzosen die Republik. Eine provisorische Regierung trat ins Amt. Sie unterhandelte mit Bismarck wegen des Friedens. Er forderte die Abtretung der Landschaften Elsaß und Lothringen. Die Republik weigerte sich, auch nur das kleinste Dorf abzutreten. So nahm der Krieg seinen Fortgang. Das lebensfrohe Paris mit seinen festen Forts wurde vier Monate lang umlagert. Die republikanischen Heere, die der rastlose Gambetta aufbot, wurden, so tapfer sie sich auch wehrten, überall von der überlegenen Kriegskunst der Deutschen besiegt. Im Herbst 1870 ergaben sich die Festungen Straßburg und Metz. Ende Januar 1871 mußte auch das ausgehungerte Paris kapitulieren. Ein Waffenstillstand wurde geschlossen, der sich aber nicht auf den Osten Frankreichs erstreckte.



General Hans Herzog.

Dort wollte General Bourbaki mit 100,000 Mann die Festung Belfort entsetzen. Dicht an der bernischen Grenze schlug er eine Schlacht, die er verlor. Auf dem Rückzug griff ihn ein zweites deutsches Heer in der Flanke an. So hatten die Bourbakis keine andere Wahl, als auf Schweizerboden überzutreten. Sie lieferten die Waffen ab und blieben bei uns interniert bis zum vorläufigen Friedensschluß. In Frankfurt a. M. wurde (Mai 1871) der endgültige Friede unterzeichnet. Das Elsaß und der deutschredende Teil von Lothringen samt Metz kamen (als Reichslande) an Deutschland, und Frankreich bezahlte überdies noch 5 Milliarden Kriegsschädigung. — Innere drei Jahren hatten die Franzosen diese Schuld abbezahlt. Sie dämpften auch im Sommer 1871 einen Aufstand der Stadtgemeinde von Paris. Sie gaben sich eine gute republikanische Verfassung und wählten den greisen Thiers, der schon in der Julirevolution eine Rolle gespielt hatte, zum Präsidenten. Die Republik festigte sich mehr und mehr.

6. Die Einigung Deutschlands vollendet sich 1871.

Inmitten des Kriegs, noch vor Ende 1870, fand die Einigung Deutschlands ihren Abschluß. Die Südstaaten schlossen sich denen des Nordens an. Die deutschen Fürsten und der Deutsche Reichstag zugleich boten Wilhelm I. die deutsche Kaiserkrone an. Bismarck überredete ihn, daß er sie annahm. Der eigentliche Schöpfer und Gründer des deutschen Bundesstaates war Otto von Bismarck, der größte Staatsmann des 19. Jahrhunderts. Im Spiegelsaal des Schlosses zu Versailles wurde das neue Deutsche Kaiserreich am 18. Januar 1871 feierlich verkündigt. Wilhelm versprach dem deutschen Volk, er wolle seinen Ruhm nicht in Eroberungen, sondern in Gütern und Gaben des Friedens suchen. Er hielt sein Wort besser als Napoleon III. Unter ihm und dem Reichskanzler Fürst Bismarck, wie auch unter Wilhelm II. blieb das Deutsche Reich ein Hort des Friedens in Europa. Auch das Königreich Italien fand Gelegenheit, im Jahr 1870 den Schlußstein seiner nationalen Einigung zu setzen, und Viktor Emanuels Truppen rückten im September 1870 in Rom ein. Dem Papst war nun alle weltliche Macht genommen, der Kirchenstaat aufgehoben.



Schweizerische Vorposten an der Grenze im Kriege 1870/71.

7. Die Schweiz während des 70er Krieges. Die Bourbakis.

Die Schweiz begnügte sich nicht damit, in Worten ihre Neutralität zu erklären. Sie waffnete sich und deckte zweimal ihre Grenze. Zuerst im Sommer 1870, als die Preußen vor Straßburg rückten. Als diese uns altbefreundete Stadt umlagert und beschossen wurde, holten die drei Stadtpräsidenten von Bern, Zürich und Basel mit Erlaubnis der deutschen Heerführer einige Hundert obdachloser Frauen, Kinder und Greise von dort heraus und versorgten sie in der Schweiz. Im Winter 1870/71, als sich das Kriegsgewitter nochmals den Grenzen näherte, da erging ein zweites Aufgebot an unsere Wehrmänner. Sie sollten die Juralinie decken. Sie sahen an der Grenze dem Schauspiel jener blutigen Kämpfe um Belfort zu. Granaten platzten bisweilen



Die Bourbakis an der Schweizergrenze.

auf Schweizerboden. General Hans Herzog hielt gute Wacht. In der Frühe des 1. Februar 1871 begann der Einmarsch der Bourbakis gleichzeitig bei Verrières im Neuenburgischen und bei Ste. Croix auf Waadtländer Boden. Es war ein bitterkalter Wintertag. Da konnte man sehen, welche furchtbare Leiden der mörderische Krieg über die Völker herbeiführt. Verwundet, zu Tode erschöpft, ausgehungert, mit erfrorenen, in Lumpen gefüllten Gliedern kamen die meisten dieser Bourbakis zu uns herüber. Sie fanden gastliche Aufnahme und barmherzige Pflege in reichem Maße. Sie wurden im ganzen Land herum zur Internierung verteilt und verblieben hier bis Ende März. Voll herzlichem Dankes schieden sie wieder von uns. Doch sahen nicht alle ihre Heimat wieder. Manche Denksteine auf unsern Friedhöfen erzählen von den Opfern des blutigen 70er Krieges.

Vergl. Leieb. 2. Bd. S. 282 „Auf Vorposten“ und S. 284 „Erinnerungen aus einer Januarschlacht.“

V. Die neue Schweiz.

Kulturfortschritte und Verfassungsänderungen.

**1. Das Verkehrswesen.
Post und Telegraph.
Die Eisenbahnfrage.**

Wie nach außen, so bewährte sich der neue Bund seit 1848 auch nach innen. Jetzt konnten sich alle Kräfte im Schweizer Volk frei und reich entfalten. Das Bildungswesen, das Gewerbe und die Landwirtschaft, Handel und Verkehr machten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ungemeine Fortschritte. Die erste Sorge des Bundes wandte sich dem Verkehrswesen zu. Mit dem Jahr 1850 trat die eidgenössische Post in Tätigkeit. Das Land wurde in Postkreise eingeteilt; einheitliche

Tarife und Taxen wurden festgesetzt. Die eidgenössischen Postmarken ersetzten die kantonalen. Inmert 20 Jahren wuchs die Zahl der versendeten Briefe von 15 auf 60 Millionen. — Schon hatten alle Nachbarlande ihre Telegraphenlinie. 1851 wurde das Telegraphenwesen bei uns ebenfalls vereinheitlicht. Das erste Stücklein

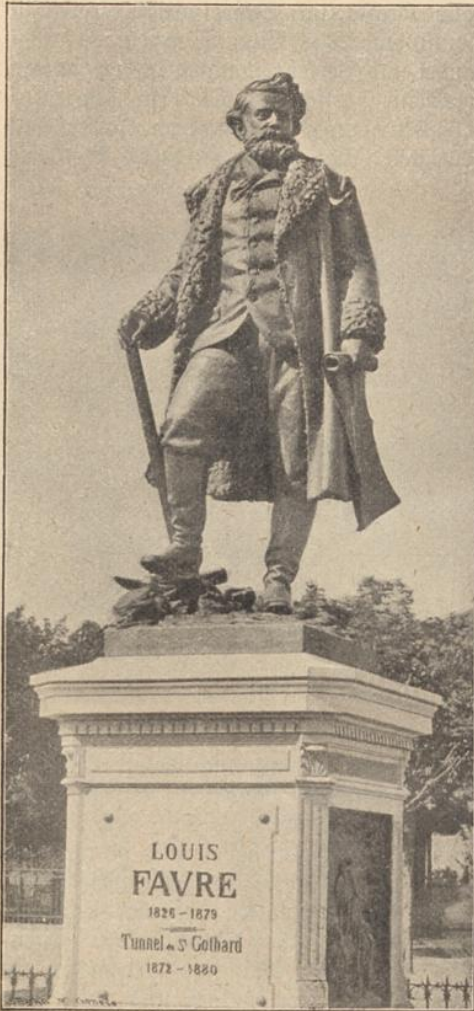
Eisenbahn auf Schweizerboden wurde 1844 in Betrieb gesetzt;

es führte von dem elsäzischen Grenzort St. Ludwig nach Basel. Die erste wirklich schweizerische Eisenbahn lief zwischen Baden im Aargau und Zürich, sie kam 1847 zustande. Jetzt fragte es sich, ob der Bund den Eisenbahnbau in der Schweiz zu übernehmen habe, oder ob man ihn den Kantonen und Eisenbahngesellschaften überlassen wolle. Man berief den Sohn des Erfinders der Lokomotive nach der Schweiz; Robert Stephenson machte den Plan eines schweizerischen Eisenbahnnetzes; andere Experten (d. h. sachkundige Männer) berechneten die Kosten. Nur wenige Leute ahnten damals, wie wichtig und notwendig dieses Verkehrsmittel einmal werden würde. Das Landvolk war der Eisenbahn meist abgeneigt. Viele glaubten, die Lokomotive werde nur Unheil bringen, die Preise für die Landesprodukte würden sinken, auch würde der wachsende Verkehr den guten Sitten Schaden bringen.



Die erste schweizerische Eisenbahn Baden-Zürich.

2. Stämpfli und die
Staatsbahn.
Der Gottharddurchstich.



Doch hatte die Eisenbahn auch ihre Freunde. Einer der eifrigsten war von Anfang an Jakob Stämpfli. Er kämpfte unentwegt für die Staatsbahn. Er sagte, die Eisen-

bahn sollte gerade so gut dem Volk gehören, wie die Landstraße. Allein der Bund war damals noch nicht so reich an Einkünften wie heute. Er mußte ja die Post und die Zölle den Kantonen ablaufen, und der eidgenössische Zollertrag betrug damals nur zwei Millionen Franken. Das Interesse an einer Bundesbahn war im Volk noch nicht lebendig genug. Die Bundesversammlung entschied 1852, es sei der Bahnbau den Kantonen und privaten Gesellschaften zu überlassen. Es bildeten sich nun sogleich verschiedene Gesellschaften von Kapitalisten (Geldmännern), die sich von den Kantonen Konzessionen, d. h. Bewilligungen, geben ließen zum Bau von Bahnen. Die meisten Hauptbahnen der Schweiz sind in den Fünfziger und anfangs der Sechziger Jahre gebaut worden. Die Centralbahngesellschaft führte den Schienensfrang Ende 1858 bis in die Stadt Bern, dann weiter bis nach Thun hinauf. Diese Gesellschaft war vom Staate

Bern sehr begünstigt worden. Sie suchte aber mehr den eigenen Vorteil, als den des Volkes. In stetem Kampf mit ihr baute und erwarb der Staat Bern nun auch eigene Bahnen von Neuenstadt über Biel nach Bern, dann von hier über Langnau nach Luzern. Manchen Verlust hat er dabei erlitten, doch war der Erfolg zuletzt auf seiner Seite. Die Berner Staatsbahn hat der Bundesbahn den Weg bereitet.

Nachdem die Franzosen und Österreicher durch die West- und Ostalpen Eisenbahnen angelegt und ihre Verbindung mit Italien hergestellt hatten, mußte auch die Schweiz an einen Alpendurchstich denken. Man fragte sich, welcher Paß den Vorzug verdiene, ob der Simplon oder der Gotthard, der Lukmanier oder der Splügen. Wegen dieser Frage unterhandelte die Schweiz lebhaft mit Italien und Deutschland. Man entschied sich für den Durchstich des Gotthard, weil dieser am zentralsten gelegen ist. Bei solch gewaltigem Werk mußte der Bund mitwirken. Er schloß mit Italien und Deutschland Verträge ab. Diese Staaten leisteten einen Beitrag von 85 Millionen. Das ganze Werk, eine großartige Leistung der Ingenieurkunst, kostete bei 240 Millionen Franken. Der Hauptunternehmer und Führer der Gotthardbahngesellschaft war Alfred Escher von Zürich. Ihm stand für den Verkehr mit dem Ausland Bundesrat Emil Welti tatkräftig zur Seite. Den großen Tunnel baute der Genfer Louis Favre, ein Mann, der sich mit zäher Tatkraft vom geringen Arbeiter zum großen Unternehmer aufgeschwungen hatte. Der Durchschlag erfolgte im Februar 1880, und der Betrieb begann im Mai 1882.

**3. Münzen und Maße.
Polytechnikum. Bundeshaus.**

Da das Zollwesen an den Bund übergang und die Tarife bestimmt werden mußten, so hatte sich die Eidgenossenschaft zu beeilen, ihre Münzen, Maße und Gewichte zu vereinheitlichen. Wohltätig war namentlich die Neuordnung der Münzen nach dem französischen Frankensystem; denn das Münzwesen in der Schweiz war schauerlich verwirrt. Eine gewaltige Arbeit war es, von 1850—52 die 66 Millionen älterer Münzstücke einzuziehen und umzuwandeln. Im Jahre 1865 schloß sich die Schweiz auf Einladung Napoleons III. dem lateinischen Münzvertrag zwischen Frankreich, Belgien, Italien und Griechenland an. Diese Staaten und die Schweiz verpflichteten sich, ihre Gold- und Silbermünzen nach gleichem Schrot und Korn zu prägen. Was die Maße betrifft, so einigte man sich zuerst auf das sog. Schweizermaß (Fuß und Zoll); erst 1875 wurde das Metermaß als verbindlich erklärt. — Eine eidgenössische Hochschule hat der Bund bis zur Stunde nicht errichtet; die Welschen und die Katholiken waren dem Plan zuwider. Doch wurde ein Polytechnikum gegründet, dessen Kurse 1855 begannen; neun Jahre später war das neue Lehrgebäude fertig, das eine Zierde der Stadt Zürich bildet. Schon vorher 1858 war der Bundespalast in Bern bezogen worden, das westliche der heutigen Bundeshäuser. 1902 siedelten die eidgenössischen Räte nach dem prächtigen Mittelbau über, dessen erhabene Kuppel so stolz zum Firnenkranz der Alpen hinüber schaut. — Eine treffliche Einrichtung seit 1848 sind die regelmäßigen Volkszählungen, die über so viele Zustände des wirtschaftlichen Lebens Licht verbreiten. Viele Millionen hat der Bund für Gewässerkorrekturen, Gebirgsstraßen, Brücken, Hochgebirgsverbauungen ausgegeben und dadurch die Wohlfahrt des Landes gefördert.

4. Der Kanton Bern
in den 50er Jahren.

Das Jahr 1846 hatte dem Kanton Bern eine neue Verfassung und eine neue Regierung gebracht. An der Spitze der Letztern stand, als Oehsenbein Bundesrat wurde, der Führer der Radikalen, Jakob Stämpfli. Er übernahm die schwerste der Regierungspflichten, das Finanzwesen. Die Grundzinse und Zehnten mußten aufgehoben, die Einkommen- und Vermögenssteuer neu eingeführt werden. Das ging nicht so leicht vonstatten, und der Staat hatte große Opfer zu



Eduard Blösch.

bringen. Es waren Jahre der Teuerung, da mehrmals die Kartoffelernte mißriet, und großer politischer Aufregung. Die Staatsausgaben überstiegen die Einnahmen. Ungerechte Klagen wegen Verschwendung der Staatsgelder wurden laut. Die Unzufriedenheit wuchs, und als die Zeit der Neuwahlen zum Großen Rat herankam (1850), gewannen die Gegner Stämpflis, die Konservativen, die Oberhand. Sie riefen ihre Parteigenossen auf den 25. März zu einem großen Volkstag nach Münsingen zusammen. Dasselbe taten auf den gleichen Tag und am nämlichen Ort auch die Anhänger Stämpflis, die Radikalen. Die

einen tagten auf der Leuenmatte, die andern auf der Bärenmatte, 8000 Mann auf jeder Seite, und nur ein kleines Gäßchen trennte die Parteien. Gleichwohl gab es keine Unordnung. Es kam trotz der Hitze des Parteikampfs zu keinen Tätlichkeiten, zu keinen Ausbrüchen roher Leidenschaft. Es war ein Ehrentag für den ganzen Kanton. Der neue Große Rat zählte eine kleine Mehrheit von Konservativen und wählte jetzt ebenfalls nur Konservative in die Regierung. Ihr Haupt war der Bieler Eduard Blösch, ein sehr einsichtiger, wohlmeinender Staatsmann. Bald aber fand das Bernervolk, daß ein einseitiges Parteiregiment nicht vom Guten sei. Im Jahr 1854 wählte der Große Rat zu Regierungsräten Männer aus beiden Parteien. Stämpfli und Blösch regierten friedlich nebeneinander; jeder achtete und schätzte die Tüchtigkeit des andern.

5. Karl Schenk.
Das Armengesetz.

Eine zehrende Wunde am Körper des bernischen Volks war noch immer das Armenwesen. Die 46er Verfassung hatte die Heimatgemeinden von der Pflicht, für die Armen zu sorgen, befreit. Die Armenpflege sollte eine rein freiwillige sein. Leider geschah nun für die Armen weniger als zuvor. Die steigende Not zu bekämpfen schuf Regierungsrat Karl Schenk von Signau ein neues Armengesetz, das der Große Rat 1857 annahm. Schenk hatte die Ursachen der Armut gründlich erforscht und sich durch dieses Gesetz ein großes Verdienst um den Kanton Bern erworben. Er stellte einen neuen Grundsatz für die Hilfspflicht an die Armen auf. Nicht die Bürger- oder Heimatgemeinden, wie vor dem Jahr 1846, sondern die Einwohnergemeinden übernahmen die Pflicht, die Armen zu unterstützen, die in ihren Grenzen Wohnsitz hatten. — Karl Schenk zählte zu den besten schweizerischen Staatsmännern. Als Nachfolger Stämpflis, der in den Bundesrat eintrat, war

er in die Regierung gekommen und arbeitete hier neun Jahre lang. Als Stämpfli (1863) den Bundesrat wieder verließ, wurde Schenk auch da sein Nachfolger. Bundesrat Schenk hat sich in den verschiedensten Gebieten der eidgenössischen Verwaltung ausgezeichnet. Namentlich lag ihm am Herzen, daß jedes schweizerische Schulkind die Bildung erhalte, die es für sein Fortkommen nötig hat. Er stand noch in voller Kraft, als ihn 1897 ein jäher Unfall seiner Arbeit entriß.



Karl Schenk.

6. Fortschritte der Demokratie.
Referendum. Initiative.

Auch in den 60er Jahren gab es keinen Stillstand im politischen Leben der Schweiz. Vielerorts verlangte man eine Erweiterung der Volksrechte. Das Volk wollte nicht nur Gesetzgeber wählen (Großräte oder Kantonsräte), sondern selber mitarbeiten an der Gesetzgebung. Zunächst wollte es über jedes Gesetz abstimmen, das von den Räten gemacht wurde. Kein Gesetz sollte in Kraft treten, das nicht von der Volksmehrheit angenommen worden wäre. Dieses neue Volksrecht nannte man das Referendum (vors Volk bringen). Man ging aber noch weiter. Das Volk wollte das Recht haben, selber Gesetze zu schaffen. Wenn einige Tausend Bürger sich durch Unterschriften vereinigten und ein Gesetz aufstellten, so sollte das Volk über dasselbe abstimmen dürfen. Das war die Initiative (Inangriffnahme — eigentliche Volksgesetzgebung).

Anhänger des Referendums und der Initiative nannte man Demokraten (Volksrechtler). Die demokratische Bewegung begann im Baselland. Ein früherer Schullehrer, Christoph Rolle, machte sich zum Volksführer und beredete die Baselpriester (1863), ihre Verfassung zu ändern und jene neuen Volksrechte einzuführen. Rolle war ein Bahnbrecher des Referendums und der Gesetzesinitiative. Bedeutungsvoller war es, daß die Demokraten im Kanton Zürich Meister wurden. Vier mächtige Volksversammlungen fanden 1867 am gleichen Tag in Zürich, Uster, Winterthur und Bülach statt. 27,000 Bürger unterschrieben das Begehren nach Revision der Verfassung, die dann auch stattfand. Nicht nur das Referendum und die Initiative führten die Zürcher 1869 ein, sondern auch die Wahl der Regierungsräte durch das Volk. — Etwas weniger heftig war die demokratische Bewegung im Kanton Bern; doch führte dieser 1869 auch das Referendum ein. Seitdem fanden jeden Frühling und Herbst die kantonalen Abstimmungen statt über die Gesetze und größern Staatsausgaben, die der Große Rat vorher beraten hatte.

7. Die Bundesrevision
wird notwendig.

Was sich bei den Kantonen als gut erprobte, das wollte man auch beim Bund anwenden. Auch die Bundesverfassung mußte sich dem Fortschritt der Zeit anpassen. Die Nachbarreiche waren uns im Wehrwesen bereits weit voran. Die Schweiz durfte da nicht zurückbleiben, sonst setzte sie ihre Unabhängigkeit aufs Spiel. Bei

der Grenzbesetzung vom Jahr 1870/71 zeigte es sich, daß manche Kantone sehr unvollkommen gerüstet waren, daß eine große Ungleichheit herrschte. Notwendig mußte das gesamte Wehrwesen vereinheitlicht, das Heer eidgenössisch werden. Viele Schweizerbürger wünschten, daß zur Einheit im Militärwesen auch die Einheit des Rechts hinzukomme. Die Ungleichheit der Rechtsbräuche war dem Verkehr in der Schweiz sehr hinderlich. Jeder der 25 Kantone und Halbkantone hatte sein besonderes Recht. Wenn ein Schweizerbürger in einen andern Kanton zog und sich dort etwa verheiratete, oder wenn er in verschiedenen Kantonen Handel trieb, so begegneten ihm allerlei Schwierigkeiten, weil es in jedem Kanton wieder ein anderes Niederlassungsrecht, Eherecht, Erbrecht, Prozeßrecht, eine andere Geldstagsordnung u. a. gab. So mußte es von Vorteil sein, wenn auch das Rechtswesen vereinheitlicht wurde. Allein vielen ging nun das zu weit. Der Bund sollte nicht allzu mächtig werden und die Kantone ganz in Schatten stellen. Das Schweizervolk verwarf in der Abstimmung von 1872 den ersten Entwurf der Bundesrevision. Diese kam erst im April 1874 zustande. Mit 340,000 gegen 200,000 Stimmen wurde die umgeänderte Verfassung angenommen. Wir nennen sie die 74er Verfassung.

**8. Die Neuerungen der
74er Verfassung.**

Mit der Bundesrevision von 1874 ist nun fast das ganze Heerwesen eidgenössisch geworden. Die Kantone besorgen nur noch die Aushebung und Bekleidung der Truppen. Wir haben seit 1874 ein Bundesheer, das durch die Eidgenossenschaft und ihre Behörden bewaffnet, unterrichtet, unterhalten und geleitet wird. Ein Stück Rechtseinheit hat die 74er Verfassung immerhin erreicht, nämlich ein schweizerisches Obligationenrecht, Wechsel- und Konkursrecht. Das Obligationenrecht regelt und schirmt die Verträge und Verpflichtungen zwischen Gläubigern und Schuldern, Kauf-, Miets- und Gesellschaftsverträge u. a. m. Das Konkursrecht vereinheitlicht die Geldstagsordnung. Der Bund ist auch ermächtigt, Eisenbahn- und Fabrikgesetze zu erlassen. Er gebietet, daß der Volksschulunterricht in der ganzen Schweiz obligatorisch (d. h. für alle verbindlich) und in allen öffentlichen Schulen unentgeltlich sein soll. Die Schulen müssen unter staatlicher (nicht kirchlicher) Aufsicht stehen. In allen Gemeinden der Schweiz werden Zivilstandsämter errichtet, wo vor bürgerlichen Behörden die

Ehen geschlossen werden (Zivilehe). Das Bundesgericht wurde zu einer ständig amtierenden Behörde gemacht. Es nahm seinen Sitz in Lausanne, wo ihm ein prächtiger Gerichtspalast erbaut wurde. Die 74er Verfassung führte auch das Referendum ein, nicht das obligatorische (alle Bürger verpflichtende), wie der Kanton Bern es seit 1869 besitzt, sondern das fakultative (freigestellte). Wenn 30,000 Bürger oder acht Kantone es verlangen, so muß ein Gesetz, das die Bundesversammlung beraten und angenommen hat, dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

VI. Die Schweiz und das Ausland.

Fortsschritte der letzten Jahrzehnte.

**1. Aufgaben der Schweiz.
Friede und Freiheit.
Dünant und die
Genfer Konvention
1864.**

Unser Land hat die Aufgabe zu zeigen, wie sich die freieste Staatsform wohl verträgt mit Gesetz und Ordnung. Es soll beweisen, daß Verschiedenheit der Sprachen und Bekenntnisse ein Volk nicht hindert, den Frieden und die Einigkeit zu bewahren. Rings von vier gewaltigen Militärstaaten umgeben, stellt unser Alpenland den festesten Punkt in Europa vor. Der Schutz, den das Gebirge uns gewährt, wiegt eine mächtige Armee auf. Außerdem haben wir die Zugänge des Wallis und namentlich des Gotthardgebiets auch künstlich befestigt. Die Schweiz scheut die Kosten nicht, um wehrhaft dazustehen, ihr Bürgerheer auszubilden und ihrer Neutralität eine feste Stütze zu geben. Sie kennt aber keinen andern Gebrauch der Waffen als den, ihre Freiheit zu verteidigen. Selten nur werden unsere Wehrmänner aufgeboden, um Unruhen im eigenen Land zu dämpfen. Solches geschah 1890, als im Tessin eine Revolution ausbrach, zu deren Dämpfung auch bernische Bataillone in Bellinzona einrückten. — Manches Friedenswerk ist edlen Bürgern unseres Landes schon gelungen. Der Genfer Heinrich Dünant war einst Zeuge der Kriegsleiden im Jahr 1859. Er schrieb ein „Buch der Erinnerung“ über die Mezeleien der Schlacht von Solferino. Jeder, der es las, war erschüttert von den graufigen Szenen, die er wahrheitsgetreu beschrieb. Dünant besuchte dann die mächtigsten Fürsten Europas und bewog sie, Gesandte nach Genf zu schicken, um zu beraten, wie

man in künftigen Kriegen für die Verwundeten und ihre Pfleger besser sorgen könnte. Im Stadthaus von Genf vereinigten sich diese Gesandten zu einer Konferenz, welche General Dufour leitete. Ein Vertrag kam 1864 zustande, der alle Verwundeten im Krieg wie auch das Sanitätspersonal, d. h. die Ärzte und Krankenpfleger, samt allem, was sie zur Pflege brauchen, als unverletzlich und unantastbar erklärte. Man nannte dieses Übereinkommen die Genfer Konvention. Acht Staaten traten ihr sogleich bei; heute ist ihre Zahl auf 41 angewachsen. Was unter dem Schutze dieser Konvention steht, trägt als Abzeichen das rote Kreuz im weißen Feld. — Es entstanden auch allervorts Vereine vom „Roten Kreuz“, welche in Friedenszeiten die freiwillige Hilfe für den Kriegsfall vorbereiten.

2. Stämpfli als Schiedsrichter. Schon öfters haben angesehenere Staatsmänner unseres Landes andern Nationen als Friedensvermittler und Schiedsrichter dienen können. Diese Ehre wurde u. a. in den 60er Jahren Jakob Stämpfli zuteil. In dem blutigen Bürgerkrieg zwischen den nördlichen und südlichen Staaten der nordamerikanischen Union (1861—65) fügte das Raubschiff Alabama den Nordstaatlichen großen Schaden bei. Die Amerikaner konnten beweisen, daß jenes Schiff in einem englischen Hafenort gebaut und ausgerüstet worden war, und klagten die Engländer an, sie hätten die Neutralität verletzt. Schon drohte ein Krieg zwischen ihnen auszubrechen. Zum Glück kamen beide Staaten überein, die Streitfrage einem internationalen Schiedsgericht vorzulegen. Dieses tagte 1872 im Genfer Stadthaus. Einer der fünf Richter war Jakob Stämpfli. In wenigen Wochen erlernte er die englische Sprache, um die Akten, d. h. die schriftlichen Beweisstücke, genau studieren zu können. Was er vorschlug, dem stimmten die andern Richter bei. England hatte eine Buße von 75 Millionen Franken an die Union zu entrichten. — Heute ist es nicht mehr notwendig, bei jedem Streitfall ein neues Schiedsgericht zu bilden. Seit 1899 besteht im Haag (Holland) ein internationales, ständiges Schiedsgericht. Hier können alle Nationen ihre Streitigkeiten entscheiden und schlichten lassen. Wo nicht das Dasein und die Unabhängigkeit eines Volks in Frage kommen, da sollte zwischen gebildeten Nationen nie mehr der blutige, barbarische Krieg den Entscheid geben.

**3. Die intern. Unionen.
Der Weltpostverein 1875.**

Je lebhafter die Völker mit einander verkehren, um so mehr sind sie zum Frieden geneigt. Sie schließen Verträge untereinander ab, die den Weltverkehr erleichtern; man nennt sie die internationalen Unionen. Sie haben ihren Sitz auf dem neutralen Boden der Schweiz in der Bundesstadt Bern aufgeschlagen. Zu Direktoren dieser internationalen Ämter werden gewöhnlich tüchtige, geschäfts- und sprachgewandte Eidgenossen gewählt. Für den länderverbindenden Telegraphenverkehr fühlte man zuerst das Bedürfnis einer Union. 1869 wurde das internationale Telegraphenamt in Bern eingerichtet. Viel bekannter und vollstümlicher ist der Weltpostverein geworden. Er wurde 1875 in Bern gegründet, wovon eine Gedenktafel im alten Ständerathaus (Alpines Museum) an der Zeughausgasse in Bern Kunde gibt. Der Weltpostverein umspannt heute ein Gebiet, wo mehr als eine Milliarde Menschen leben. Ihm verdanken wir es, daß ein mit 25 Rappen frankierter Brief bis ans andere Ende der Erde gelangt, während vor hundert Jahren seine Sendung von Basel nach Genf wohl das vierfache gekostet hatte. — Im Jahr 1890 ist auch für den Frachtverkehr der Eisenbahnen eine Union zwischen 11 Staaten Europas geschlossen worden. — Dann gibt es noch eine Union zum Schutze alles dessen, was im gewerblichen Leben Neues und Nützliches erfunden wird, und was Schriftsteller, Musiker, Maler und Bildhauer künstlerisch darstellen, damit es nicht mißbräuchlich nachgemacht wird. Es ist die Union zum Schutz des gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums.

* * *

**4. Die Juragewässer-
Korrektion.
J. A. Schneider.**

Von Jahr zu Jahr mehrten sich die Zollerträge. Das jährliche Einnehmen und Ausgeben des Bundes übersteigt heute 100 Millionen Franken. Dem Bunde wurde es möglich, große, nützliche Unternehmungen zu unterstützen, denen die Kraft des einzelnen Kantons nicht gewachsen war. Ein solches Werk war die Juragewässer-Korrektion. In früherer Zeit lief die ganze Aare von Aarberg landabwärts in gerader Richtung nach Büren und vereinigte sich unterwegs mit der Zihl, die dem Bielersee entfloß. Fast jedes Jahr verursachten die beiden Flüsse bei hohem Wasserstand große Überschwem-

mungen. Oft stand vom großen Moos bis nach Büren hinunter fast alles Land unter Wasser und drohte ein Sumpf zu werden. Der Arzt und Regierungsrat Joh. Rud. Schneider machte sich die Trockenlegung des Seelands zur Lebensaufgabe. Wie oft hatte er als Knabe von seinem väterlichen Hause aus, das zu Meienried bei Büren stand, dem verheerenden Element zugehören. Es ging lange, bis er sein Ziel erreichte. Vier Kantone: Bern, Solothurn, Freiburg und die Waadt, mußten zu dem Werk zusammenstehen. Der Ingenieur La Nicca schlug vor, man möchte mit der Aare das gleiche tun, was früher mit der Aander geschehen war. Wie man diese 1714 in den Thunersee geleitet hatte, so sollte man die Aare dem Bielersee zufließen lassen. Zwei Kanäle mußten gegraben werden, der Hagnack- und der Ridau-Bürenkanal. An die Kosten, die 15 Millionen betragen, leistete der Bund einen Beitrag von 5 Millionen Franken. Den ersten Spatenstich tat man im Jahr 1868, und genau 10 Jahre später 1878 konnte die Aare in den Bielersee geleitet werden. Doktor Schneider, der ein Freund und politischer Kampfgenosse Stämpflis war, hat diesen Triumph noch erlebt; er starb 1880. Durch die Kanalisation der Juragewässer sind Hunderte von Fucharten seeländischen Bodens dem Anbau gewonnen worden.

**Die bernische Verfassung
von 1893.**

Im Jahr 1883 wählte der Kanton Bern zum dritten Mal einen Verfassungsrat. Es war so manches an der 46er Verfassung zu verbessern. Doch die neue Verfassung, die dieser Rat zustande brachte, verwarf das Volk bei der Abstimmung, weil sie die Bürgergüter aufhob. Die Revision gelang erst zehn Jahre später. Das Volk schenkte dem Großen Rat (1892) das Vertrauen, sie auszuarbeiten. Die 93er Verfassung ließ die Bürgergüter als Privateigentum bestehen. Sie verminderte die Zahl der Großräte. Heute wird auf je 2500 Einwohner ein Großrat gewählt (früher auf je 2000 Einwohner). Sie hob die Sonderstellung des neuen Kantonsteils auf. Dieser hatte sein eigenes Steuer- und Armenwesen. Erst jetzt war der Kanton Bern ein völlig einheitliches Staatswesen geworden. Dem Armenwesen wurde erhöhte Sorgfalt gewidmet. Eine besondere Armensteuer sollte helfen, alle Notarmen und Dürftigen hinreichend zu versorgen und namentlich die Quellen der Armut zu verstopfen durch eine gute

Kindererziehung. Die 93er Verfassung brachte dem Kanton Bern auch das Volksrecht der Initiative. 12,000 Bürger können ein Gesetz oder ein Dekret (Erlaß) vor die Volksabstimmung bringen. Seit dem Frühjahr 1906 wählt das Bernervolk seine Regierungsräte selber. So hat sich auch im Kanton Bern die Demokratie erweitert und vervollkommenet. Die politische Parteiung äußert sich nicht mehr so leidenschaftlich wie in den Jahren 1830—54. Die Wirtschaftspragen, die Interessengegenätze zwischen Landwirtschaft und Industrie beschäftigen uns heute weit mehr als früher.



Dr. Joh. Rud. Schneider.

6. Die Bundesverfassung seit 1874.

Eine Gesamterneuerung der Bundesverfassung hat seit 1874 nicht mehr stattgefunden. Sie ist aber teilweise geändert und erweitert worden. Im Jahr 1885 entstand das eidgenössische Alkoholmonopol. Der Bund übernahm die Herstellung und den Verkauf der gebrannten Wasser. Den Reinertrag dieses Monopols liefert er an die Kantone ab. Ein Zehntel dessen,

was die Kantone davon erhalten, müssen sie zur Bekämpfung der Trunksucht verwenden, die schon so viel Elend verschuldet hat. 1890 kam ein Artikel in die Verfassung, der den Bund ermächtigte, eine Kranken- und Unfallversicherung einzuführen, damit jeder Bürger vor unverschuldeter Not gesichert sei. Ein anderer Artikel (1891) ermöglichte die Errichtung einer Bundesbank, wie sie der steigende Weltverkehr notwendig machte. Der Bund besitzt das Alleinrecht, Banknoten herauszugeben. Eine Volksabstimmung vom Juli 1891 hat dem Bund auch die Verfassungsinitiative erobert. Wenn 50,000 Bürger es wünschen, so muß über Erlaß, Aufhebung oder Änderung eines Artikels der Bundesverfassung abgestimmt werden. Zwei sehr wichtige Volksabstimmungen fielen ins Jahr 1898. Sie

bestimmten, daß die Einheit des Rechts geschaffen werde, und daß der Bund ermächtigt sei, die fünf Hauptbahnen des Landes (im Wert von einer Milliarde Franken) durch Kauf zu erwerben. Seit 1903 sind bereits vier dieser Bahnen zur Bundesbahn vereinigt worden. Mit 1909 wird auch die Gotthardbahn zu ihr gehören. Die Schweiz und Italien haben unlängst einen zweiten Alpendurchstich vollendet. Im Sommer 1906 wurde der Simplontunnel vollendet und die Durchfahrt unter großen Feierlichkeiten eröffnet. In wenigen Jahren wird auch der Lötschberg durchbohrt sein, zu welchem Werk das Bernervolk seine Hilfselder (Subventionen) mit großem Mehr bewilligt hat.

7. Arbeit, Feste und Gedenktage.

Kege Arbeit und eine gute Schulbildung befähigen den Schweizer, sich im Wettstreit der Nationen zu behaupten. Landwirtschaft und Viehzucht haben sich namentlich im Bernerland prächtig entwickelt. Für die Ausbildung tüchtiger Landwirte sorgt seit 1860 die Schule auf der Rütli. Einen ehrenvollen Rang erkämpften sich auf dem Weltmarkt die Erzeugnisse der Schweizer. Industrie (Uhren, Maschinen, Seidenstoffe, Stickereien). An den Weltausstellungen erhielten sie die höchsten Preise. Fehlen uns auch die Eisen- und Kohlenlager, so nutzen wir um so mehr die herrlichen Wasserkräfte unseres Landes aus. Die Schweiz steht, sofern uns der Friede bewahrt bleibt, am Anfang einer noch viel großartigeren gewerblichen Entwicklung. Der Bund unterstützt die landwirtschaftliche, die gewerbliche und kaufmännische Ausbildung; auch der Volksschule wendet er jährlich 2 Millionen Franken zu. Zur Förderung ihrer Interessen haben die Landwirte, die Gewerbe- und Handeltreibenden sich zu großen Verbänden vereinigt. Der Schweizerische Bauernbund entstand 1897. Das Genossenschaftswesen nimmt überhand.

Nach den Mühen der Tagesarbeit ergötzt sich der Schweizer gern an frohen Volksfesten (Schützen- und Sängerefeste, Turn- und Schwingefeste u. a. m.). Die großen Vaterlandstage zählt er zu den schönsten Erinnerungen seines Lebens. — Auch vergißt unser Volk niemals der historischen Gedenktage. Bern feierte 1853 die Erinnerung an seinen Eintritt in den Bund und errichtete damals am Bramberg oberhalb Laupen ein Schlachtdenkmal. Die Basler

verschönerten ihre Stadt 1873 durch das wundervolle St. Jakobsdenkmal. Großartig beging Bern 1891 seine Gründungsfeier mit historischem Umzug und einem Festspiel, das alle Herzen ergriff. Würdig und ernst war die Feier, die am 5. März 1898 zu Füßen des 1866 errichteten Denkmals von Neuenegg abgehalten wurde. Auch im Grauholz, zu Fraubrunnen und Lengnau gedachte man der leidvollen Tage des Übergangs. — Wie haben sich die Zustände in unserm Vaterlande seit jener Zeit verändert! Was ihm damals von einer fremden Macht als Trugbild vorgespiegelt wurde, hält es heut in glücklichem Besiz. Die Volksfreiheit ist in keinem Staat Europas besser beschützt als in dem unsern. Dieses kostbare Gut gilt es auch in der Zukunft wohl zu wahren. Dem Vaterland verdankt jeder Schweizer sein Höchstes und Bestes; ihm hat er all seine Liebe und alle seine Kräfte zu weihen.

VII. Die Weltreiche.

Bei einer Reise um die Welt zählt man heute nicht mehr wie früher nach Jahren, sondern nach Tagen. Der rasche Verkehr hat die Nationen des ganzen Erdballs einander ungemein genähert. Auch spricht man in der Politik nicht mehr bloß von sechs europäischen Großmächten, wie noch vor dreißig Jahren, sondern von Weltreichen und Weltpolitik. Wirtschaftliche Fragen beherrschen das Feld. Die Nationen streiten sich um Absatzgebiete und Kundsame in den weniger zivilisierten Erdteilen, um Konzessionen (Bewilligungen) zum Eisenbahnbau in China oder um den vorherrschenden Einfluß in Afrika. Sie kämpfen gegeneinander nicht bloß mit Kanonenschüssen, sondern ebenso eifrig mit Geldtiteln. Große Staaten suchen sich die kleinen durch Geldanleihen untertänig zu machen. Drei Staaten überragen alle andern an Weite des Gebiets und an Masse der Bewohner. Sie erstrecken sich über alle Breitengrade und bringen die Früchte fast aller Klimate hervor; sie bilden große wirtschaftliche Einheiten und genügen sich selber. Eroberungsfüchtig bedrohen sie die kleinern Staaten. Diese drei Weltreiche sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Rußland; aber auch Deutschland und Frankreich möchten mit der Zeit Weltmächte werden.

1. Die Vereinigten Staaten
von Nordamerika.
Der Sklavenkrieg 1861—65.
Auba erworben 1898.

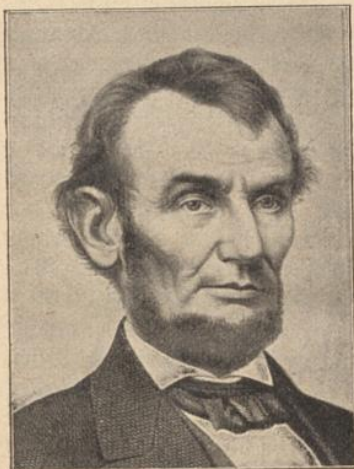
Bis an die Küsten des Stillen Ozeans hatten die Nordamerikaner das Netz ihrer Ansiedelungen ausgebreitet. Durch die scharenweise Einwanderung von Europamüden verdoppelte sich die Bevölkerung der Union alle zwanzig Jahre. Mit wunderbarer Schnelligkeit blühten ihre Städte und Staaten auf. Das Land, so über-

reich an Hilfsquellen, nahm in Land- und Bergbau, in Handel und Industrie einen unvergleichlichen Aufschwung. Es zählte 1860 in vier- unddreißig Staaten und sieben Territorien schon über 28 Millionen Einwohner. Unter diesen waren $3\frac{1}{2}$ Millionen Sklaven. In den südlichen Staaten wurde der Plantagenbau hauptsächlich von diesen betrieben. Die nördlichen Staaten wollten nun die Menschenrechte auch auf die schwarze Rasse ausdehnen. Es schied sich in der Sklavenfrage die republikanische Partei des Nordens von der demokratischen des Südens. Lange Zeit standen die Plantagenbesitzer des Südens in der Union obenan; aber 1860 gewannen die Republikaner die Oberhand und machten Abraham Lincoln zum Präsidenten. Da bildeten sechs Südstaaten einen Sonderbund und trennten sich von der Union. Die Republikaner erklärten die Union als unauflöslich und sicherten nach einem vierjährigen Ringen die Einheit des Staates. Auf weitem Raum wurden zahllose Gefechte und Schlachten ausgefochten. Die festorganisierten und wohlgerüsteten Südstaaten waren anfangs im Vorteil; aber die Nordstaaten führten unter den kühnen Generälen Sherman und Grant die gute Sache zum Sieg und eroberten endlich Richmond, die Hauptstadt ihrer Gegner. Mit Beginn des Jahres 1864 waren alle Sklaven im Gebiet der Union frei geworden. Bald darauf wurde der edle Lincoln von einem rachsüchtigen Sonderbündler im Theater von Washington erschossen; er war kurz zuvor noch einmal zum Präsidenten gewählt worden.

Nach dem Sonderbundskrieg entfalteten sich die Kräfte der Union noch gewaltiger als vorher. Als Napoleon III. sich in amerikanische Angelegenheiten einmischen wollte und viel Geld verschwendete, um die Republik Mexiko in ein Kaiserreich zu verwandeln, da drohte die Union mit Krieg. Napoleon mußte von seinem Plan absteigen. Keine Monarchie wurde geduldet, und 1893 verwandelte sich auch das Kaiserreich Brasilien in einen Freistaat. Bald darauf erhoben sich die Kubaner wider ihre Herren, die Spanier. Die Union gewährte den Aufständischen Hilfe. Mit Leichtigkeit besiegte sie die spanische Flotte. Die letzten Reste seiner einst so gewaltigen Kolonialmacht lieferte Spanien an die Union aus: Kuba, Portorico und die Philippinen. Spanien büßte für alle die Gewalttaten und Räubereien, die es an den Bewohnern der neuen Welt verübt hatte. Im Kampf auf Kuba zeichnete sich Roosevelt (rüsvelt), der Anführer der „rauhem Reiter“, besonders aus. Er wurde Präsident der Union und erwarb sich in der Weltpolitik als Friedensstifter einen ehrenvollen Namen. Die Union führt das Riesengericht des Panamakanals zu Ende. Sie gebietet über eine mächtige Flotte; an den Kosten für ihr kleines Landheer trägt sie nicht schwer. Auf den Weltmarkt wirft sie eine gewaltige Menge von Erzeugnissen des Bodens und der Industrie. Wirtschaftlich sucht sie auch Mittel- und Südamerika von sich abhängig zu machen, um so den ganzen „neuen“ Weltteil zu beherrschen.

2. Großbritannien.
Indischer Ausfall 1857.
Burenkrieg 1899—1902.

sie vergleicht mit der Königin Viktoria, die von 1837 bis 1902 den Thron Englands innehielt. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts vollendeten die Engländer die Unterwerfung Vorderindiens. Gegen das Regiment der ostindischen Gesellschaft (gegründet im Jahr 1600) erhoben die Hindus 1857 einen wütenden Aufstand. Nur mit Mühe konnte er bezwungen werden. Von jetzt an nahm die englische Regierung



Abraham Lincoln.

die Leitung selber in die Hand. Seit 1876 nannte sich Viktoria Kaiserin von Indien. — Englands rücksichtsloser Drang nach Ausdehnung seiner Macht und seines Handels, die Geldgier seiner Finanzmänner führten zu einer Gewalttat wider zwei friedliche, holländische Gründungen in Südafrika. Die Gold- und Diamantensfelder im Gebiet der Republik Transvaal, mit welcher der Oranje-Freistaat verbündet war, reizten es zu einem Eroberungskrieg. Mit bewundernswertem Heldennut wehrten sich diese kleinen Staaten wider die Übermacht des englischen Soldheeres während 2½ Jahren. Unter ihren Präsidenten Krüger und Stejin hatten sie sich auf den unvermeidlichen Kampf wohl vorbereitet und mit den neuesten, besten Waffen versehen. Die Briten erlebten zuerst Nieder-

lage auf Niederlage. Mit ungeheurem Kostenaufwand vermehrte England seine Streitmacht, seine berühmtesten Feldherrn schickte es nach Südafrika. Die ganze Welt (außer England) pries die Heldentaten der Burenführer Botha, Dewet, Delarey u. a., Freiwillige aus allen Nationen traten unter ihren Befehl; aber keine Großmacht wagte es, den Freiheitskämpfern tatkräftig beizustehen. Als die tapfern Buren ihre Mittel erschöpft sahen, ergaben sie sich. Die Regierung Edwards VII. gewährte ihnen das Recht der Selbstverwaltung, das auch Kanada, Neufundland, die Kapkolonie und die großen britischen Provinzen im australischen Weltteil genießen. Ihre Weltmacht verdanken die Briten namentlich ihrer insularen Lage und ihrem Geschick als Kolonisten. So oft die Mächte des europäischen Festlands ihre Kräfte in Kriegen verbrauchten, fand England neue Gelegenheit, in fremden Erdteilen sich zu bereichern. Zum großen Vorteil für die schweizerischen Kaufleute hielt diese größte Welt-

macht am Grundsatz des Freihandels fest, während andere Nationen sich mit Schutzzöllen umpanzert haben.

**3. Das russische Reich.
Seine Kriege gegen die Türken
1877/78 und Japaner 1904/5.**

Rußland war während des ganzen 19. Jahrhunderts eine sehr gefürchtete Macht. Mit England rang es um die Vorherrschaft in Asien. Die Russen dehnten ihre Landmacht bis zum stillen Ozean aus. Zar Alexander II. hob 1861 die Leibeigenschaft auf und dämpfte 1863 einen neuen Polenaufstand. Als die Türken 1877 unter schrecklichem Blutvergießen eine Erhebung der Bulgaren niederschlugen, legte sich der Zar ins Mittel und griff die Türkei mit Heeresmacht an. Die Balkanfestung Plewna hielt den Vormarsch der Russen lange auf. Endlich fiel das Bollwerk. Die Russen näherten sich Konstantinopel. Da lief zum Schutz des Sultans die englische Flotte in die Dardanellen ein. Rußland mußte die Neuordnung der Dinge in der Türkei einem Kongreß der Großmächte in Berlin überlassen. Bismarck führte den Vorsitz. Der Kongreß schuf einen neuen Balkanstaat Bulgarien, mit dem sich später Ostrumelien vereinigte. Bosnien und die Herzegowina kam an Österreich, Cypern an England, das in gewissem Sinne auch Herr über Ägypten und den Suezkanal (eröffnet 1869) wurde. Rußland grollte, weil ihm für so große Opfer fast kein Gewinn zuteil geworden. Zur Wahrung des Friedens schlossen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien einen Dreibund, dem der Zweibund Rußlands und Frankreichs gegenüber trat. Zar Nikolaus II. gedachte dann, die Mandchurei seinem Reiche einzuverleiben und machte Port Arthur zu einer russischen Festung. Den Russen traten aber kühn die Japaner entgegen. Japan hatte sich in den letzten 30 Jahren mit wunderbarer Schnelligkeit zu einer starken, europäisch eingerichteten Land- und Seemacht entwickelt. Mit todverachtender Vaterlandsliebe warfen sich die Japaner auf die Russenheere, welche die sibirische Eisenbahn herbeigeschafft hatte. Sie vernichteten das russische Geschwader bei Port Arthur, und nach langer, kunstgerechter Belagerung nahmen sie diese gewaltige Festung ein. Auch die baltische Flotte opferte Rußland in diesem verderblichen Krieg. Nachdem sie die weite Reise von Kronstadt nach Ostasien zurückgelegt hatte, fand sie ihre völlige Vernichtung in der Meerenge von Tsusjima. Unterdessen rangen Landheere von riesiger Größe um den Besitz der Mandchurei. Alle Kriegsmittel neuester Erfindung fanden im menschenmörderischen Kampf ihre Verwendung. Die treffliche Leitung und der todesfreudige Mut der Japaner trugen den Sieg davon. Nach der Riesenschlacht von Mukden gaben die Russen ihre Sache verloren. Präsident Roosevelt vermittelte den Frieden, der den Japanern den Besitz von Port Arthur und die Vorherrschaft in Ostasien sicherte. Die Niederlage in Ostasien hatte vor aller Welt die Schwäche Rußlands, die Fäulnis und Entartung in der herrschenden Gesellschaftsklasse bloßgelegt. Dem Krieg folgten zahlreiche Aufstände im ganzen Reich. Das betrog den Zaren

Nikolaus, im Herbst 1905 seinem Land eine Verfassung zu versprechen, die von russischen Volksvertretern geschaffen werden soll.

4. Das deutsche Reich. Auch Deutschland hegt Weltmachtpläne. Seine Entwicklung seit 1871 übersteigt alles, was die Gründer des Reichs erwartet hatten. Reichskanzler Bismarck führte noch zwei Jahrzehnte hindurch das Steuer mit eiserner Hand. Entschlossene Gegner fand er an den Merikalen und an den Sozialdemokraten. Im Sommer 1870 hatte ein Konzil in Rom den Papst als unfehlbar erklärt. Mit dieser Lehre waren nicht alle Katholiken einverstanden. Von der römisch-katholischen Kirche trennten sich in Deutschland und in der Schweiz die Ultrakatholiken. Diese neue Kirche nahm der Staat in seinen Schutz. Zwischen Bismarck und den Bischöfen, die sich ihm widersetzen, entspann sich ein Streit, den man Kulturkampf nennt (Kampf zwischen Kirche und Staat). Dieser gab dem Kanzler, welcher erklärte, er gehe nicht nach Canossa, gar viel zu schaffen. Mit gleicher Wucht bekämpfte er die Sozialdemokraten. Er sagte, sie seien mitschuldig an den Attentaten, welche verruchte Menschen an dem allverehrten Kaiser Wilhelm I. begangen hatten, und erließ Gesetze wider sie. Er nahm ihnen das Versammlungsrecht. Dessenungeachtet stieg die Zahl der Sozialdemokraten von Jahr zu Jahr. Da betraten Bismarck und Wilhelm I. einen neuen Weg, um der arbeitenden Klasse zu zeigen, daß sie ein Herz für sie hatten. Sie setzten wichtige soziale Reformen ins Werk und stifteten 1881 die staatliche Krankenversicherung für die Arbeiter. In den folgenden Jahren kam die Unfall- und Altersversicherung noch dazu. Das sind staatliche Einrichtungen, die leider in der Schweiz noch nicht eingeführt sind. — Seit 1871 hat die Volkszahl in Deutschland um 20 Millionen zugenommen. Seine Ausfuhr hält derjenigen Englands die Wage. Früher fast nur ackerbautreibend, ist es heute ein mächtiger Industriestaat geworden. Bei der Aufteilung Afrikas hat es sich große Landstriche gesichert, ebenso in China ein Küstengebiet in „Pacht“ genommen und besetzt (Kiautschou). So wurde Deutschland eine Kolonialmacht, die über eine rasch sich vergrößernde Handels- und Kriegsflotte gebietet.

5. Frankreich. Die Franzosen sind eine reiche Nation. Rasch zahlten sie ihre Kriegsschuld an die Deutschen aus und gaben ihrem Heer eine Stärke und Ausbildung, die es früher nie gehabt hatte. Ihr Verlangen nach Rache an dem siegreichen Deutschland ist wohl noch heute in ihnen lebendig, doch lange nicht mehr so stark wie früher. Die Republik festigte sich immer mehr. Thiers, Gambetta und ihre Freunde haben sie in den 70er Jahren treu gehütet und alle Umsturzpläne der Monarchisten vereitelt. Diese fanden immer starken Rückhalt am Klerus. Darum schufen freigesinnte Minister, die Volkskammer und der Senat Gesetze, durch welche die Geistlichen von der Leitung der Schulen ausgeschlossen wurden. Sie wagten sogar 1906 die Trennung zwischen Staat und Kirche zu vollziehen, hoben das Kon-

fordat, das Napoleon I. mit dem Papst 1801 geschlossen, auf und wiesen den Nuntius aus dem Land, wie es die Schweiz 1873 auch getan hatte. Zur Stellung einer Weltmacht wird es Frankreich kaum bringen können, weil seine Bevölkerung nicht zunimmt. Zwar wuchs sein Kolonialbesitz ebenfalls. In China erwarb es Tonking und Anam. In Algier reichte sich Tunis. Von hier strebt die französische Macht dem Kongo zu, ebenso vom Senegal zum Nil.

Über die Maßen herrlich fiel die Pariser Weltausstellung vom Jahr 1900 aus. Zum großartigsten, friedlichen Wettstreit vereinigten sich an den Ufern der Seine die Nationen aller Weltteile. In der Rue des Nations überbot ein Palast den andern an Schönheit. Paris hatte ein halbes Jahr lang das Gefühl, die Hauptstadt der Welt zu sein. Jedem Besucher wurde bewußt, wie der wachsende Verkehr alle Völker und Rassen nah und näher verbindet, wie mit der Zeit alle Nationen zu einer großen Familie zusammenwachsen sollten.



Zeittafel

zur neuesten Geschichte.

- 1774—1783. Nordamerikanischer Freiheitskrieg: Benjamin Franklin; Georg Washington; Unabhängigkeitserklärung 1776; Saratoga; Yorktown; Bundesverfassung der Union.
- 1789—1795. Französische Revolution: Nationalversammlung, Bastillensturm und Aufhebung der Vorrechte 1789; Mirabeau; Lafayette; Untergang der Schweizergarde am 10. August 1792; Abschaffung des Königtums; Robespierre, Danton, Marat; Wohlfahrtsauschuß; Revolutionsgerichte; Krieg mit dem Ausland; Schreckenszeit.
- 1795—1799. Direktorialregierung in Frankreich.
- 1769—1821. Napoleon Bonaparte: Brienne; Toulon; Royalistenauflstand; Italienischer Krieg 1796/97; Kriegszug nach Ägypten 1798/99; Erster Konsul 1799—1804; Kaiser 1804—1814; Austerlitz 1805; der Rheinbund; Jena und Auerstädt 1806; Kontinentalsperre; Eroberung Spaniens; Aspern und Wagram 1809; Russischer Feldzug 1812; Leipzig 1813; Elba 1814; Waterloo 1815; St. Helena.
1798. Untergang der Alten Eidgenossenschaft. Zaharpe und Och; Steiger und Erlach; Grauholz und Neuenegg 5. März. Kämpfe in den Waldstätten und im Wallis.
- 1798—1803. Zeit der Helvetik; eine und unteilbare helvetische Republik. Direktoren und Minister (Stapfer), Senat und Großer Rat. Kriegsjahr 1799; Suworoff. Stecklikrieg. Vermittlung Bonapartes 1802/3.
- 1803—1813. Mediation. Durchzug der Alliierten Ende 1813.
- 1814/15. Wiener Kongreß; Lange Tagung; Auflösung des napoleonischen Reichs; Wallis, Genf und Neuenburg treten in den Bund; Bistum Basel und Biel mit dem Kanton Bern vereinigt; Bundesvertrag von 1815; immerwährende Neutralität der Schweiz.
- 1815—1830. Restauration; Metternich, Kongresse. Griechen befreien sich; Missolonghi 1826; Navarino 1827; Dampfschiffe und Eisenbahnen. Fabrikwesen. Sozialismus.
1830. Julirevolution gegen Karl X. Louis Philipp. Belgier und Polen.
1831. Regeneration. Neue Kantonsverfassungen. Sturz der Patriziate. Brüder Schnell in Burgdorf. Münstingerversammlung, 10. Januar. Verfassungsrat. Bernische Verfassung angenommen, 31. Juli. Volkssouveränität. Volksbildung. Karl Neuhaus.

- 1838 u. 1839. Napoleonhandel und Züriputsch.
 1841. Klostersaufhebung im Kanton Aargau. Augustin Keller.
 1844 u. 1845. Jesuiten nach Luzern berufen. Erster und zweiter Freischarenzug. Utr. Ochsenbein. Sonderbund entsteht; Siegwart Müller; Bernhard Meyer.
 1846. Verfassungsänderung im Kanton Bern. Jakob Stämpfli.
 1847. Sonderbundskrieg; General Heinr. Däfour. Gislifon.
 1848. Februarrevolution in Paris. Märztag in Wien, Berlin und Mailand. Schweizerische Bundesverfassung.
 1849. Ungarn und Italiener besiegt; Einigung Deutschlands scheitert.
 1852. Louis Napoleon, Präsident der 2. franz. Republik wird Kaiser.
 1853—1856. Krimkrieg. Belagerung Sebastopols.
 1856/57. Neuenburgerhandel. Fried. Wilh. IV. verzichtet auf Neuenburg.
 1859/60. Einheit Italiens hergestellt. Cavour, Viktor Emanuel. Kriegshilfe Napoleons: Magenta, Solferino; Garibaldi in Süditalien. Mazzini. Savoyerhandel.
 1861—1865. Sklaventrieg in Nordamerika. Lincoln.
 1864. Genfer Konvention. Henri Dunant.
 1866. Preussisch-österreichischer Krieg. Königgrätz. Wilhelm I. und Minister Bismarck. Norddeutscher Bund 1867.
 1870/71. Deutsch-französischer Krieg. Börth, Metz, Sedan, Paris, Belfort; dritte französische Republik; Gambetta. Gründung des neuen deutschen Kaiserreichs. Die Bourbakis. Frankfurter Friede.
 1874. Revision der schweizerischen Bundesverfassung. A. Schenk, C. Welti.
 1872—1882. Bau der Gotthardbahn. Louis Favre.
 1875. Weltpostverein in Bern gegründet.
 1877/78. Russisch-türkischer Krieg. Berliner Kongress. Bulgarien.
 1878. Vollendung des Hagneckkanals. J. A. Schneider.
 1893. Revision der 46er Verfassung des Kantons Bern.
 1898. Rückkauf der Hauptbahnen in der Schweiz beschlossen. Rechtseinheit.
 1899. Das ständige internationale Schiedsgericht im Haag begründet.
 1899—1902. Burenkrieg in Südafrika. Krüger, Stejin; Botha, Dewet. Königin Viktoria.
 1900. Weltausstellung in Paris.
 1904—1905. Russisch-japanischer Krieg. Port Arthur, Mukden, Fuschima.
 1906. Eröffnung des Simplontunnels. Durchstich des Lötischberg begonnen.

